

**Armin Mitter**

**„Die Tragödie ist vorbei“**

**Die Alliierten in Berlin 1989/90**

**Berlin 2011**

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen  
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

**Band 32**

Copyright 2011 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR  
1. Auflage, Dezember 2011

Umschlagfoto: Botschaftertreffen im Gebäude des Alliierten Kontrollrates am 11.12.1989 in West-Berlin  
Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1211-020 / Holger Busch

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Jegliche digitale Nutzung ist ausdrücklich untersagt.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar. Sie ist Teil der politischen Bildung und nicht zum Verkauf bestimmt.

Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN: 978-3-934085-37-4

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin  
Telefon: (030) 24 07 92 - 0; Fax: (030) 24 07 92 - 99  
Internet: [www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter](http://www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter)

## Inhalt

Vorwort .....	5
Berlin-Impressionen .....	6
Der Anfang .....	8
„Wenn es West-Berlin nicht gäbe“ .....	10
12. Juni 1987: Ronald Reagan in West-Berlin und die Folgen .....	12
Die Berlin-Initiative .....	15
„West-Berlin“ in der deutsch-sowjetischen „Entspannungs- politik“ 1988/89 .....	16
Gorbatschow und die „byzantinische Klamottenkiste“: Die Guten und die Bösen .....	22
Die Alliierten in West-Berlin .....	24
Deutschlandpolitische Debatten .....	26
Tore zur Einheit .....	29
In den Hauptstädten der westlichen Alliierten .....	30
Bonn und West-Berlin am Ende des Jahres 1989: Ein gespanntes Verhältnis .....	32
Die Alliierten, die deutsche „Zweistaatlichkeit“ und die „selbstständige politische Einheit West-Berlin“ .....	35
Die Vierer-Gespräche im Alliierten Kontrollrat in West-Berlin am 11. Dezember 1989 .....	39
Die Folgen des Vierer-Gesprächs am 11. Dezember 1989 .....	55
Eiszeit .....	57
Genscher im Kreis der „Verbündeten“ .....	58
Amerika .....	60
Berlin und die westlichen Alliierten um die Jahreswende 1989/90 .	61
Überlegungen eines Bürgermeisters .....	63
Bonn und Berlin .....	65
Die Bundesregierung und West-Berlin .....	67
Auf dem Weg zur deutschen Einheit .....	70
Gorbatschow und Kohl .....	74
„Knüppel aus dem Schrank“. Der erneute Versuch der Sowjet- union Anfang 1990, die Westmächte gegen die deutsche Einheit zu mobilisieren .....	77
Moskaus gezwungenes Einlenken .....	85

Die Ausgangsposition bei den 2+4-Verhandlungen .....	90
Walter Momper .....	93
Der Auftakt .....	95
Sowjetisches Taktieren .....	97
Berliner Gespräche .....	98
Beginn des Klärungsprozesses .....	100
Die „Arbeitsgruppe Berlin“ (AGB) .....	105
West-Berlin, Egon Bahr und die 2+4-Verhandlungen .....	106
Berlin und die 2+4-Verhandlungen .....	108
Im Kaukasus .....	114
Die Erklärung der Vier Mächte am 1. Oktober 1990 in New York	115
Fazit .....	116
Über den Autor .....	122
Publikationsverzeichnis .....	123

## **Vorwort**

Zu den wichtigsten Ergebnissen bei der Schaffung der staatlichen Einheit gehörte die Herstellung der vollständigen Souveränität Deutschlands. Besonders problematisch war das mit Bezug auf West-Berlin. Faktisch regierten hier die drei westlichen Alliierten – Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika. Eigentlich gehörte auch die Sowjetunion zu den Besatzungsmächten, doch schon 1948 hatten ihre Vertreter den Alliierten Kontrollrat verlassen. Im Vereinigungsprozess 1989/90 beanspruchte die sowjetische Seite gleichwohl wieder ein Mitbestimmungsrecht über das Schicksal der westlichen Halbstadt. Die Lösung der damit zusammenhängenden Fragen verlief durchaus nicht konfliktfrei. Auf bundesdeutscher Seite war für die Zusammenarbeit mit den Alliierten das Auswärtige Amt in Bonn zuständig. Dort lief nicht nur die Entscheidungsfindung der bundesdeutschen Seite zusammen, das Amt führte auch die entsprechenden Verhandlungen. Als weiterer Beteiligter kam 1990, nach den ersten demokratischen Wahlen in Ostdeutschland, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR hinzu. Zentrales Ziel der vielfältigen Beratungen, Kompromisse und Auseinandersetzungen war es, die vollständige Souveränität Deutschlands zeitgleich mit der deutschen Einheit zu erreichen. Die Auseinandersetzungen um den Status von Gesamt-Berlin und speziell West-Berlin spielten dabei eine zentrale Rolle.

In den Akten des Auswärtigen Amtes, die zu diesem Thema erstmalig ausgewertet werden konnten, wird das nachdrücklich deutlich. Ich danke dem Autor, dass er diese Unterlagen akribisch gesichtet und ausgewertet hat – mit zum Teil verblüffenden und vielfach völlig neuen Erkenntnissen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs im Auswärtigen Amt boten dabei ebenso professionelle wie unkomplizierte Hilfe. Ihnen sei daher ganz besonders gedankt, insbesondere Herrn Dr. Ludwig Biewer, Frau Mareike Fossenberger, Herrn Ulrich Geyer und Herrn Knud Piening.

Martin Gutzeit  
Landesbeauftragter

## Berlin-Impressionen\*

„Heute um Mitternacht ist die Aufgabe der Stadtkommandanten erfüllt. Wir drei Stadtkommandanten werden Berlin in Kürze verlassen und dabei die Genugtuung empfinden, dass unsere gemeinschaftlichen Bestrebungen zum Erfolg geführt haben. Das Berlin, das wir zurücklassen, wird vereint und frei sein. Heute werden wir an der Freude aller Berliner und ganz Deutschland teilhaben und wir wünschen dieser außergewöhnlichen Stadt und ihren Bürgern für die Zukunft jeden erdenklichen Erfolg.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten endete das Abschlusschreiben der westalliierten Stadtkommandanten und Gesandten. Verlesen hatte es der britische Stadtkommandant Robert Corbett. Mündlich erklärte er: „Die Tragödie ist vorbei. Berlin ist wieder eins. Deutschland ist wieder vereint.“<sup>2</sup> Das war auf der Abschiedsveranstaltung der drei westlichen alliierten Schutzmächte in West-Berlin während einer Feierstunde, zu der der Regierende Bürgermeister, Walter Momper (SPD), und der Parlamentspräsident, Jürgen Wohlrabe (CDU), am 2. Oktober 1990 eingeladen hatten.

Der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, auch 2+4-Vertrag genannt, wurde am 12. September 1990 in Moskau von der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), der Bundesrepublik Deutschland (BRD), Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion (SU) und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) unterzeichnet. Damit erhielt Deutschland die volle Souveränität. Der Artikel 7 des Vertrages lautete: „(1) Die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst. (2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“<sup>3</sup>

\* Herrn Dr. phil. habil. Heinz Lemke verdanke ich meine handwerkliche historische Ausbildung, insbesondere die Unterweisung im Umgang mit Archivalien. Ihm ist diese Arbeit zu seinem 86. Geburtstag zugeeignet.

<sup>1</sup> Der Tagesspiegel, 3.10.1990.

<sup>2</sup> Der Tagesspiegel, 2.10.1990.

<sup>3</sup> Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom

Im vorliegenden Beitrag soll der Weg bis zur Auflösung der drei westlichen Kommandanturen in West-Berlin, eingebettet in die politische Entwicklung der Jahre 1989/90, nachgezeichnet werden. Es geht dabei um Deutschlandpolitik und speziell die Berlin-Politik in dieser Zeit, durch die das Verhalten der alliierten Besatzungsmächte in West-Berlin wesentlich beeinflusst wurde, aber ebenso um das Verhältnis der ehemaligen vier alliierten Mächte zueinander.

Im Mittelpunkt von Darstellungen, die sich mit der internationalen Entwicklung bis zur deutschen Einheit beschäftigen, stehen vor allem die Entscheidungen auf höchster Regierungsebene, Begegnungen zwischen den wichtigsten Staatsmännern und die dabei erzielten Ergebnisse. Als Beispiel seien hier genannt: das Treffen des Bundeskanzlers Helmut Kohl (CDU) mit Michail Gorbatschow, dem sowjetischen Generalsekretär, im Februar 1990 in Moskau und eine weitere Begegnung der beiden Staatsmänner im Juli desselben Jahres im Kaukasus. Beide Treffen gelten als Meilensteine auf dem Weg zur deutschen Einheit. Im Februar stimmte der Generalsekretär erstmals öffentlich der deutschen Einheit zu. Bis dahin war das Ziel der sowjetischen Politik die Bewahrung der deutschen Zweistaatlichkeit und die Aufrechterhaltung des besonderen Status von West-Berlin als „selbstständiger politischer Einheit“. An Letzterem hielt Gorbatschow zäh fest – auch nach seiner Zustimmung zur deutschen Einheit. Wie und warum, das gilt es in diesem Beitrag zu erläutern.

Die Ergebnisse der Treffen zwischen Kohl und Gorbatschow sind schon wenige Stunden später bekannt geworden. In beiden Fällen ging es auch um das Berlin-Problem. Darüber drang jedoch wenig an die Öffentlichkeit. Die Vorbereitung der Gespräche für den Bundeskanzler erfolgte in erheblichem Maße durch die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes in Bonn. Seit 2008 sind die Akten des Ministeriums zur deutschen Einheit der Forschung zugänglich. Auf dieser Grundlage basiert die vorliegende Untersuchung vor allem. Sie beschäftigt sich mit den Hintergründen für Entscheidungen in der Berlin-Problematik und damit in Zusammenhang der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten, insbesondere der Drei-Mächte-Verwaltung in West-Berlin. Vereinigt wurde am 3. Oktober 1990 das Gebiet der Bundesrepublik Deutschlands, der Deutschen Demokratischen Republik und Berlins.

Bis dahin gab es eine Menge Arbeit für das Auswärtige Amt in Bonn. Die Akten darüber füllen einige Regalmeter. Darin werden die Entscheidungsfindungen im deutschen Außenministerium, aber auch zwischen den beteiligten Bundesministerien in dieser Frage deutlich. Hinzu kommen die Meldungen aus den betreffenden deutschen Botschaften im Ausland und die Verhandlungen mit den drei westlichen Alliierten wie auch mit der Sowjetunion. Die Ablösung der alliierten Rechte für West-Berlin und die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten in ganz Deutschland sind daher kaum zu trennen. Deshalb wird auch darin eingebettet auf West-Berlin eingegangen. Um den gesamten Prozess möglichst transparent zu machen und nicht nur die getroffenen Entscheidungen zu referieren, wird bewusst ausführlich aus den verwendeten Akten zitiert.

### **Der Anfang**

Alles hatte mit der Öffnung der Berliner Mauer in den Abendstunden des 9. November 1989 begonnen. In Kommentaren zu den Ereignissen dieser Nacht werden zu Herzen gehende Begegnungen zwischen Bürgern aus dem Ost- und Westteil der Stadt geschildert. Selbst die berüchtigten Soldaten der DDR-Grenztruppen bekamen menschliche Züge, wenn sie die Tore öffneten. Walter Momper, der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, betätigte sich am Grenzübergang Invalidenstraße auf einem Tisch stehend per Megafon, wie Genossen vom Ministerium für Staatssicherheit zu berichten wussten,<sup>4</sup> als Grenzregulierer, damit der Besucherstrom möglichst reibungslos die Grenze passieren konnte. Ab und an sah man Passanten die schwarz-rot-goldene Fahne schwenken – ohne Hammer und Zirkel im Ährenkranz. Dass sie mit Fahnen der westlichen Alliierten winkten, davon ist nichts bekannt.

„Nach friedlicher Revolution und Öffnung der Mauer ist hier nichts mehr so, wie es einmal war. Berlin in aller Munde, aber diesmal nicht als Sicherheitsrisiko wie in den Jahren der Blockade, der Spaltung, des Chruschtschow-Ultimatums und des Mauerbaus (1948, 1958, 1961), oder, wie in den NATO-Kommuniqués seit dem Vier-Mächte-Abkommen ,the

<sup>4</sup> Vgl. Stefanie Eisenhuth, 9. November 1989: Achtung! Sie verlassen jetzt West-Berlin, in: Jens Schöne (Hg.), Revolution. Die DDR im Jahr 1989, Berlin 2010, S. 24.



situation in and around Berlin remained disturbed'; Berlin hat nun Perspektive einer deutschen Hauptstadt und gesamteuropäischen Metropole.“<sup>5</sup>

Das Zitat war eines der „Stichworte“, die der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin, Götz Freiherr von Groll, für ein Referat über die „Rolle Berlins in der deutschen und internationalen Sicherheitspolitik“ am 24. April 1990 anfertigte. Er hatte die Geschehnisse seit dem Mauerfall genau verfolgt. In seinen Berichten findet sich nichts darüber, dass es in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 Verbrüderungen zwischen Berlinern und den Alliierten im Westteil der Stadt gegeben habe.

Und doch waren es die westlichen Alliierten, die diese Insel der Freiheit inmitten des ersten und wohl auch letzten Arbeiter- und Bauern-Staats auf deutschem Boden mehr als vierzig Jahre verteidigten. An Versuchen, den „Pfahl im Fleische des DDR-Sozialismus“ herauszureißen, hatte es nicht gefehlt. Frankreich, Großbritannien und die USA, die westlichen Schutz-mächte, trugen das „Sicherheitsrisiko“, wie es von Groll im April 1990 nannte.

1948 wollte die Sowjetunion durch eine Blockade die Stadt von der Außenwelt trennen und hoffte, die westlichen Alliierten damit zur Aufgabe zu zwingen. Die sowjetischen Vertreter verließen demonstrativ den Alliierten Kontrollrat in West-Berlin. Dieser Versuch, der übrig gebliebenen westlichen Drei-Mächte-Verwaltung das Lebenslicht auszublasen, scheiterte ebenso wie 1958 das Chruschtschow-Ultimatum an die westlichen Besatzungsmächte, innerhalb von sechs Monaten mit der Sowjetunion über West-Berlin zu verhandeln. Allerdings konnte 1961 der Mauerbau zwischen Ost- und West-Berlin durch die westlichen Alliierten nicht verhindert werden. 1948, 1958 und 1961, das waren die von Groll genannten signifikanten Daten für die Spaltung der Stadt.

Die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der Metropole schwand in den 1960er Jahren immer mehr, wie auch die auf die Einheit Deutschlands. In dieser Zeit blieb West-Berlin Krisenherd in den internationalen Beziehungen. Ost-Berlin dagegen erfreute sich als „Hauptstadt der DDR“ mit einer

<sup>5</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin, Auswärtiges Amt, Zwischenarchiv (im Folgenden: PAB, AA, ZA), Vermerk von Groll vom 23.4.1990, 140.736 E.

sowjetischen Botschaft wachsender Anerkennung. Die westlichen Alliierten verteidigten jedoch ihre Hoheitsrechte und blieben in West-Berlin. 1971 kam es zum Vier-Mächte-Abkommen (VMA) und in dessen Folge zu dem von Groll erwähnten NATO-Kommuniqué. Das Abkommen zwischen den drei Westalliierten und der Sowjetunion garantierte West-Berlin in den nächsten 18 Jahren eine mehr oder weniger gesicherte Existenz, weil darin der Aufenthalt der drei westlichen Stadtkommandanturen durch die Sowjetunion anerkannt wurde. Aber dieses „Zugeständnis“ gab es nicht umsonst. Beide Seiten akzeptierten den jeweils anderen Standpunkt, ohne die eigene Sichtweise aufzugeben. Vieles blieb eine Frage der Auslegung. So mussten die westlichen Alliierten hinnehmen, dass Ost-Berlin als „Hauptstadt der DDR“ galt und ebenso, dass die Sowjetunion und ihr Satellit DDR propagierten, „Westberlin“ sei eine „selbstständige politische Einheit“, die nicht zur Bundesrepublik gehöre und auch nicht von ihr außenpolitisch vertreten werden könne. Immerhin bedeuteten die festgeschriebenen Besatzungs- und Vier-Mächte-Rechte, dass West-Berlin das Symbol für die Einheit der Stadt und die deutsche Einheit blieb. Mit den Jahren aber wären nicht wenige Politiker in „Westdeutschland“ und „Westberlin“ mit dem Abzug der Alliierten einverstanden gewesen. Das hätte die Akzeptanz der Teilung der Stadt und auch der deutschen Zweistaatlichkeit bedeutet.

### **„Wenn es West-Berlin nicht gäbe“**

Es gab Entspannungspublizisten, die die völkerrechtlichen Grundlagen auf den Kopf zu stellen versuchten. In einem Essay „Wenn es West-Berlin nicht gäbe“ schrieb Peter Bender 1987: „Die Großmächte werden nur gehen, und die Europäer werden sie nur dann gehen lassen, wenn gesichert erscheint, dass die Deutschen getrennt bleiben und nicht zur Vormacht des Kontinents werden.“<sup>6</sup> Die deutsche Einheit würde nicht, wie es der Deutschlandvertrag von 1954 bestimmte, zum Abzug der Alliierten führen, sondern ihn geradezu verhindern. Bender behauptete, das ursprüngliche Berlin bestehe mittlerweile aus zwei Städten. West-Berlin erschien ihm unter den politischen Gegebenheiten eine untergehende Stadt, durch ihre Bindungen an die Bundesrepublik eine Stadt ohne Iden-

<sup>6</sup> Peter Bender, Wenn es West-Berlin nicht gäbe, Berlin 1987, S. 100.

tität, nicht mehr Teil der Hauptstadt des ehemaligen Deutschlands. West-Berlin bedeute eigentlich einen Anachronismus neben der aufstrebenden Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Erst wenn diese Tatsache anerkannt werde, meinte Bender, und sich die Stadt von ihrer Bindung zur Bundesrepublik endlich befreie, oder anders ausgedrückt: wenn die bundesrepublikanische Regierung ihren Standpunkt, West-Berlin sei Teil der Bundesrepublik, aufgäbe, könne diese zu einer „europäischen“ Stadt werden. Und auch die Beziehungen zur „Hauptstadt der DDR“ würden sich dann zum gemeinsamen Nutzen entwickeln, im Interesse des Zusammenwachsens Europas.

Es wäre nicht ganz angemessen, den sehr flüssig geschriebenen Text angesichts der späteren Entwicklung als an der Realität völlig vorbeigehendes Pamphlet zu behandeln. Vielen erschienen Benders Argumente durchaus bedenkenswert, aber viele lehnten sie auch grundsätzlich ab. Die Hauptstadt der DDR war 1987 bestimmt nicht in hemmungslosem Aufschwung begriffen, wie Benders Ausführungen suggerierten, und West-Berlin stand längst nicht am Abgrund, hatte aber zweifellos mit Problemen zu kämpfen, die vor allem mit der Insellage zusammenhingen. An der Verbindung zur Bundesrepublik lag das allerdings nicht, im Gegenteil. Benders Vorschlag, die westliche Halbstadt solle sich aus „deren“ Obhut lösen, rechtlich ohnehin unrealistisch, hätte nur die Hoffnungen Moskaus und Ost-Berlins, West-Berlin doch noch in die DDR „einzugemeinden“, erneut geweckt.

In seiner sehr lesenswerten Geschichte der „Insel“ äußerte sich Wilfried Rott durchaus wohlwollend über Benders Essay.<sup>7</sup> Er hebt hervor, „unter den vielen klugen Möglichkeiten hatte Bender bedacht, dass West-Berlin zwar die deutsche Frage offen halte und als verstörendes Element sogar ein verbindendes Element zwischen Bundesrepublik und DDR sei.“ Eine Einschätzung, die man sicherlich nicht unbedingt teilen muss. Zuzustimmen wäre aus meiner Sicht bis zu einem gewissen Grade der sich anschließenden Kritik: „Die viel weiterreichende Rolle West-Berlins in den Abendstunden des 9. November lag aber jenseits seiner [Benders, A.M.] Darlegungen. Wenn es diese Insel nicht gegeben hätte, wäre die deutsche Einigung anders, zumindest langsamer verlaufen.“<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Wilfried Rott, Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins, München 2009.

<sup>8</sup> Ebd., S. 415.

Ob die westlichen Alliierten in dieser denkwürdigen Nacht vom 9. zum 10. November 1989 schon an die deutsche Vereinigung dachten und daran, welche Konsequenzen diese für sie haben würde? Vielleicht am Rande. Zunächst ging es erst einmal darum, das unmittelbare Ereignis der Maueröffnung zu bewältigen. Von Groll äußerte dazu: „Alliierte, Reg[ie-render] Bürgermeister und Polizeipräsident fürchteten das Schlimmste, als sich am 9. November Besucherstrom durch die bestehenden 8 Durchgänge und über die Mauer wälzte; Verkehr und Versorgung brachen kurzfristig zusammen, als an den ersten Wochenenden drei Millionen Deutsche aus dem Ostteil der Stadt und der DDR über West-Berlin hereinbrachen, aber schnelle Koordination und Zusammenarbeit der Polizei und Verwaltungen der Stadthälften und viele Einzelinitiativen – auch der Alliierten, die Zelte errichteten, Suppe und Tee ausschenkten – verhinderten jegliches Chaos, und der freie Markt stellte auch bald die Versorgung der alten und neuen Bürger und Besucher sicher.“<sup>9</sup> Und plötzlich wurde es wieder eine Stadt. Ein bisschen sollte es noch dauern. Aber eben nicht alle hatten so wie Bender gedacht. Auch schon 1987.

## **12. Juni 1987: Ronald Reagan in West-Berlin und die Folgen**

Im gleichen Jahr, in dem Peter Bender seine befremdlichen Vorstellungen zur Entwicklung „West-Berlins“ zu Papier brachte und die Zukunft der Stadt nur in der Emanzipation von der Bundesrepublik gesichert wähnte, besuchte der amerikanische Präsident Ronald Reagan die Stadt an der Spree. Der formale Anlass war wohl der gleiche wie der Grund für das Buch von Bender. In diesem Jahr feierte die Stadt das 750-jährige Jubiläum ihrer Gründung – in Ost und West getrennt. Das bot Anlass, sich über die Zukunft Gedanken zu machen.

Der wichtigste Politiker der westlichen Welt wollte die Entschlossenheit der Alliierten demonstrieren und zugleich die Zusammengehörigkeit von Ost- und Westteil betonen. Sein Interesse war es, Maßnahmen vorzuschlagen, durch die sich Berlin besser entwickeln könnte. Ein demonstratives Auftreten des Präsidenten erschien Amerika auch deshalb wichtig, weil die Annäherung der Bundesrepublik und des West-Berliner Senats an Moskau und Ost-Berlin die westlichen Alliierten zu dieser Zeit sichtlich

<sup>9</sup> Vermerk von Groll, 23.4.1990, in: PAB, AA, ZA 140.736 E.

beunruhigte. Die Ansichten des „Experten“ Bender teilte die amerikanische Regierung wohl kaum.

Im Gegenteil: Eberhard Diepgen (CDU), der damalige Regierende Bürgermeister, bekam das zu spüren, als er im Frühjahr 1987 Amerika besuchte. Diepgen wurde ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, was Washington von der Ostpolitik Bonns und West-Berlins hielt: „too soft“, zu weich, fand man den Kurs. Auch um den bevorstehenden Besuch des amerikanischen Präsidenten ging es in den Gesprächen. Der damalige Protokollchef des Landes Berlin, Leopold-Bill von Bredow, begründete den Reagan-Besuch so: „Unseren amerikanischen Partnern ging es hierbei darum, ihren Einfluss auf die Entwicklung der Bundesrepublik und in Berlin nicht der Gefahr einer Beeinträchtigung ausgesetzt zu sehen. Die Sorge vor der Gefährdung des Berlin-Status paarte sich mit den Interessen der Weltmacht.“<sup>10</sup> Wie John F. Kennedy 1963, Richard Nixon 1969 und Jimmy Carter 1978 bei ihren Besuchen, wollte auch Reagan ein Zeichen setzen. Die „Stimmung“ in West-Berlin Amerika gegenüber hatte sich allerdings wesentlich geändert. „Wir mussten mit massiven Störungen anti-amerikanischer Gruppen rechnen“, betont von Bredow, der den Besuch vorbereitete.<sup>11</sup>

Der Senat suchte alles zu unterbinden, was Reagans Auftreten gefährden konnte. Aber auch jedes öffentliche Aufsehen sollte vermieden werden, um den Osten nicht zu provozieren. Es war vorgesehen, den amerikanischen Präsidenten im Reichstagsgebäude sprechen zu lassen, abgeschirmt vor möglichen Zwischenfällen. Die amerikanische Seite bestand jedoch darauf, die Kundgebung auf der Straße des 17. Juni an der Mauer vor dem Brandenburger Tor abzuhalten. Den Einwänden der Senatsverwaltung, die DDR-Regierung auf der anderen Seite der Mauer könnte sich durch die Rede akustisch und durch große Transparente gestört fühlen, hielten die Amerikaner entgegen, „wenn die DDR-Führung die Rede störe, so würde dies nur zeigen, wes Geistes Kind sie sei.“<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Leopold-Bill von Bredow, Die Berliner Vorbereitungen und das Programm des Präsidentenbesuches, in: Tear down this wall. US-Präsident Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor, 12. Juni 1987. Für das Alliierte Museum herausgegeben von Helmut Trotnow und Florian Weiß (ohne Ort und Jahr), S. 106-127.

<sup>11</sup> Ebd., S. 112f.

<sup>12</sup> Ebd.

Wie viele Menschen außerhalb der DDR-Führung in Ost-Berlin mit Reagans Verhalten sympathisierten, zeigte sich am 7. Juni 1987. Vor dem Reichstag fand an diesem Tag ein Rockkonzert statt und die Lautsprecher waren auch nach Osten gerichtet, wo sich Hunderte Fans versammelt hatten. „Die Mauer muss weg“, schallte es aus dem Osten über den „antifaschistischen Schutzwall“, fast genau gegenüber der Tribüne, auf der Reagan fünf Tage später sprach. Natürlich gingen die „Sicherheitskräfte“ in Ost-Berlin massiv gegen die „asozialen Elemente“ auf der Ostseite vor. Es kam zu mehr als 100 Verhaftungen.

Die Rufe aus dem Osten gaben dem amerikanischen Präsidenten recht, die „Bedenken“ des Berliner Senats nicht zu akzeptieren. Seine Rede widerspiegelte nicht nur die Interessen der westlichen Alliierten und besonders der Vereinigten Staaten, sondern auch die Wünsche und Hoffnungen der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung, wie sich zwei Jahre später zeigte. Reagan kritisierte am 12. Juni 1987 nachdrücklich die künstliche Teilung der Stadt. Der amerikanische Präsident erinnerte die Sowjetunion an die Verträge der vier Alliierten nach dem 2. Weltkrieg. Warb nicht Gorbatschow mit Glasnost und Perestroika für das Selbstbestimmungsrecht der Völker? Wie nebulös die Vorstellungen des sowjetischen Generalsekretärs auch waren – sollte man den sowjetischen Staatschef nicht beim Wort nehmen und nicht nur seinen Worthülsen applaudieren, wie das in Westeuropa und natürlich auch in West-Berlin geschah?

Hätte Gorbatschow einen Berlin-Besuch angekündigt, natürlich einen Besuch der „Hauptstadt der DDR“, dann wäre die Freude darüber sicherlich weitaus größer gewesen als die Ankündigung, dass Reagan nach Berlin komme. Aber Gorbatschow hätte zu diesem Zeitpunkt kaum eine Rede von solch zukunftsweisender Bedeutung gehalten wie der amerikanische Präsident. Er wäre über Formulierungen nicht hinausgekommen, deren Sinn letztlich darin bestand, die Mauer als „bestehende Realität“ zu akzeptieren. Wahrscheinlich hätte er sie nicht einmal erwähnt. Allzu harsche Töne schaden seiner Popularität im Westen und auch im Osten, wo er als Hoffnungsträger galt.

Auch Bender erwähnte die Mauer in seinem Essay als feststehende Tatsache. Vielleicht wünschte er sie in sanftes Blau getaucht und alle zehn Meter mit einem Ring aus goldenen Sternen geschmückt und so in das Stadtbild der „europäischen“ Metropole „West-Berlin“ integriert. Reagan forderte dagegen in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor jenseits jedes ostpolitischen Populismus dieser Zeit vom sowjetischen Generalsekretär:

„Mister Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor. Mister Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder.“ Diese Passage wurde erst später historisch. Zunächst war sie scheinbar unzeitgemäß in Zeiten der „Entspannungspolitik“.

### **Die Berlin-Initiative**

Erstaunlicherweise erwähnt von Groll zu einem Zeitpunkt, als die Mauer bereits sechs Monate offen und zu einem beträchtlichen Teil gefallen war, nicht Reagans zur Legende gewordene Forderung an Gorbatschow. Auf die Bedeutung des Besuches des amerikanischen Präsidenten eingehend, notierte er: „Dieser hatte 1987 vor dem Brandenburger Tor die Einbeziehung Berlins in den internationalen Luftverkehr, internationale Konferenzen und Olympische Spiele in beiden Teilen der Stadt und die Einbeziehung Berlins in den Jugendaustausch gefordert.“<sup>13</sup> In der Literatur ist als Grund von Reagans Kundgebung die Rede „von schwachen Bemühungen, die bestehende Vier-Mächte-Kontrolle über das geteilte Berlin zu regeln.“<sup>14</sup>

Der Auftritt des amerikanischen Präsidenten erzürnte zweifellos den sowjetischen Generalsekretär; solche Töne passten nicht in die Bemühungen um eine „Annäherung“ zwischen Ost und West. Fast ähnlich wird das im Kanzlerbungalow in Bonn gesehen worden sein. Auch Helmut Kohl bemühte sich um einen Dialog mit der sowjetischen Führung. Aber Reagans „Berlin-Initiative“, wie sein Forderungskatalog genannt wurde, löste doch Bewegung in den Amtsstuben aus.

Nach Konsultationen mit der Bundesregierung hatten die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten am 29. September 1987 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR [Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, A.M.] ein Aide-Memoire übergeben, in dem Gespräche zwischen den Vier Mächten über konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lage Berlins angeregt wurden. Die Antwort ließ auf sich warten, aber sie kam. Darin bestritt die Regierung der UdSSR am 15. September 1988 ihre Zuständigkeit für Fragen, „die

<sup>13</sup> Vermerk von Groll, 23.4.1990, in: PAB, AA, ZA 140.736 E.

<sup>14</sup> Philip Zelikow/Condoleezza Rice, Sternstunden der Diplomatie. Die deutsche Einigung und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997.

die Lage der Hauptstadt der DDR berühren“. Sie stellte Erörterungen über die „gegenwärtige anomale Situation“ im Luftverkehr „unter gebührender Achtung der Souveränität der DDR und ihrer Zuständigkeit“ jedoch in Aussicht. „West-Berlin betreffende Fragen“ könnten zwischen der „Botschaft der UdSSR in der DDR“ und den „Verwaltungen“ der drei West-Alliierten in Berlin „genauer bestimmt werden“.

Die Reaktion Moskaus offenbarte, wie wenig die Sowjetführung bereit war, sich in der Berlin-Problematik zu bewegen. Immerhin stand die „Berlin-Initiative“ Reagans in der Folgezeit stets zur Debatte in den Beziehungen der westlichen Alliierten zu Moskau. Es darf bezweifelt werden, dass das für die Bundesregierung und den West-Berliner Senat so angenehm war. Aber auch Helmut Kohl musste dem bei seinen Bemühungen um eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen Rechnung tragen.

### **„West-Berlin“ in der deutsch-sowjetischen „Entspannungspolitik“ 1988/89**

Als der Bundeskanzler 1988 in Moskau weilte, wurde unter anderem beschlossen, eine Fachgruppe zu bilden, die sich mit den Berlin-Problemen befasste.<sup>15</sup> Aber irgendwie kam sie in den folgenden Monaten nicht voran. Freilich sollten durch heikle Themen die gemeinsamen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen nicht belastet werden. Das war besonders der Fall, als ein Besuch Gorbatschows in Bonn im Juni 1989 anstand. Er sollte den Durchbruch bei der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Sowjetimperium dokumentieren. Kohl stand im Folgejahr vor Wahlen. Nach den Umfragewerten sah es nicht gut für ihn aus. Ein außenpolitischer Vorstoß, noch dazu in Richtung Osten, kam ihm sehr gelegen.

Auch im Auswärtigen Amt wurde auf einen Erfolg des Besuches hingearbeitet. Folgt man den dazu erarbeiteten Materialien, dann stand Berlin

<sup>15</sup> Vgl. Hans-Jürgen Küster, Entscheidung für die deutsche Einheit. Einführung in die Edition, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearbeitet von Hans-Jürgen Küsters und Daniel Hoffmann, München 1998 (im Folgenden: DzD), S. 29.



eher im Weg: „Offene Berlin-Fragen im Hinblick auf den Gorbatschow-Besuch“, lautete die Überschrift einer grundsätzlichen Bestandsaufnahme. Zu Beginn wurde darin sehr nüchtern die sowjetische Haltung zu Berlin dargelegt: „Die **sowjetische Berlin-Politik** orientiert sich weiterhin an der für sie zentralen Feststellung des VMA, dass West-Berlin kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland ist. Daher besteht die SU auf einer Kontrolle der Bindungen an und durch die Bundesrepublik Deutschland, die restriktiv interpretiert und nur widerstrebend und in eingeschränktem Umfange geduldet werden. Diese **restriktive und retardierende Haltung** hat sich am 7. April 1989 in einem Gespräch von D 2 [politischer Direktor im Auswärtigen Amt Dr. Klaus Kastrup, A.M.] mit dem Hauptabteilungsleiter der 3. Europäischen Abteilung des Sowjetischen Außenministeriums (Alexander P. Bondarenko) über aktuelle Berlinprobleme im bilateralen Verhältnis erneut bestätigt. Die sowjetische Seite gerierte sich dabei in **nahezu sämtlichen Punkten unbeweglich**.“ Daran anschließend wurden die offenen Fragen aufgelistet.<sup>16</sup> Es schien erheblicher Handlungsbedarf zu bestehen.

Aber nach Auswertung des Papiers in den nächsten zwei Tagen gelangten die Mitarbeiter im Auswärtigen Amt, offenbar auf höhere Weisung, zu einer sichtlich mildereren Betrachtung der Sachlage. Das Ziel des Besuches von Gorbatschow war zu diesem Zeitpunkt wichtiger als die Klärung der „Berlin-Probleme“. Grundsätzlich sollte aber die Position der Bundesrepublik deutlich gemacht werden, ohne letztlich auf deren Durchsetzung zu beharren. Das entsprach dem Umgang beider Seiten mit dem Vier-Mächte-Abkommen und zeigte in der Praxis dessen Zwiespältigkeit. Das ging jedenfalls aus einem weiteren Papier hervor, das wahrscheinlich derselbe Verfasser zwei Tage später anfertigte. Das Papier vom 10. April trug die Überschrift „Sachstand“. Zwei Tage später war der Titel etwas ausführlicher und klang ein bisschen merkwürdig: „**Gesprächsziel**: Den Berlin-Expertengesprächen einen politischen Anstoß geben.“<sup>17</sup> Eine solche Bezeichnung findet sich in den Akten des Auswärtigen Amtes relativ selten, auch im Duktus ist es unüblich. Schon die Einleitung offenbarte, dass die Klärung der „offenen Berlin-Fragen“ nicht forciert werden sollte. Rück-

<sup>16</sup> Referat 210 (Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen), Offene Berlin-Fragen im Hinblick auf den Gorbatschow-Besuch. Sachstand 10.4.1989, in: PAB, ZA 140.698 E.

<sup>17</sup> Ebd.

sichtnahme auf den hohen Besuch war das A und O im Verhalten der deutschen „Berlin-Experten“. „Probleme bei der Einbeziehung von West-Berlin behindern leider weiterhin die von unseren beiden Regierungen beabsichtigte und von unseren Bürgern gewünschte breite Zusammenarbeit und den Austausch in vielen Bereichen, die im übrigen problemlos sind.“<sup>18</sup>

„Problemlos“, das war mehr als beschönigend beschrieben. Doch es kam noch „softer“. Um unnötige Missverständnisse zu vermeiden, müssten West-Berlin-Probleme sehr verhalten diskutiert werden: „Wir sollten die bei der bisherigen Vorbereitung des Besuches von GS Gorbatschow sichtbar gewordenen berlinbezogenen Meinungsverschiedenheiten jetzt überbrücken. Wir gefährden sonst den Erfolg des Besuches, an dem uns beiden gelegen ist.“<sup>19</sup> Entsprechend vorsichtig, man könnte es geschmeidig nennen, wurden anschließend die Probleme dargelegt. Einzelne Passagen für die Gespräche wirken schon wie wörtlich ausformuliert: „Dabei bitten wir die sowjetische Seite um Verständnis dafür, dass wir grundsätzlich eine volle Einbeziehung von West-Berlin und seiner Einwohner in die beabsichtigten Vereinbarungen und die geplante Intensivierung des bilateralen Austausches anstreben. Lassen Sie mich dabei eines klarstellen: Wir haben nicht vor, den Besuch von Gorbatschow dazu zu nutzen, unsere Rechtsauffassung zu Lasten der Ihren durchzusetzen. Unabhängig von den beiderseitigen Rechtsstandpunkten werden wir bei Ihnen aber sicherlich Aufgeschlossenheit dafür finden, dass wir unsere Landsleute aus West-Berlin nicht auf einen zweitklassigen oder isolierten Platz im deutsch-sowjetischen Austausch verweisen lassen wollen.“<sup>20</sup>

Möglicherweise waren diese Ausführungen eine Handlungsanweisung für Gespräche mit der sowjetischen Seite im Vorfeld des Besuches von Gorbatschow. Dazu weilte der sowjetische Außenminister, Eduard A. Schewardnadse, mit einem Mitarbeiterstab aus dem sowjetischen Außenministerium am 12. und 13. Mai 1989 in Bonn. Am 13. Mai beschäftigte sich die Delegationssitzung ausschließlich mit der anlässlich des Gorbatschow-Besuchs zu verabschiedenden gemeinsamen Erklärung und offenen Berlin-Fragen. Für die gemeinsame Erklärung fand man eine Kompromisslösung: „West-Berlin nimmt an der Entwicklung der Zusammenarbeit unter

<sup>18</sup> Papier vom 12.4.1989, in: PAB, AA, ZA 140.698 E.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Ebd.

striker Einhaltung und voller Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 teil.“<sup>21</sup> Gestritten wurde deshalb über diese Passage, weil die sowjetische Seite unbedingt den Eindruck vermeiden wollte, die Bundesregierung vertrete West-Berlin. Auf die Schwierigkeiten, die deutschen Interessen in der Berlin-Problematik durchzusetzen, deutete schon der Hinweis im Vermerk des Referatsleiters für „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“, Dr. Frank Lambach, hin, „dass sich AM Schewardnadse völlig auf die Haltung seiner Experten im SAM [sowjetisches Außenministerium, A.M.] stützt“. Es wurde beschlossen, in einem weiteren Gespräch zwischen dem politischen Direktor des Auswärtigen Amtes, Dr. Klaus Kastrup, und dem Leiter der 3. Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Alexander P. Bondarenko, weiter zu verhandeln.<sup>22</sup>

Kohl hatte einige Tage vor dem Besuch der sowjetischen Delegation seinen Außenminister Hans-Dietrich Genscher ausdrücklich auf die Einbeziehung von West-Berlin in die Verhandlungen mit der Sowjetunion hingewiesen. Dem Bundeskanzleramt übersandte das Auswärtige Amt dann auch den Vermerk über die bisherigen Verhandlungen zu offenen Berlin-Problemen. Auf dieser Grundlage verfasste Kastrup den Entwurf eines Antwortschreibens des Außenministers an den Kanzler mit dem Hinweis: „Ich würde es für richtig halten, den Brief des Bundeskanzlers umgehend zu beantworten, damit auch Sie ‚on record‘ gehen.“<sup>23</sup>

In der Antwort wurde die Bedeutung West-Berlins ausdrücklich unterstrichen. Der Sowjetunion sollte der Standpunkt der Bundesregierung nachdrücklich deutlich gemacht werden. „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Helmut, für Dein Schreiben vom 10. Mai 1989 zu den offenen Berlin-Fragen im deutsch-sowjetischen Verhältnis danke ich sehr. Ich stimme mit Dir voll überein und habe diese Auffassung stets vertreten, dass der Ausbau unserer Beziehungen zur Sowjetunion West-Berlin in befriedigender Weise einbeziehen muss. Deine Ansicht, dass es sich hier um eine Grundsatzfrage handelt, bei der wir keinen Spielraum haben und bei der wir auch keine Konzessionen machen werden, wird von mir uneingeschränkt geteilt.“<sup>24</sup> Genscher berichtete dem „lieben Helmut“, dass er mit dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse am 12./13. Mai

<sup>21</sup> Vermerk (Lambach) vom 17.5.1989, in: PAB, AA, ZA 140.713 E.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Kastrup über Sudhoff an Genscher, 16.5.1989, in: PAB, AA, ZA 140.713 E.

<sup>24</sup> Genscher an Kohl, o.D. (Anfang Juni 1989), in: ebd.

die Berlin-Problematik „noch einmal, anknüpfend an ein früheres Gespräch mit ihm, grundsätzlich und mit großem Ernst erörtert und sehr eingehend über alle anstehenden Probleme gesprochen“ habe. Er vermeldete sichtbare Erfolge: „Als Ergebnis kann ich Dir mitteilen, dass es uns gelungen ist, die noch bestehenden Schwierigkeiten bei dem Abkommen über Zusammenarbeit über Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften und dem Abkommen über Zusammenarbeit bei der Rauschmittelbekämpfung auszuräumen. In der Gemeinsamen Erklärung ist die sowjetische Seite nunmehr bereit, die von uns vorgeschlagene Formel zur Einbeziehung von West-Berlin zu akzeptieren. Bereits im Vorfeld des Besuchs konnte dank unserer Standfestigkeit bei der Wiederaufbauhilfe für Armenien eine Berlin-Klausel durchgesetzt werden, die voll unserem Rechtsstandpunkt entspricht.“ Genscher kündigte dem Bundeskanzler an, Experten des Auswärtigen Amts nach Moskau zu schicken: „Ich habe Ministerialdirektor Dr. Kastrup beauftragt, in Kürze nach Moskau zu reisen, um auf der Grundlage meiner Erörterungen mit dem Außenminister Schewardnadse in Gesprächen mit dem sowjetischen Außenministerium unsere Bemühungen fortzusetzen, praktische und vernünftige Regelungen für die noch offenen Fragen zu finden.“<sup>25</sup>

Kastrup stellte sich wohl auf eine schon Anfang April konstatierte „restriktive und retardierende“ Haltung in Moskau ein. In dem Bericht über die Konsultationen am 1. und 2. Juni hob der deutsche Botschafter in Moskau, Andreas Meyer-Landrut, jedoch ausdrücklich hervor, in der Diskussion „der wichtigsten derzeit anstehenden Berlin-Fragen (gebe es) zwar keine sowjetische Bewegung in der Substanz. Die sowjetische Argumentation war jedoch bemerkenswert defensiv. Offensichtlich weil das Gespräch auf Ministerebene beim kürzlichen Besuch Schewardnadses in Bonn der sowjetischen Seite die politische Dimension des Festhaltens an alten Positionen in einem veränderten Umfeld bewusst gemacht hat.“<sup>26</sup>

Die „Erfolge“ bei den Bemühungen um die Einbeziehung von West-Berlin wurden sichtlich schöngeredet. Als Fortschritt konstatierte der deutsche Botschafter schon die „defensive Haltung“ der sowjetischen Vertreter.

<sup>25</sup> Ebd.

<sup>26</sup> Fernschreiben (FS) Mayer-Landrut an 213 (Verf. von Arnim), 4.6.1989, in: PAB, AA, ZA 140.713 E.

Bei den Unterredungen mit Gorbatschow vom Juni 1989 wirkte Kohl versöhnlich und betonte durchaus nicht, dass es sich bei den Berlin-Problemen um „Grundsatzfragen“ handelte. Er ging zwar nicht generell von seiner Position ab, aber räumte ganz im Sinne des Papiers des Auswärtigen Amtes vom April ein, dass die gegensätzlichen Auffassungen „überbrückt“ werden sollten. Gorbatschow gegenüber drückte es Kohl nur etwas anders aus: „Es sei sicherlich richtig, dass er sich mit dem Generalsekretär in der deutschen Frage nicht einig sei. Was nütze aber schon der ständige Streit über diese Frage? Die Positionen müssten jedoch immer wieder dargelegt werden, weil sie im eigenen Lande erwartet würden. Ein Bundeskanzler müsse z.B. über Berlin sprechen. Entscheidend sei aber die Frage, ob sie sich bei diesen Problemen aufhalten würden oder ob sie zusammenarbeiten würden, wo immer dies möglich sei.“<sup>27</sup>, heißt es in dem Protokoll des Gespräches zwischen dem Bundeskanzler und dem sowjetischen Generalsekretär.

Das war ein anderer Ton als der des amerikanischen Präsidenten Reagan zwei Jahre früher, deutlich „soft“, vielleicht auch „too soft“, wie sich bald zeigen sollte. Immerhin wahrte der Bundeskanzler gegenüber Moskau bei aller Sympathie für den sowjetischen Generalsekretär eine gewisse Reserve, wohl auch, um die Beziehungen zu den westlichen Bündnispartnern nicht unnötigen Spannungen auszusetzen. Sein Verständnis für die Sowjetunion war begrenzt.

Auch den westlichen Bündnispartnern gegenüber hatte die Bundesregierung mit ihren Bemühungen in der Berlin-Problematik letztlich Rechnung zu tragen. Außenpolitisch schien die Welt aber Mitte 1989 in Ordnung: „Realistisch betrachtet hatten die Westdeutschen bereits, was sie wollten – ausgezeichnete Beziehungen zu den Reformern im Kreml und eine unverändert feste Bindung an die westlichen Partner“<sup>28</sup>, schreiben Condoleezza Rice und Philip Zelikow, die zu diesem Zeitpunkt im außenpolitischen Apparat der amerikanischen Führung verantwortlich für die Gestaltung der Beziehungen zu Europa arbeiteten.

<sup>27</sup> Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, Bonn, 12.6.1989, in: DzD, Dok. Nr. 2.

<sup>28</sup> Philip Zelikow, Condoleezza Rice, Sternstunden der Diplomatie: Die deutsche Einigung und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997, S. 67.

### **Gorbatschow und die „byzantinische Klamottenkiste“: Die Guten und die Bösen**

Ob ausgezeichnete Beziehungen zu den „Reformern“ ausreichten, um das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau nun stetig zu verbessern oder wenigstens auf dem erreichten Niveau zu halten? Eine grundlegende Verbesserung in der Berlin-Problematik war durchaus nicht eingetreten. Und die Reagan-Agenda stand immer noch im Raum. Wer waren eigentlich die Reformer und welchen Einfluss hatten sie tatsächlich in der Regierung des Sowjetimperiums?

Die hohen Erwartungen an die Verbesserungen der bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen nach Gorbatschows Bonn-Besuch wurden schon bald gedämpft. Der Anlass schien nichtig. Deshalb erregte er auch die Gemüter im Auswärtigen Amt besonders. „Am 15.09. wurde ich, nachdem das SAM die Botschaft kurzfristig unterrichtet hatte, durch den 1. Stv. [Stellvertretenden, A.M.] AM [Außenminister, A.M.] Kowaljow (K.) zu meinem Antrittsbesuch empfangen“, begann der neue bundesdeutsche Botschafter, Klaus Blech, seinen Bericht vom 16. September 1989.<sup>29</sup> „K., der von Bondarenko begleitet war, begrüßte mich auf Deutsch, erinnerte an unsere alte Bekanntschaft und drückte die Überzeugung aus, dass er und die 3. Europ.(äische) Abteilung – Bondarenko – mit mir und der Botschaft insgesamt sicher gut zusammenarbeiten würden. Ich erwiderte, es sei inzwischen viel erreicht worden, so dass jetzt eine gute Grundlage bestehe, um noch mehr zu erreichen.“<sup>30</sup>

Für die sowjetische Seite gab es schon noch strittige Punkte. Bondarenko und Kowaljow kam es darauf an, dem neuen deutschen Botschafter den Stand der Beziehungen zu erläutern, den sie durchaus nicht so entspannt sahen wie er. Im Auswärtigen Amt wurde das Verhalten der sowjetischen Vertreter folgendermaßen zusammengefasst: „Damit bleibt das SAM alter russischer Praxis und eigener bisheriger Linie treu, ausländische Gesprächspartner zunächst einmal ins Unrecht zu setzen und ihnen zu demonstrieren, wo in Moskau ‚oben und unten‘ ist.“<sup>31</sup>

Offensichtlich wirkte der Bericht Blechs wie ein kalter Guss und dämpfte die nahezu euphorischen Erwartungen der Bundesregierung nach Gorbatschow.

<sup>29</sup> FS Blech vom 16.9.1989, in: PAB, AA, ZA 140.713.

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> Referat 213 (Sowjetunion), 19.9.1989, in: ebd.

schows Bonn-Besuch. Der Anlass für die fast schulmeisterliche Behandlung des deutschen Botschafters, mit der ihm und seiner vorgesetzten Behörde demonstriert werden sollte, wie in Moskau „on record“ aussah, war eine Rede Helmut Kohls auf dem Bremer Parteitag der CDU, der schon im August stattgefunden hatte.

Sichtlich verstimmt wurde Genscher informiert, was sich am 15. September in Moskau zugetragen hatte: „Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung vor Ihrem Gespräch mit AM Schewardnadse in New York (27.09.1989)“, hieß es in der vom Referat 213 (Sowjetunion) gefertigten Aufzeichnung. Genscher war in die USA gereist, um auf der UNO-Vollversammlung zu sprechen. Er kam dabei u.a. auch mit Schewardnadse zusammen und sprach dem sowjetischen Außenminister gegenüber den Disput bei Blechs Antrittsbesuch an. In der Argumentationshilfe für Genscher hieß es: „Dass diese alte Technik ausgerechnet zum Dienstantritt unseres neuen Botschafters aus der byzantinischen Klamottenkiste hervorgeholt wird, ist ein Affront, der nicht den politischen Aussagen der sowjetischen Führung entspricht.“ Schewardnadse wiegelte ab.

„AM Schewardnadse sagte einmal zu Botschafter Meyer-Landrut – nach einer Besprechung über die Möglichkeiten intensiverer Zusammenarbeit – ‚Wir werden die Beziehungen verbessern, wenn uns der Apparat nicht dabei stört.‘ – Er stört nach wie vor erheblich.“<sup>32</sup>, hatte schon das Auswärtige Amt voraussehend Genscher eingestimmt.

Vielleicht aber waren die „Störungen“ genau kalkuliert. Auch wenn durch Gorbatschow die Spielräume größer wurden, so war es doch ein durch und durch hierarchischer Apparat, nicht gewohnt, Probleme zu lösen, sondern Lösungen widerspruchslos zu exekutieren. Die Politiker der Ebene Gorbatschow/Schewardnadse waren für den Westen die „Guten“, bereit, „neues Denken“ zu praktizieren, „neue Wege“ zu gehen. Doch da gab es die „Bösen“ im „Apparat“, die immer wieder verhinderten, dass es auch vorwärts gehen konnte in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Die abgestimmte Strategie zwischen beiden Kräften erscheint simpel, aber durchaus effektiv, und erklärt möglicherweise das Zeitalter von Perestroika und Glasnost besser, als immer nur Reformen oder Hardliner am Werke zu sehen, je nachdem, welche politische Linie dominierte. Vielleicht eröffnet die Sicht auf das abgestimmte Vorgehen zwischen „Bösen und Guten“ einen besseren Zugang zur sowjetischen Strategie 1989/90 auch in

<sup>32</sup> Ebd.

der Berlin-Problematik. Jedenfalls spielte die 3. Europäische Abteilung im sowjetischen Außenministerium mit Bondarenko als Leiter während des gesamten Untersuchungszeitraums eine entscheidende Rolle. Im deutschen Auswärtigen Amt nannte man ihn nach einschlägigen Erfahrungen den „Verhinderer“. Er gehörte für den Westen zu den „Bösen“, die von Fall zu Fall von den „Guten“, Gorbatschow und Schewardnadse, korrigiert werden konnten, wie der Antrittsbesuch Blechs zeigte. Aber es gab auch andere Varianten. Mitunter dominierten nur die „Guten“ und manchmal nur die „Bösen“, dann wiederum wurde einheitlich agiert.

### **Die Alliierten in West-Berlin**

Die westlichen Alliierten kamen gegenüber Moskau seit Anfang 1989 mehrfach auf die „Berlin-Initiative“ zurück. Am 12. Mai machte der neue amerikanische Botschafter, Vernon Walters, dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Wjatscheslaw Kotschemassow, einen Antrittsbesuch. Er erfolgte, weil Kotschemassow auch für die Vier-Mächte-Fragen in Berlin verantwortlich war. In der Sitzung der Vierer-Gruppe am 23. Mai informierte der US-Sprecher über Walters „Antrittsbesuch“ bei Kotschemassow.<sup>33</sup> Die Vierer-Gruppe, in den Akten der Alliierten auch oft Bonner Gruppe genannt, war neben den unregelmäßigen Frühstücksgesprächen beim Chef des Bundeskanzleramts die wichtigste Einrichtung, in der die Vertreter der drei westlichen Mächte mit Vertretern der Bundesregierung zusammenkamen.<sup>34</sup> Auch der West-Berliner Senat war vertreten. Karl-Rudolf Korte schreibt: „Die Treffen hatten grundsätzlich informatorischen Charakter und dienten auch verschiedentlich der politischen Koordinierung in schwierigen Berlin-Fragen ...“ Protokolle gibt es nicht, und die Namen der Teilnehmer wurden „geheim“ gehalten.<sup>35</sup> Federführend war das Auswärtige Amt, aber auch Vertreter des Bundeskanzleramts beteiligten sich.

In den Akten finden sich zahlreiche Vermerke über die Sitzungen. Es handelt sich dabei nicht um Protokolle im eigentlichen Sinne, aber sie

<sup>33</sup> Vermerk vom 1.6.1989, in: PAB, AA 140.719 E.

<sup>34</sup> Vgl. Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft: Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, Stuttgart 1998, S. 57.

<sup>35</sup> Vgl. ebd.



tragen ähnlichen Charakter und vermitteln den Eindruck, dass es 1989 bis 1990 vor allem um Berlin-Probleme ging.<sup>36</sup>

Am 23. Mai 1989 äußerte der amerikanische Vertreter über die Audienz Walters bei Kotschemassow: „Botschafter Walters habe die Absicht der amerikanischen Regierung, die Berlin-Initiative weiter zu verfolgen, zum Ausdruck gebracht.“<sup>37</sup> Kotschemassow war offensichtlich von Moskau instruiert worden, den „Bösen“ zu repräsentieren und keine Zugeständnisse in berlinpolitischen Fragen in Aussicht zu stellen: „K. habe auf das sowjetische Aide-Mèmoire vom 15.9.88 verwiesen. Er habe zu verstehen gegeben, dass die sowjetische Seite nur im Rahmen des Vier-Mächte-Abkommens verhandeln wolle.“<sup>38</sup> Das war wie immer Auslegungssache. Ein halbes Jahr später berief sich der sowjetische Botschafter zwar ebenfalls auf das VMA, aber plötzlich nicht nur darauf. Im Mai agierte er noch, wie es der Westen gewohnt war. Er erwarte zunächst einen „Vorschlag“: „Es sei jetzt an den westlichen Alliierten, einen spezifischen Vorschlag zu machen.“<sup>39</sup> Über das, was der sowjetische Botschafter wünschte, wurde offenbar nicht in der Vierer-Gruppe diskutiert. Vielleicht war es die sich überstürzende politische Entwicklung, die die Westalliierten abwarten ließ, ohne den Gegenstand – Reagan-Initiative – aus den Augen zu verlieren.

Noch im Juni 1989 hatte der deutsche Bundeskanzler gegenüber dem sowjetischen Generalsekretär geäußert: „Wer jetzt versuchen wolle, die europäische Statik zu verändern, werfe die Entwicklung zurück.“<sup>40</sup> Er sollte sich folgeschwer irren. Die „europäische Statik“ geriet binnen weniger Wochen aus den Fugen. Ungarn öffnete die Grenze zu Österreich. In Polen brach mit den ersten demokratischen Wahlen die kommunistische Herrschaft zusammen. Und selbst die DDR begann zu wackeln. Das sogenannte „Flüchtlingsproblem“ hielt die internationale Politik in Atem. Über die ungarisch-österreichische Grenze und durch die Besetzung der bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau gelangten immer mehr „Bürger der DDR“ in den Westen.

<sup>36</sup> Vgl. PAB, AA 140.719 E.

<sup>37</sup> Vermerk vom 1.6.1989, in: ebd.

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> Ebd.

<sup>40</sup> Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow, Bonn, 12.6.1989, in: DzD, Dok. Nr. 2, S. 284.

Im Auswärtigen Amt wurde überlegt, ob die Alliierten bei der Lösung des Problems einbezogen werden könnten: „Die SU, ohne deren Mitwirkung eine Befassung der übrigen Drei Mächte keinen Sinn macht, hat bis in die jüngste Zeit selbst in Fragen, die wir ihrem Vorbehaltsbereich zuordnen, auf souveräne Rechte der DDR verwiesen (vgl. Berlin-Initiative).“<sup>41</sup> Bald sollten schon Beratungen ohne die SU „Sinn machen“.

Aber ein anderes Argument, auch auf die Unterstützung der westlichen Alliierten zu verzichten, leuchtete viel mehr ein: „Wenn wir auf ein Tätigwerden der Drei Mächte drängen (und damit eingestehen müssten, dass unser eigener Handlungsspielraum erschöpft ist), geben wir – Annahme eines solchen Vorschlags vorausgesetzt – die Steuerung eines Kernbereichs der innerdeutschen Beziehungen aus der Hand. Innenpolitisch könnte eine solche Initiative die gegenwärtige Souveränitätsdebatte um einen weiteren Aspekt bereichern.“<sup>42</sup> Schon an diesem Beispiel zeigte sich, dass über die Vier-Mächte-Rechte durchaus keine vollständige Übereinstimmung zwischen den westlichen Alliierten und der Bundesregierung herrschte und es doch einer gegenseitigen Verständigung bedürfen würde, falls damit zusammenhängende Fragen durch die rasante politische Entwicklung auf die Tagesordnung träten.

## Deutschlandpolitische Debatten

Eigentlich hatten die westlichen Alliierten in Verträgen der Bundesrepublik die Souveränität eingeräumt, allerdings unter bestimmten Bedingungen, nämlich der Weitergeltung der Besatzungs- und Vier-Mächte-Hoheit, dem sogenannten „Vorbehaltsbereich“.

Wahrscheinlich niemand überblickte Ende der 1980er Jahre, welche Kontrollratsdirektiven in Berlin noch gültig waren und welche nicht. Besonders kompliziert war die Rechtslage deshalb, weil die drei westlichen Alliierten eigentlich in West-Berlin regierten. Es gab den Regierenden Bürgermeister, der viele Entscheidungen nicht ohne Zustimmung der Alliierten treffen konnte. Über 3000 Verordnungen hatten die Alliierten in West-Berlin erlassen, von denen die Mehrzahl Ende der 1980er Jahre längst obsolet war. Die Entwicklung hatte ihre Gültigkeit ad absurdum geführt.

<sup>41</sup> Referat 210, 24.8.1989, in: PAB, AA, ZA 140.719 E.

<sup>42</sup> Ebd.

Monatlich trafen sich die westlichen Stadtkommandanten mit dem Regierenden Bürgermeister zur gegenseitigen Information, aber wohl auch, um diesbezügliche Probleme intern zu klären. Ohnehin saß der Regierende Bürgermeister Tür an Tür mit den westlichen Gesandten im Schöneberger Rathaus. Die praktische Unklarheit bei eigentlich rechtlicher Klarheit macht die Befürchtungen vor einer Ausweitung der Souveränitätsdebatte Anfang Herbst 1989 im Auswärtigen Amt verständlich.

Zu diesem Zeitpunkt rechnete wohl kaum jemand damit, dass die Frage der Souveränität Deutschlands bald im Mittelpunkt der deutschlandpolitischen Debatten stehen würde. Mit den zunehmenden Protesten in der DDR und den Demonstrationen um den 40. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, dem Ausbruch einer der wenigen Revolutionen in der Geschichte Deutschlands, die auch noch zum Erfolg führte,<sup>43</sup> gewann die deutsche Frage an kaum erwarteter Bedeutung. Noch aber stand die Frage der deutschen Einheit nicht im Mittelpunkt.

In Bonn wurden die Reaktionen des Auslandes auf die deutsche Entwicklung verständlicherweise genau beobachtet und analysiert. Dazu gehörte auch das Verhalten der vier „Siegermächte“ zu den Besatzungsrechten in West-Berlin. Der französische Außenminister, Roland Dumas, äußerte sich in einem Interview am 8. Oktober 1989, also bereits einen Tag nach dem offenen Ausbruch der Revolution in der DDR, zur Teilung Deutschlands. Immerhin erschienen Dumas' Bemerkungen dem Auswärtigen Amt so wichtig, dass eine ausführliche Vorlage für den Staatssekretär erarbeitet wurde. Unter anderem ging es dabei darum herauszuarbeiten, wie der französische Außenminister die Mitwirkung der Alliierten an der zukünftigen Gestaltung Deutschlands betrachtete. Mit Genugtuung registrierten die Mitarbeiter im Außenministerium, dass „Dumas betont, das Streben der Deutschen nach Einheit sei legitim“<sup>44</sup>. Dumas verwies jedoch auf das Mitspracherecht der Vier Mächte: „(I)nfolge des 2. Weltkrieges sei aber auch eine Lage entstanden, die sich verfestigt habe.“ Dumas sagte wörtlich: „Die Teilung Deutschlands ist das Ergebnis einiger völkerrechtlicher Verträge, die wiederum die Folge dessen sind, was Ihnen ja bekannt ist.“ Damit reklamierte er das Mitspracherecht bei der Gestaltung der deutschen Einheit. Das Auswärtige Amt kommentierte: „Falls Dumas auf Ver-

<sup>43</sup> Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009. Wissenschaftlich mit großem Abstand die beste Studie zu diesem Thema.

<sup>44</sup> Vorlage Hillenberg, 16.10.1989, in: PAB, AA, ZA 140.753 E.

träge der vier Siegermächte abstellt, so ist festzuhalten, dass die Vier Mächte 1944/1945 Deutschland weder annektiert noch geteilt, sondern nur Vereinbarungen über die gemeinsame Besetzung und Übernahme der Regierungsgewalt getroffen haben. Dafür, dass auch Dumas das so sieht, spricht, dass er das Streben des deutschen Volkes nach Einheit ausdrücklich für legitim erklärt. Sein Hinweis auf vertragliche Grundlagen der gegenwärtigen Lage ist deshalb wohl am ehesten in dem Sinne zu verstehen, dass die Vier Mächte als Garanten der Nachkriegsordnung in Mitteleuropa an der Umgestaltung dieser Ordnung mitzuwirken hätten und dass diese Mitwirkungsrechte auf vertraglicher Grundlage beruhen. Die völkerrechtlich begründete Verantwortung der Vier Mächte für das Schicksal Deutschlands wird von der Bundesrepublik Deutschland bejaht.<sup>45</sup>

Noch gab es keine breite öffentliche Diskussion darüber, wie die Vier Mächte ihre diesbezüglichen Rechte wahrnehmen. Die deutsche Einheit stand scheinbar noch lange nicht an. Immerhin konnte sie aber bald vor der Tür stehen, doch niemand, selbst in der Bundesregierung, drängte darauf. An der „Statik“, wie der Bundeskanzler gegenüber dem sowjetischen Generalsekretär im Juni betont hatte, sollte sich auch in Deutschland nichts ändern. Vorsorglich hoben die Mitarbeiter im Bonner Auswärtigen Amt jedoch hervor, dass es schon einige Veränderungen in den mehr als vierzig Jahren Nachkriegsordnung gegeben habe: „Im Rahmen dieser fortwirkenden, vertraglichen begründeten Verantwortlichkeiten der Vier Mächte bestehen vertragliche Festlegungen der Drei Mächte gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, die von Dumas nicht angesprochen wurden.“<sup>46</sup> Gemeint waren die westlichen Alliierten, die sich in Verträgen mit der Bundesrepublik darauf festgelegt hätten, „mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland.“ Man war allerdings zu diesem Zeitpunkt noch weit davon entfernt, Frankreich, Großbritannien und die USA an diese Verträge zu erinnern. In erster Linie hofften die führenden Politiker in Bonn auf eine Konsolidierung der Verhältnisse in der DDR.

Davon war jedoch die Moskauer Führung nicht überzeugt und auch nicht davon zu überzeugen, dass es der Bundesrepublik nur darauf ankam. Aber die Forderungen der DDR-Bevölkerung nach radikalen Veränderungen wurden immer nachdrücklicher und die Reaktionen der DDR-Regierung

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Ebd.

und vor allem der herrschenden Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), immer unglaubwürdiger. Nur Moskau verteidigte die verzweifelten, aber zwecklosen Versuche der Bruderpartei, ihre Macht zu konsolidieren.

### **Tore zur Einheit**

Je mehr Zeit vergeht, desto selbstverständlicher erscheint es, dass die Mauer 1989 fallen musste. Nicht Gorbatschow öffnete sie, wie es Reagan 1987 gefordert hatte, sondern der Druck der Bevölkerung der DDR. Gorbatschow schrieb die Öffnung dem „klugen und mutigen Verhalten der Genossen“ in Ost-Berlin zu. Tatsächlich bedeutete sie für ihn ein alptraumhaftes Erlebnis. Die Einheit Deutschlands klopfte an die Tür. Sie galt es zu verhindern, damit nicht endgültig das sogenannte sozialistische Weltssystem unterging. Die sowjetische Führung stand unter Schock. Einiges musste in der kommunistischen Strategie und Taktik überdacht werden. „Die sowjetischen Vertreter sind ziemlich sprachlos – sie behaupten, von dem Beschluss zur Öffnung der Mauer unterrichtet, aber nicht konsultiert worden zu sein. Die Botschafter aus Ost-Berlin und Bonn, der Generalkonsul aus Berlin/West (und wohl auch die Botschafter in Warschau, Prag und Budapest) saßen zurzeit in Moskau, um zur Lagebeurteilung beizutragen“, berichtete der Vertreter des Auswärtigen Amtes aus Berlin.<sup>47</sup>

Nicht aus der „byzantinischen“, sondern aus der Gorbatschowschen Klammottenkiste kamen nun Warnungen vor einer „Destabilisierung“ der internationalen Lage, der Gefahr des Auflebens des Neonazismus in Deutschland, vor Übergriffen auf sowjetische Einrichtungen in der DDR, kurz: vor einer chaotischen Lage, die die Sicherheit Europas gefährde. Solche Parolen wurden von Moskau gestreut, um damit auch die westeuropäische Öffentlichkeit zu beeinflussen und selbstverständlich die Regierungen in Washington, Paris und London. Konnten sie an einem Wiederaufleben des „deutschen Koloss“ interessiert sein?

Obwohl sie die Maueröffnung einhellig begrüßten, verhielten sich die westlichen Alliierten zunächst abwartend. Als Helmut Kohl am 28. No-

<sup>47</sup> Referat 215 (Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin), Groll, 24.11.1989, in: PAB, AA, ZA 140.736 E.

vember 1989 mit dem 10-Punkte-Plan dann sogar den Weg in Richtung Einheit wies, wurden sie noch reservierter. Geradezu gebetsmühlenartig betonte die Bundesregierung, die deutsche Entwicklung in den europäischen Einigungsprozess „einzubetten“. Die Reisen des deutschen Außenministers nach Paris und London bereits einen Tag nach der Erklärung Kohls glichen einer „good will tour“.<sup>48</sup> Es gelang ihm jedoch nicht, die Vorbehalte zu zerstreuen. Dazu trug wesentlich bei, dass der Bundeskanzler nicht bereit war, eine zusätzliche Erklärung zu den bestehenden Verträgen zur Gültigkeit der Oder-Neiße-Grenze, die Polen die Existenz dieser Grenze völkerrechtlich garantierte, abzugeben. Der völlig ungerechtfertigte „Revanchismus“-Vorwurf wurde dadurch, zweifellos unbeabsichtigt, genährt. Dieses Problem belastete den gesamten Einigungsprozess und warf ein eigentümliches Licht auf die Bundesregierung.<sup>49</sup>

### **In den Hauptstädten der westlichen Alliierten**

„Haltung der US-Administration zur deutschen Frage“ lautet die Überschrift einer Vorlage für den Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt vom 30. Oktober 1989. Unter anderem heißt es darin: „Mit den bisher ausführlichsten Einlassungen zu dem Thema hat Präsident Bush in der New York Times das aktive amerikanische Interesse an den Vorgängen in Mittel- und Osteuropa insgesamt unterstrichen und die positive Haltung der USA zu einer Lösung der deutschen Frage im europäischen Kontext, wie es unserer Linie entspricht, klar bestätigt. Er tritt zugleich für geduldige Umsetzung ein und sieht hierfür eine in das gemeinsame westliche Konzept eingepasste innerdeutsche Politik sowie vor allem eine enge Abstimmung der Bundesrepublik mit ihren westeuropäischen Alliierten gefordert.“<sup>50</sup>

Besonders hob der amerikanische Präsident die Berlin-Problematik hervor und unterstrich in diesem Zusammenhang die Berlin-Initiative: „Mehrfach

<sup>48</sup> Vgl. Armin Mitter, Wir versuchen, die Grenzöffnung zu halten, in: Horch und Guck, Heft 2/2010, S. 59.

<sup>49</sup> Vgl. ders., Die Oder-Neiße-Grenze und die deutsche Vereinigung 1989/90, in: Tilmann Meyer (Hg.), 20 Jahre deutsche Einheit, Berlin 2010, S. 97-117.

<sup>50</sup> Vorlage vom 30.10.1989, in: PAB, AA, ZA 179.532 E.

hat Bush (...) die entscheidende Rolle Berlins hervorgehoben und die Berlin-Initiative seines Vorgängers aufgenommen und bekräftigt.<sup>51</sup>

Wenige Tage später öffnete sich die Mauer. Der Bundeskanzler unterbrach aus diesem Grund den Staatsbesuch in Polen. In seiner Rede am 10. November vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin dankte er ausdrücklich den westlichen Alliierten.<sup>52</sup> Ob das Pfeifkonzert während dieser Passage seiner Rede größer wurde, ist nicht bekannt.

Über die Reaktionen der Alliierten auf die Öffnung der Mauer berichtet von Groll: „Die Alliierten nehmen die ‚weite Auslegung‘ der Kompetenz für die Besucherregelungen und Verkehrsfragen durch den Senat gelassen, sind kooperativ und bewundern die katastrophenfremde Bewältigung des Besucherandranges durch viel Eigeninitiative und Improvisation aller Stellen, sodass Sicherheitslage der Stadt nicht beeinträchtigt war. Über wichtige Entscheidungen wie die Herstellung des heißen Drahtes zwischen den Polizeihauptquartieren beider Stadtteile wurden sie prompt unterrichtet. Den Handshake Momper/Krack am Potsdamer Platz nahmen sie kommentarlos hin.“<sup>53</sup>

Offensichtlich stand von Groll, der darüber nach Bonn berichtete, auch in Kontakt mit den sowjetischen Behörden in West-Berlin, sonst hätte er über die bereits erwähnten Besprechungen von sowjetischen Diplomaten nach dem 9. November in Moskau nicht Bescheid gewusst. In diesem Zusammenhang betonte er: „Eine Änderung der sowjetischen Berlin-Politik und eine Weisung zur Berlin-Initiative wäre vor Jahresende kaum zu erwarten.“<sup>54</sup> In diesen unruhigen Zeiten änderte sich jedoch vieles von einem Tag auf den anderen.

Der 10-Punkte-Plan Kohls hatte erst einmal einen Kälteeinbruch in den deutsch-sowjetischen Beziehungen zur Folge. Für Anfang Dezember stand ein Besuch Hans-Dietrich Genschers in Moskau auf dem Plan. Zur Vorbereitung reiste der politische Direktor des Auswärtigen Amtes, Kastrup, zu Konsultationen mit dem Leiter der 3. Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium. Die Berlin-Problematik besaß nun einen hohen Stellenwert in den gemeinsamen Beziehungen. Enttäuscht und wohl auch gereizt, konstatierte Kastrup: „Der Diskussionsverlauf mit

<sup>51</sup> Ebd.

<sup>52</sup> Werner Weidenfeld mit Peter M. Wagner und Elke Bruck, Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998, S. 14.

<sup>53</sup> Referat 215, Groll, 24.11.1989, in: PAB, AA, ZA 140.736 E.

<sup>54</sup> Ebd.

Bondarenko war von der gleichen kleinlichen verbissenen Verteidigung Berlin-politischer Positionen der SU geprägt, die die Konsultationen auf dieser Ebene seit Abschluss der Ost-Verträge unverändert bestimmen.“<sup>55</sup> Immerhin lagen die Ostverträge fast 20 Jahre zurück. Kastrup selbst hat am Vier-Mächte-Abkommen mitgearbeitet und die einseitigen Auslegungen der SU seitdem verfolgen können. KPdSU-Chef Leonid Breschnew, unter dem der Vertrag zustande kam, waren mehrere Generalsekretäre gefolgt. Doch selbst unter Gorbatschow blieb die Berlin-Politik „kleinlich verbissen“. Ob diese erstaunliche Kontinuität im heißen Herbst/Winter 1989/90 fortbestehen würde?

Kastrup sprach mit Bondarenko am 27. November, einen Tag vor Kohls 10-Punkte-Erklärung im Deutschen Bundestag. Zu diesem Zeitpunkt kämpfte die SU verbissen um die „Souveränität“ der DDR. Dazu gehörte auch, die Hauptstadtfunktion Ost-Berlins den bundesdeutschen Diplomaten immer wieder deutlich zu machen. Die Maueröffnung hat diese Bestrebungen zunächst noch verstärkt. Es gab scheinbar keinen Raum für eine flexiblere Haltung. Das Gespräch zwischen Bondarenko und Kastrup jedenfalls verhieß nichts Gutes für die Visite des bundesdeutschen Außenministers in Moskau. Und einen Tag später folgte der 10-Punkte-Plan Kohls. Genscher wurde von Gorbatschow und Schewardnadse bei seinem wenig später stattfindenden Besuch ordentlich dafür gerüffelt.<sup>56</sup>

### **Bonn und West-Berlin am Ende des Jahres 1989: Ein gespanntes Verhältnis**

„Die Gesandten erklärten sich mir gegenüber ‚bestürzt‘ über das frostige Verhältnis zwischen Bundes- und Landesregierung“, schrieb von Groll am 24. November in seinem Vermerk betreffend der „Auswirkungen des 9. November auf die Lage in und um Berlin“ für das Auswärtige Amt.<sup>57</sup> Gemeint waren die drei westlichen Gesandten in West-Berlin. Der Bundeskanzler und der Regierende Bürgermeister, Walter Momper, mochten sich persönlich überhaupt nicht. Der Hauptgrund waren politische Gegen-

<sup>55</sup> FS Moskau vom 28.11.1989, in: PAB, AA, ZA 147.138 E.

<sup>56</sup> Vgl. Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.

<sup>57</sup> Vermerk vom 24.11.1989, in: PAB, AA, ZA 140.736 E.



sätze. Als Momper am 10. November seine Rede vor dem Schöneberger Rathaus hielt, zischte Helmut Kohl hinter ihm „Lenin spricht, Lenin spricht“. Nach Ansicht des Christdemokraten Kohl betonte der Sozialdemokrat Momper die Einheit der Stadt viel zu wenig. Auch die politischen Verhältnisse in West-Berlin behagten Kohl nicht.

Seit Anfang des Jahres regierte die SPD gemeinsam mit der Alternativen Liste (AL) die Stadt. Der AL-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele hatte schon Anfang 1989 über einen möglichen Besuch des amerikanischen Präsidenten geäußert, Bush sei in West-Berlin nicht erwünscht. Darüber erregte sich der Bundeskanzler maßlos, ebenso wie über die Rede Mompers am 10. November, und er ließ sich zu dem erwähnten abenteuerlichen Kommentar hinreißen.

Die Abneigung des Bundeskanzlers gegenüber den „Berliner Verhältnissen“ hatte zur Folge, dass die Vertreter der Bundesbevollmächtigten in West-Berlin eine untergeordnete Rolle in den Kontakten zu den Westalliierten spielten. Sie erhielten nur spärliche Informationen durch Bundeskanzleramt sowie Auswärtiges Amt.

Beim Amtsantritt Anfang November 1989 des neuen Bevollmächtigten, der dem Bundeskanzleramt zugeordnet war, wurde das überdeutlich. Von Groll schrieb an seine vorgesetzte Dienststelle: „Der neue Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin und Parlamentarische Staatssekretär im Kanzleramt, Herr Günter Straßmeir, bitte(t) für seine Antrittsgespräche bei den Berliner Stadtkommandanten (1. Besuch am 28.11.89 beim US-Gen. Hadock): - Die amtlichen Erklärungen der westlichen Alliierten zur Lage in und um Berlin; - Stichworte für ein ‚Statement‘, das die Haltung der Bundesregierung und insbesondere ihre evtl. Wünsche an die Alliierten reflektiert.“<sup>58</sup> Die lakonische Randbemerkung im Auswärtigen Amt lautete: „Mit RL 215 [Referatsleiter von Groll, A.M.] besprechen, dass (...) nicht von 210 [Referat: Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen, A.M.] zur Verfügung gestellt werden kann.“ In Klammern gesetzt waren die Wünsche Straßmeirs. Aber damit nicht genug. Von Groll erwähnte weiter in seinem Fernschreiben: „Sts. Graf Matuschka, Protokollchef des Landes Berlin, bittet um eine möglichst kontinuierliche Lagebeurteilung aus Sicht der Bundesregierung.“

<sup>58</sup> FS von Groll, 14.11.1989, in: ebd.

In dieser Passage wurde das Wort Lagebeurteilung unterstrichen und an den Rand ein großes Fragezeichen gesetzt. Graf Matuschka hat zweifellos auf die „Lagebeurteilungen“ vergeblich gewartet.

Noch aufschlussreicher gestaltete sich das Schicksal des Wunsches von Groll selbst: „Generell bitte ich, wegen des regen Interesses aller offiziellen Berliner Stellen künftig auf den Verteiler aller ‚Ortices‘ gesetzt zu werden (erhalte sie bisher mit 1-3-wöchiger Verspätung per Depesche).“<sup>59</sup> Die Ortices-Liste war ein Verteiler-Schlüssel des Auswärtigen Amtes, in den wichtige bundesdeutsche Vertretungen aufgenommen wurden. Offensichtlich hielt das Auswärtige Amt die zeitlich verzögerte Information ihres Vertreters in Berlin über aktuelle Probleme für angemessen und er wurde nicht in den bevorzugten Verteilerschlüssel aufgenommen. Von Groll und Straßmeir spielten keine gestaltende Rolle bei der Entscheidungsfindung über Berlin-Fragen in Bonn.

Das Interesse in Bonn an der Gestaltung der politischen Verhältnisse in der künftigen Bundeshauptstadt hielt sich im November und Dezember 1989 deutlich in Grenzen. Eine Zusammenkunft mit Kohl, der am 1. Dezember mit einem großen Gefolge den Regierenden Bürgermeister empfing, war eher eine Pflichtübung. Die Situation in West-Berlin wurde zwar ausführlich besprochen, auf die Alliierten aber nur am Rande eingegangen, als ginge das politische Geschehen diese nur mittelbar etwas an. Es wurde beschlossen, Kommissionen zu bilden, deren Arbeitsergebnisse auf einem erneuten Treffen „in einem Monat“ diskutiert werden sollten.<sup>60</sup> Ein solches Treffen fand nie statt. Die letzten beiden Monate des Jahres waren eine Zwischenphase, besonders für den Bundeskanzler, eine Zeit des Sondierens und mehr oder weniger stiller Beobachtungen der Berliner Entwicklung.

Momper begrüßte im Gespräch mit dem Bundeskanzler am 1. Dezember den 10-Punkte-Plan ausdrücklich, aber nicht als Plan zur deutschen Einheit, sondern eher als Maßnahmeplan zum besseren Zusammenleben beider deutscher Staaten: „Er [Momper, A.M.] unterstütze ausdrücklich den vom Bundeskanzler im Bundestag vorgetragenen 10-Punkte-Plan. Dies sei ein gangbarer Weg. Er begrüße es, dass der Bundeskanzler auf den Vorschlag von DDR-MP Modrow einer Vertragsgemeinschaft zwischen bei-

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Kohl – Momper, 1.12.1989, in: DzD, Dok. 103, S. 578 .

den deutschen Staaten eingegangen sei.“<sup>61</sup> Kohl hatte zunächst Hans Modrows Vorschlag wohlwollend zur Kenntnis genommen, ohne eine Verwirklichung auch nur in Ansätzen voranzutreiben.

In einer Besprechung am 15. Dezember mit seinen Geschäftsbereichsleitern betonte Straßmeir hingegen, mit der Öffnung der Grenzen habe „Berlin/W eine Pilotfunktion in den deutsch-deutschen Beziehungen ...“<sup>62</sup> Von einer „Pilotfunktion“ Berlins konnte in den folgenden Wochen tatsächlich keine Rede sein, schon wegen des Besatzungsstatus der Stadt, dessen Aufhebung sich weitaus komplizierter gestaltete, als die Ausführungen des Berlin-Beauftragten vermuten ließen.

### **Die Alliierten, die deutsche „Zweistaatlichkeit“ und die „selbstständige politische Einheit West-Berlin“**

Während der Zusammenkunft von Kohl und Momper wurde zur Lösung eines bestimmten Problems vorgeschlagen, sich auf eine längst vergessene Kontrollratsdirektive zu berufen. In diesem Moment wurde der Bundesaußenminister Genscher, der bis dahin den klugen Ausführungen nur gelauscht hatte, plötzlich hellwach: „Er sprach sich nachdrücklich gegen eine Wiederbelebung alliierter Bestimmungen aus. Dies sei mit ihm nicht zu machen.“<sup>63</sup>

Vielleicht ist es dem sprachlichen Stil des Protokolls geschuldet, dass die Reaktion Genschers etwas schroff wirkte. Auf jeden Fall war im November und Dezember 1989 das Thema Alliierte in Berlin für die Bundesregierung eher zweitrangig, es sollte nicht daran gerührt werden, da es eigentlich auch nicht zur Debatte stand, solange nicht konkret von der Einheit Deutschlands ausgegangen wurde. Der Gegenstand Alliierte und Berlin fiel in Bonn weitgehend in den Aufgabenbereich des Auswärtigen Amtes.

Als Genscher sich in der Besprechung bei Kohl äußerte, lagen ihm Berichte aus Moskau vor, dass die sowjetische Führung versuche, die Vier-Mächte-Verantwortung wieder zu diskutieren und bewusst aufzuwerten, um damit die deutsche Entwicklung zu beeinflussen, und zwar an der

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Ber. von Groll 18.12. 1989, in: PAB, AA, ZA 140.736 E.

<sup>63</sup> Ebd.

deutschen Regierung vorbei. Die kalte Schulter für Bonn öffnete das warme sowjetische Herz den Westmächten. Das Hauptziel dieser Bemühungen lag auf der Hand: unbedingtes Verhindern der deutschen Einheit durch Aufrechterhalten der DDR und Stärkung der dahinschlingenden SED respektive der DDR-Regierung. Dafür suchte die Sowjetregierung die Zusammenarbeit mit den Westmächten, was sie bis dahin konsequent vermieden hatte. Am 20. November berichtete Blech über Gespräche von Gorbatschow und Schewardnadse mit dem britischen, französischen und amerikanischen Botschafter: „Diese Meldungen zeigen, dass die SU inzwischen in Wahrnehmung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten für Deutschland als Ganzes und Berlin auch auf höchster Ebene im Gespräch mit den 3 Mächten ist.“<sup>64</sup>

In Deutschland konsultierten die Botschafter der westlichen Alliierten ihren sowjetischen Kollegen in Ost-Berlin. Bemerkenswert war, dass sie sich nicht mit ihrem sowjetischen Kollegen in Bonn treffen wollten, sondern mit dem in Ost-Berlin. Eindeutig sollte dabei über die Berlin-Problematik diskutiert werden, aber natürlich auch über die Lage in der DDR, allerdings getrennt und nicht die drei westlichen Botschafter gemeinsam mit Kotschemassow.

Bereits am 12. November 1989 traf der amerikanische Botschafter in Bonn den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin. Der amerikanische Sprecher informierte in der Vierer-Gruppe über das Gespräch: „- Sowjetische Führung unterstütze voll die neuen Maßnahmen der DDR-Führung; sie befände sich auch in Übereinstimmung mit KSZE-Prozess. - SU sei für Existenzberechtigung von zwei demokratischen Staaten, diese sollten ‚normalere‘ Verhältnisse zueinander in allen Bereichen, auch im humanitären Bereich, unterhalten. - Reformprozess in der DDR sei irreversibel. - Bundesregierung habe nicht vollständig Tragweite der Zusagen von Krenz, in denen dieser freie Wahlen versprochen hatte, erkannt (dem trat US-Botschafter unter Hinweis auf realistische Haltung der Bundesregierung entgegen).“<sup>65</sup> Aus dem Vermerk des Auswärtigen Amtes wird nicht ersichtlich, wie sich das Gespräch gestaltete, ob der sowjetische Botschafter von sich aus die DDR-Verhältnisse ansprach oder Walters ihn dazu aufforderte. Jedenfalls ging Kotschemassow auch auf die Berlin-Initiative ein: „Zur Berlin-Initiative: - Sowjetische Botschaft warte auf Weisung aus

<sup>64</sup> FS Blech, 20.11.1989, in: PAB, AA, ZA 140.719 E.

<sup>65</sup> Vermerk (Verf. Herold), 14.11.1989, in: PAB, AA, ZA 140.719 E.

Moskau. (US-Botschafter hatte Bereitschaft zu jederzeitiger Aufnahme von Vorgesprächen auf POLAD-Ebene erklärt.)<sup>66</sup> Mit POLAD-Ebene waren die politischen Leiter innerhalb der Alliierten Vertretungen in West-Berlin gemeint.

Zu der Sitzung der Vierer-Gruppe am 15. November hieß es im Vermerk des Auswärtigen Amtes: „Sprecher F [Frankreichs, A.M.] informierte darüber, dass sein Botschafter Interesse an einem baldigen Treffen mit K. bekundet und dafür den 4. Dezember vorgeschlagen habe. Eine sowjetische Antwort stehe noch aus. Sprecher GB bemerkte hierzu, dass auch sein Botschafter sich möglichst bald mit K. treffen wolle.“<sup>67</sup> Verständlicherweise wünschten die westlichen Alliierten nun auch mehr Auskünfte über die Haltung der Bundesregierung zur Lage. Der sichtliche Mangel daran ließ sie den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin aufsuchen.

Am 7. Dezember kam es zu einem Treffen beim Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters, mit den Botschaftern der drei Westmächte. Solche Treffen fanden, wie bereits erwähnt, in unregelmäßigen Abständen statt. West-Berlin stand am 7. Dezember im Mittelpunkt des Gesprächs: „Der britische Botschafter sprach dann die Entwicklung in Berlin an und fragte, welches Konzept für West-Berlin in der kommenden Zeit bestehe. Es gebe die Gefahr einer Unterminierung des Status durch die Hinnahme einer größeren Einbeziehung des Ostteils der Stadt in die DDR und auf der anderen Seite durch Erklärungen und Schritte auf der westlichen Seite.“<sup>68</sup>

Seiters war sichtlich unsicher. Er konnte nicht präzise antworten. Jedenfalls insistierte der französische Botschafter. Er erkundigte sich „nach den Zielvorstellungen für die Entwicklung konzeptioneller Vorstellungen der Bundesregierung zu den Berlin-Fragen“.<sup>69</sup> Das nahm der britische Botschafter zum Anlass, sich erneut zu äußern: „Der britische Botschafter betonte noch einmal die Gefahr, dass man möglicherweise Dinge tue, die zusammengenommen eine neue Rechtssituation für Berlin schaffen würden.“ Seiters spürte sicherlich die Unzufriedenheit der westlichen Alliierten über die bis dahin unzureichenden Informationen über Berlin seitens der Bundesregierung. Er suchte die Alliierten zu beschwichtigen: „BM

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> Referat 210 (Verf. Herold), 16.11.1989, in: ebd.

<sup>68</sup> Gespräch des Bundesministers Seiters mit den Botschaftern der Drei Mächte, 7.12.1989, in: DzD, Dok. 113, S. 620.

<sup>69</sup> Ebd.

[Bundesminister, A.M.] sicherte zu, dass die Bundesregierung in jedem Fall in enger Abstimmung mit den Alliierten vorgehen werde und dass wir darüber möglichst bald weiter sprechen sollten.“<sup>70</sup> Seiters hielt sich bedeckt. Die Entscheidung für die deutsche Einheit war zu diesem Zeitpunkt zwar auf den Straßen der DDR gefallen, aber für das Bundeskanzleramt durchaus noch nicht.

In der wachsenden Zusammenarbeit zwischen Ost- und West-Berlin sahen die Alliierten eine mögliche Untergrabung des Vier-Mächte-Status. Insbesondere die Aktivitäten des Berliner Senats wirkten sichtlich beunruhigend. In einer „Regierungserklärung“ hatte Walter Momper bereits am 26. Oktober den möglichen Mauerfall in Erwägung gezogen. Nach Auffassung von Grolls wurde sie „viel zu wenig beachtet – insbesondere der Passus ‚wir müssen jetzt schon denken und planen, als ob es die Mauer nicht mehr gäbe‘.“<sup>71</sup>

Schon zu diesem Zeitpunkt kündigte Momper die Schaffung eines „Regionalausschusses“ an, der dann auch wenig später gegründet wurde. Von Groll hob später die alliierten Vorbehalte dagegen hervor: „Die Alliierten haben offensichtlich einige Mühe, statusrechtlich einzuordnen, was sich seit Dezember im Großraum Berlin, unter Einschluss der Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und z.T. Cottbus, unter den Verwaltungen abspielt – ich meine den ‚provisorischen Regionalausschuss‘ unter Leitung des Chefs der Senatskanzlei mit seinen 15 Arbeitsgruppen, die alternierend in beiden Teilen der Stadt, Frankfurt und Potsdam tagen. Einmal auch schon hier im Bundeshaus, zu dem der Osten, voran die DDR, bis dahin jeden Kontakt gemieden hat. Nun trat ein Abteilungsleiter des DDR-Außenministeriums hier auf, als sei das ganz normal.“<sup>72</sup>

<sup>70</sup> Ebd.

<sup>71</sup> Vermerk, Betr.: Auswirkungen des 9. November auf die Lage in und um Berlin. Bezug: Regierungserklärung RBM vom 26.10.1989, 24.11.1989, in: PAB, AA, ZA 140.736 E.

<sup>72</sup> Vermerk, Betr.: Gespräch mit dem „Seminar für Sicherheitspolitik 1990“ über die „Rolle Berlins in der deutschen und internationalen Sicherheitspolitik 1990“ und über die „Rolle Berlins in der internationalen Sicherheitspolitik“ am 24.4.1990, ab 9.30 Uhr. Bezug: Meine Stichworte vom 19.4.1990, 23.4.1990, in: ebd.

### **Die Vierer-Gespräche im Alliierten Kontrollrat in West-Berlin am 11. Dezember 1989**

Die Zusage von Seiters, gegebenenfalls mit den Alliierten über Berlin zu sprechen, sollte sich schneller erfüllen, als ihm lieb war. Und auch die Bundesregierung sah sich gezwungen, ihr dilatorisches Vorgehen bis zu einem gewissen Grad aufzugeben. Zunächst bekam das Auswärtige Amt Arbeit. Offenbar waren die Westmächte überrascht, als sich der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin am 9. Dezember 1989 an die drei westlichen Gesandten in West-Berlin wandte und ein baldiges Treffen im Kontrollratsgebäude vorschlug. Es sollte bei der Besprechung um die Berlin-Initiative Reagans gehen, aber nicht nur. Die Einladung scheint bewusst unklar formuliert gewesen zu sein.<sup>73</sup> Seit 18 Jahren gab es keine gemeinsamen Sitzungen der vier Alliierten mehr.

Am 16. Juni 1948 hatte der sowjetische Vertreter die Berliner Kommandantur verlassen. Das bedeutete das Scheitern der Vier-Mächte-Verwaltung in Berlin. Bis zum Vier-Mächte-Abkommen von 1971 hatte die Sowjetunion versucht, die westlichen Alliierten zum Verlassen Berlins mehr oder weniger zu zwingen. Und auch danach richtete sich die sowjetische Politik darauf, den Status „West-Berlins“ als „selbstständige politische Einheit“ durchzusetzen. Die sowjetische Reaktion bis zum Dezember 1989 auf die Berlin-Initiative der drei westlichen Alliierten auf der Grundlage von Reagans Auftritt im Juni 1987 bewies, dass die östliche Großmacht auch mit Gorbatschow an der Spitze nicht vorhatte, von diesem Kurs abzugehen.

Unter Druck geraten, hatte sich der sowjetische Generalsekretär nach dem 9. November in Briefen an die Regierungschefs in Paris, London und Washington gewandt und sich sehr besorgt über die entstandene Lage nach Öffnung der Berliner Mauer geäußert. Dahinter stand mehr oder weniger die Hoffnung auf eine gemeinsame Reaktion der Vier Mächte. Er malte eine mögliche Destabilisierung in Europa an die Wand und forderte zum gemeinsamen Handeln auf. Damit hatte der sowjetische Parteichef jedoch wenig Erfolg. In Abstimmung mit der Bundesregierung antwortete der amerikanische Präsident beschwichtigend. Die „Antworthelemente“

<sup>73</sup> Trotz intensiver Recherchen war eine Kopie des Schreibens von Kotschemasow nicht auffindbar.

wurden in der Vierer-Gruppe abgestimmt.<sup>74</sup> Auch Frankreich und Großbritannien beschieden den sowjetischen Generalsekretär in diesem Sinne. Gorbatschows Appell an die Alliierten war Teil einer Strategie, direkten Einfluss auf die Geschehnisse in Deutschland zu behalten und die Bundesregierung dabei außen vor zu lassen.

Dazu gehörte die Einladung des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin am 9. Dezember an die drei westlichen Gesandten im anderen Teil der Stadt.<sup>75</sup> Schon vorher hatte Gorbatschow den amerikanischen Präsidenten informiert, dass der sowjetische Botschafter angewiesen worden sei, zu den „Repräsentanten“ der „Drei-Mächte-Administration“ in West-Berlin Kontakt aufzunehmen. Gorbatschow wünschte, dass auch Bush „for your part, will also issue appropriate instructions to your representative so that developments do not take an undeniable turn.“<sup>76</sup> Damit bereitete der sowjetische Generalsekretär den amerikanischen Präsidenten auf den Vorstoß seines Ost-Berliner Botschafters vor.

Die Gesandten informierten ihre Vorgesetzten in Bonn. Zunächst berieten die drei westlichen Botschafter in der Hauptstadt der Bundesrepublik darüber, wie mit dem sowjetischen Angebot umzugehen sei. Der amerikanische Vertreter schlug vor, dass nur die „Berlin-Minister“, d.h. die Stadtkommandanten respektive die Gesandten in Berlin, sich mit dem sowjetischen Botschafter treffen sollten, um der ganzen Angelegenheit von vornherein einen angemessenen Stellenwert einzuräumen. Demgegenüber trat die französische Seite für Verhandlungen auf Ministerebene ein. Das Treffen im Kontrollratsgebäude sollte ein Vorgespräch dazu sein.<sup>77</sup>

<sup>74</sup> Aufz. 210 (ohne Unterschrift), Betr.: Beantwortung Schreiben Gorbatschow an Bush 14.11.1989, hier: Stichworte; Aufz. 210 (Unterschrift Herold), Betr.: Beantwortung des Schreibens von Präsident Gorbatschow an Präsident Bush vom 10.11.1989, hier: Abstimmung zwischen den Drei Mächten und Bundesregierung, in: PAB, AA, ZA 140.719 E.

<sup>75</sup> In der Literatur wurde als Grund für das Treffen das Entgegenkommen der westlichen Alliierten der Sowjetunion gegenüber gewertet (vgl. Zelikow/Rice, Sternstunden) oder aber als Treffen der Alliierten auf Initiative der Sowjetunion dargestellt (Weidenfeld, Außenpolitik). Im vorliegenden Beitrag sollen vor allem anhand der Akten des Auswärtigen Amtes die Vorbereitung, der konkrete Ablauf und die „Nachbereitung“ auf westlicher Seite behandelt werden.

<sup>76</sup> Kopie der Botschaft Gorbatschow an Bush, in: PAB, AA, ZA 140.719 E.

<sup>77</sup> Ber. Mallaby, 9.12.1989, in: Documents on British Policy Overseas, Series III, Volume VII, German Unification 1989-1990 (im Folgenden: GU),



Die Alliierten informierten bereits am 9. Dezember, noch am Tag des Schreibens von Kotschemassow, das Auswärtige Amt. Kurzfristig wurde ein Zusammentreffen der Vierer-Gruppe anberaumt. Vorher hatten sich die Botschafter mit ihren Regierungen verständigt.

Sowohl in den westlichen Botschaften als auch in den Bonner Amtsstuben war man misstrauisch. Sollte Moskau tatsächlich zu einer Änderung seiner Berlin-Politik bereit sein? Gerade die Erfahrungen in den Tagen zuvor, insbesondere die Konsultation der Vertreter des Auswärtigen Amtes in Moskau, wiesen in eine andere Richtung. Der 10-Punkte-Plan Kohls hatte Genscher und seinen Mitarbeitern ziemlich kühle Empfänge in der sowjetischen Hauptstadt beschert. Der deutsche Botschafter berichtete aus Moskau über das Presseecho: „So werden die Gespräche des BM als deutliche Warnung der SU an uns dargestellt.“<sup>78</sup> Auch in den Hauptstädten der Alliierten herrschte über Kohls Vorgehen durchaus nicht ungeteilte Zustimmung – kaum drei Wochen nach der Maueröffnung und schon ein deutscher Plan zur Einheit.

Offenbar wurde von den westlichen Alliierten nicht vermutet, dass die sowjetische Seite im Kontrollratsgebäude neue Positionen zur Berlin-Problematik vortragen wollte, sondern die Lage in Deutschland zu diskutieren wünschte. Ihnen kam die Einladung des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin bis zu einem gewissen Grad entgegen. Nun musste aber die bundesdeutsche Regierung Farbe bekennen, was sie wirklich wollte in West-Berlin. Die Westmächte interessierte zudem, was Moskau außer den offiziellen mehr oder weniger aggressiven verbalen Protesten gegen den Kohlschen 10-Punkte-Plan tatsächlich noch vorhatte.

Zunächst waren sich die westlichen Alliierten einig, den Vorschlag zu einem Vier-Mächte-Treffen im Berliner Kontrollratsgebäude anzunehmen. Übereinstimmung herrschte ebenfalls darüber, dass lediglich über die Berlin-Initiative diskutiert werden sollte. Der französische Botschafter hatte den Auftrag, das Auswärtige Amt und den Berliner Senat zu informieren. In der „Bonner Gruppe“ sollten die Einzelheiten für das Gespräch erörtert werden.<sup>79</sup>

Die Bundesregierung wollte keine Diskussion der deutschen Frage in einem Vier-Mächte-Gremium. Deshalb erkundigten sich die Vertreter des

---

Dok. 72, S. 166f.

<sup>78</sup> FS Blech (Verf. Arnim), 16.12.1989 [Unterstreichungen vom Bearbeiter im Auswärtigen Amt, A.M.], in: PAB, AA, ZA 140.698 E.

<sup>79</sup> Mallaby an Hurd, 10.12.1989, in: GU, Dok. 73, S. 168f.

Auswärtigen Amtes danach, ob etwa die „deutsche Frage“ in Berlin behandelt werden sollte. Das Thema stand im Mittelpunkt der Diskussionen in der Vierer-Gruppe und in den fernmündlichen Gesprächen des Bundesaußenministers mit seinen westlichen Kollegen. Aus einer undatierten Notiz eines in Englisch protokollierten Gesprächs, wobei es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um die Erörterungen in der Vierer-Gruppe handelt, geht hervor, dass die westlichen Alliierten sich nicht eindeutig festlegten.<sup>80</sup> „Are the Four Powers talking over the German Question [Sprechen die Vier Mächte über die Deutsche Frage, A.M.]?“ Die Antwort lautete: „We have said along that the process based of self-determination. [Wir haben immer betont, dass das ein Prozess ist, der sich auf der Selbstbestimmung begründet. A.M.]“<sup>81</sup> Die Vertreter des Auswärtigen Amtes wären zufriedener gewesen, wenn es die drei westlichen Alliierten prinzipiell abgelehnt hätten, mit der sowjetischen Seite das Thema ohne deutsche Beteiligung zu erörtern. Man hatte in Bonn nicht vergessen, dass die Deutschen seit den 1950er Jahren immer nur als Beobachter an den Verhandlungen über das Schicksal ihres Landes teilgenommen hatten. So war es in Genf 1958 gewesen, aber auch bei den Vier-Mächte-Verhandlungen 1971. Immer saßen die Deutschen bestenfalls am „Katzentisch“, wenn über ihre Belange verhandelt wurde. So kam es nun zu einem Kompromiss. Man einigte sich auf sogenannte „Talking points“.<sup>82</sup> Darin betonten die Alliierten das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Der Hinweis darauf schien den deutschen Vertretern besser, als dass die westlichen Alliierten eine Diskussion über die deutsche Frage zugelassen hätten. Dass die Absicht der Sowjetführung darin bestand, mit der Zusammenkunft eine Gesprächsebene mit den westlichen Alliierten zu schaffen, auf der über die Zukunft Deutschlands ohne deutsche Vertreter verhandelt wurde, dafür sprach einiges. Dem suchte das Auswärtige Amt in einer Presseerklärung am 10. Dezember 1989 entgegenzuwirken: „Die Bundesregierung ist von den drei Westalliierten darüber informiert worden, dass die Botschafter der Vier Mächte morgen (11.12.) in Berlin auf Initiative der Sowjetunion zusammentreffen werden. Gegenstand der Beratungen soll die Berlin-Initiative des früheren US-Präsidenten Reagan sein, d.h. insbesondere eine Ausweitung des internationalen Luftverkehrs von und

<sup>80</sup> Maschinengeschriebene Notiz ohne Autor und Datum, in: PAB, AA, ZA 140.719 E.

<sup>81</sup> Ebd.

<sup>82</sup> Talking points, in: PAB, AA, ZA 140.719 E.

nach Berlin, ggfs. in beiden Teilen der Stadt. Dazu hat es auch telefonische Gespräche der Außenminister mit BM Genscher gegeben.“<sup>83</sup> Diese Erklärung zeigt, dass die Bundesregierung nur Gespräche zwischen den vier Alliierten akzeptierte oder akzeptieren musste, soweit sie sich auf Berlin beschränkten, aber sie spiegelt auch die deutliche Nervosität über die Zusammenkunft der Vier Mächte ohne deutsche Beteiligung wider. Schon aus den Pressemitteilungen ging hervor, dass die sowjetische Seite nicht nur über die Reagan-Initiative sprechen wollte. Sich auf eine Mitteilung der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin berufend, meldete ADN aus Ost-Berlin: „Die UdSSR-Botschaft übermittelte am Sonntagabend [10. Dezember, A.M.] dem ADN eine Pressemitteilung, in der sie das bevorstehende Treffen ankündigte. Die Mitteilung lautet: ‚Am Montag, dem 11. Dezember, findet im Gebäude des ehemaligen Kontrollrates ein Treffen zwischen dem Botschafter der UdSSR in der DDR, Wjatscheslaw Kotschemassow, und den Botschaftern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der BRD, Vernon Walters, Christopher Mallaby und Serge Boidevaix, zu einer Erörterung von Fragen des gegenseitigen Interesses statt.‘“<sup>84</sup>

Mit dem Hinweis auf „Fragen von gegenseitigem Interesse“ wurde signalisiert, dass die Diskussionen sich nicht nur auf die Berlin-Initiative von Reagan beschränken würden. Es sollte alles unterbleiben, was darauf hindeutete, dass es um Fragen ging, für deren Erörterung nach sowjetischer Sicht eigentlich die DDR-Regierung zuständig war. Um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, die einseitige DDR-Informationspolitik fortzusetzen, teilte ADN mit: „In West-Berlin hieß es, die Beratungen stünden nicht in Zusammenhang mit den Entwicklungen der letzten Wochen in der DDR, sondern gehen auf die Berlin-Initiative des ehemaligen USA-Präsidenten Ronald Reagan aus dem Jahre 1987 zurück, die unter anderem den Luftverkehr von und nach Berlin betraf.“

Die Deutsche Presseagentur (DPA) bestätigte das Treffen der vier Botschafter. Im Gegensatz zu den Nachrichten aus Ost-Berlin lag der Schwerpunkt in der Meldung der bundesdeutschen Pressagentur auf dem Vier-Mächte-Abkommen von 1971 und der Berlin-Initiative. Ausdrücklich wurde der Zusammenhang mit der aktuell-politischen Lage verneint: „Wie am Sonntag in unterrichteten Kreisen in Berlin bestätigt wurde, handelt es

<sup>83</sup> Presseerklärung vom 10.12.1989, in: ebd.

<sup>84</sup> Bundespresseamt (BPA), DDR-Spiegel, 11.12.1989, S. 2.

sich um ein Arbeitstreffen. Es stehe nicht in Zusammenhang mit den jüngsten Entwicklungen in der DDR, sondern gehe auf die Berlin-Initiative des früheren amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zurück.“<sup>85</sup>

Diese Meldung entsprach inhaltlich der Darstellung des Auswärtigen Amtes in Bonn, ohne letztere ausdrücklich zu erwähnen.

Weitere Pressemeldungen offenbarten, dass auch im westlichen Ausland andere Gründe für das Treffen gesehen wurden als eine Debatte über die Berlin-Problematik. Die britische Zeitung „Sunday Telegraph“ berichtete, die Zusammenkunft gehe auf die Forderung von Premierministerin Margaret Thatcher zurück, der das Tempo des Vereinigungsprozesses zu hoch schien. „Das Treffen sei am Rande des EG-Gipfels in Straßburg bekannt geworden“, meldete DPA, auf die britische Zeitung Bezug nehmend.

In der Tat stand am 8. und 9. Dezember 1989 in Straßburg die „Beschleunigung“ der deutschen Einheit durch Kohls Erklärung mehr oder weniger inoffiziell im Mittelpunkt der Gespräche. Vorsichtig ausgedrückt verhielt sich die britische Premierministerin ausgesprochen reserviert gegen Kohls Vorgehen. Tatsächlich sprach sie im Kreis ihrer Mitarbeiter über ein Treffen der westlichen Alliierten und der Bundesrepublik Deutschland zur Lage in Ostdeutschland. Dem könne schnell ein Treffen mit der Sowjetunion folgen.<sup>86</sup> Bemerkenswert ist, dass die britische Premierministerin die Bundesrepublik Deutschland von vornherein in Vier-Mächte-Gespräche mit einbeziehen wollte und vor einer Verständigung mit der Sowjetunion erst eine Zusammenkunft der westlichen Mächte wünschte.

Am Nachmittag des 8. Dezember hatte Margaret Thatcher am Rande der Beratungen im Europäischen Rat ein Gespräch mit dem französischen Präsidenten Francois Mitterrand, in dem sie ebenfalls die Rolle der Vier Mächte in der deutschen Entwicklung zur Diskussion stellte. Beide äußerten sich sehr kritisch über die Politik des Bundeskanzlers.<sup>87</sup> Sie betonten die Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland. Immerhin verglichen sie die Situation in der DDR mit der im Deutschland der 1930er Jahre und betonten, dass eine erneute Appeasement-Politik der Westmächte gegenüber Deutschland unbedingt vermieden und nicht erneut Sowjetrußland ignoriert werden sollte. In solchen Vorstellungen wurzelte der Wunsch Englands und Frankreichs nach Vier-Mächte-Gesprächen.

<sup>85</sup> Ebd.

<sup>86</sup> Vgl. Brief Powell an Wall, 8.12.1989 (Geheim und ganz persönlich!), in: GU, Dok. 70, S. 162f.

<sup>87</sup> Powell an Wall, 8.12.1989, in: ebd., Dok. 71, S. 164ff.

Als Thatcher und Mitterrand miteinander sprachen, waren sie scheinbar noch nicht über die Initiative des sowjetischen Botschafters aus Ost-Berlin unterrichtet. Erst einen Tag später informierte Mallaby die englische Delegation in Straßburg über Kotschemassows Initiative und die Gespräche dazu in der Vierer-Gruppe. Er wies auf die reservierte Haltung der deutschen Seite hin, betonte aber auch, dass zwischen den drei westlichen Alliierten unterschiedliche Auffassungen bestanden, auf welcher diplomatischen Ebene das Gespräch geführt werden sollte.<sup>88</sup>

Einen Tag später war der französische Präsident, als er mit dem Bundeskanzler in Brüssel frühstückte, über Kotschemassows Schreiben informiert. Mitterrand erkundigte sich, wie der Bundeskanzler das Treffen einschätze. Kohl kann kaum über die Gespräche der Vierer-Gruppe in Bonn informiert gewesen sein. Und auch der Berlin-Problematik schenkte er zu diesem Zeitpunkt noch wenig Aufmerksamkeit: „Der Bundeskanzler hebt hervor, dass man in Ruhe abwarten solle, was die Sowjetunion vortragen werde. Gorbatschow müsse jedenfalls wissen, dass wir nichts Unüberlegtes tun und beruhigend einwirken wollten.“<sup>89</sup>

Kohl stand zweifellos unter dem Eindruck des Moskau-Besuchs von Genscher und dessen rüder Behandlung durch die Sowjetführung wegen des 10-Punkte-Plans. Er suchte daher alles zu vermeiden, was Gorbatschow erregen könnte. Dabei ging er erstaunlich weit. Zudem übersah der Bundeskanzler offenbar nicht die Tragweite des sowjetischen Vorstoßes.

Die Mitarbeiter im Auswärtigen Amt überblickten, was im Kontrollratsgebäude in Berlin auf dem Spiel stand und agierten im Vorfeld entsprechend. Was Moskau tatsächlich von dem Treffen im Kontrollratsgebäude erwartete, machte ein Gespräch Kastrups mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn nachdrücklich deutlich, das am gleichen Tag wie das Treffen selbst im Auswärtigen Amt stattfand.

Kwizinskij kam gerade aus Moskau. Im Gespräch mit Kastrup offenbarte sich die sowjetische Verärgerung über den 10-Punkte-Plan des Bundeskanzlers. Kastrup war ziemlich sicher, dass die Sowjetunion die Begegnung der vier Alliierten nicht zuletzt deshalb initiiert hatte. Er besaß genügend Erfahrung im Umgang mit den „Bösen und Guten“. Nachdem er Kwizinskij den Text der Erklärung des Europäischen Rates zu Mittel- und

<sup>88</sup> Schreiben Mallaby, 9.12.1989, in: ebd., Dok. 72, S. 167.

<sup>89</sup> Arbeitsfrühstück Bundeskanzler Kohl mit Staatspräsident Mitterrand, 9.12.1989, in: DzD, Dok. 117, S. 630.

Osteuropa übergeben hatte, kam er sofort auf das Berliner Treffen zu sprechen: „D 2 fragte sodann nach den Vorstellungen K's zu dem Treffen der Botschafter der Vier Mächte am 11.12.1989 in Berlin.“<sup>90</sup> Kwizinskij demonstrierte die noch vorhandenen sowjetischen Großmachtfantasien. Er ging gar nicht erst auf die Berlin-Problematik ein, sondern erklärte sofort, dass es um weit mehr bei der Zusammenkunft gehe: „Die Vier hätten Rechte und Verantwortlichkeiten in dem betreffenden Gebiet, er wolle präzisieren in dem ‚großen betreffenden Gebiet‘. Fragen der Selbstbestimmung und der Einheit der Deutschen könnten nicht behandelt werden, ohne dass nicht auch den Rechten und Verantwortlichkeiten der Vier, die noch bestünden, Rechnung getragen würde.“ Damit war er jedoch nicht zu Ende: „Auf die Frage von D 2 nach der Definition der Vorbehaltsrechte: Sie bestimmen sich nach dem Potsdamer Abkommen und seien derart umfassend, dass es viele Auslegungsmöglichkeiten gebe. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Vertreter der Vier Mächte sich in Berlin nur über Reagans Berlin-Initiative unterhalten würden.“

Offensichtlich wollte Kwizinskij dem politischen Direktor im Auswärtigen Amt in typisch sowjetischer Großmachtmanier deutlich machen, wo „oben und unten“ ist. Kastrup ließ sich nicht provozieren. „Er frage sich, ob die jetzige Besorgnis der sowjetischen Seite über das hinausgehe, was in den Botschaften von GS Gorbatschow an Bush, Mitterrand, Frau Thatcher und mündlich an Bundeskanzler Kohl am Tage nach der Öffnung der Mauer gesagt worden sei.“ Gorbatschow hatte mit seiner Botschaft, wie bereits erwähnt, nur sehr begrenzten Erfolg gehabt. Nun erhielt offensichtlich Kwizinskij den Auftrag, etwas nachdrücklicher in Bonn aufzutreten. Er spielte den Part des „ganz Bösen“: „K. bejahte dies mit dem Hinweis, dass die Entwicklung nicht aus dem Ruder laufen dürfte. Die Vertreter der Vier sollten sich dazu äußern und ihre Gedanken darlegen. Im Übrigen sei es die Bundesregierung selbst gewesen, die etwa mit der Hinterlegung von Briefen anlässlich der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen auf die Bedeutung des Vier-Mächte-Vorbehalts hingewiesen habe. Das Vier-Mächte-Abkommen habe diese Vorbehaltsrechte bestätigt.“ Mit dem Inhalt des Schreibens an die drei Gesandten in West-Berlin hatten diese Ausführungen nichts mehr zu tun. Wenn Kotschemassow solche Wünsche geäußert hätte, dann wären die drei westlichen Alliierten mit

<sup>90</sup> Vermerk (gez. Stüdemann), 12.11.1989, in: PAB, AA, ZA 140.727 E. Dort auch die folgenden Angaben und Zitate.

Sicherheit der Einladung nicht gefolgt. Es war ein abgestuftes Vorgehen, das die sowjetischen Vertreter zelebrierten. Der Botschafter in Ost-Berlin hatte die Einladung an die westlichen Kollegen so formuliert, dass diese sie nicht ablehnen konnten. In den vorangegangenen Monaten hatten sie wiederholt ein Gespräch über die Reagan-Initiative angemahnt. Kwizinskij, als scheinbar „Beobachtender“, ohnehin bekannt als „Germanist“ und damit als Vertreter der harten Linie, konnte im Auswärtigen Amt ganz anders agieren.

Kastrup antwortete ihm: „Das besage nichts über die Definition des Inhalts der Vorbehaltsrechte.“ Darauf entgegnete der sowjetische Botschafter: „Ohne dass diese präzise definiert worden seien, könne ihre Definition von der jeweiligen Situation abhängen.“ Es folgte der erste Höhepunkt des Gespräches. Immer noch relativ ruhig fragte Kastrup, „was die beiden deutschen Staaten machen sollen“. Die Antwort wurde in dem Vermerk in Anführungsstriche gesetzt, scheinbar, um ihre Echtheit zu bekräftigen. Kwizinskij antwortete: „Interessiert zuschauen.“ Er schien völlig die Beherrschung verloren zu haben. Seine Bemerkung bedeutete nichts anderes, als dass die Deutschen auf der Tribüne bleiben sollten, wenn über ihre Zukunft entschieden wurde. Es spricht für die Kaltblütigkeit Kastrups, der offensichtlich jenseits jeder Gefühlsregung bemerkte: „Man sei schon in den 50er Jahren weiter gewesen (,Katzentisch‘). Sollten die Deutschen auf eine Zuschauerrolle verwiesen werden, könne die Wirkung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR nur ein Aufschrei sein.“

Zwischenzeitlich beruhigte sich der sowjetische Botschafter etwas, aber nur um Luft zu holen und die nächste rhetorische Bombe platzen zu lassen. Es ging nun nicht mehr um eine mögliche Destabilisierung der Situation in der DDR, sondern in der Bundesrepublik: „K. kam dann noch einmal darauf zu sprechen, dass auch die Situation in der Bundesrepublik aus dem Ruder laufen könne. Der Hinweis von D 2, es könne sich allenfalls um Randphänomene nicht repräsentativer rechter Gruppierungen handeln, die es schließlich in allen westlichen Demokratien gebe, ließ K. nicht gelten. In führenden politischen Kreisen bei uns sei man durchaus der Ansicht, dass es abhängig von den Entwicklungen in der DDR auch bei uns zu unkontrollierbaren Bewegungen im äußersten rechten und linken Lager unter nationalistischen Vorzeichen kommen könnte.“

Verständlicherweise reagierte Kastrup nun heftig: „D 2 hielt dem entgegen, dass die Entwicklung in der jüngsten Zeit sich in Formen vollzogen habe, die nur wenige uns zugetraut hätten, es habe keine Überreaktionen

gegeben. Im Übrigen wolle er noch einmal sagen, dass die Probleme, die zu dieser Entwicklung in der DDR geführt haben, nicht bei uns oder durch uns entstanden sind. Auch Gorbatschow unterliege hier einer Fehleinschätzung, wenn er die Ursachen für die Entwicklung bei uns sucht. Sie liegen allein bei der DDR und ihrer Führung.“ Den sich anschließenden offenen Schlagabtausch und damit auch das Gespräch beendete Kastrup sichtlich ungehalten: „Man soll sich darauf verständigen, dass die Menschen in der DDR im Wege der Selbstbestimmung über ihre innere Ordnung und ihre Beziehungen frei entscheiden. Wenn insoweit Einvernehmen bestehe, sei man ein Stück weiter. Dann solle man gefälligst auch den Knüppel der Vier-Mächte-Vorbehaltsrechte im Schrank lassen.“<sup>91</sup>

Selten liest man in den Akten über Gespräche zwischen bundesdeutschen und sowjetischen Vertretern auch nur leise Kritik am Verhalten Gorbatschows. Stets hat man das Gefühl, der sowjetische Generalsekretär sollte behütet werden. An seinem Wohl hingen mögliche Fortschritte der weiteren Entwicklung auch in der Deutschlandfrage. Kastrups offene Kritik an der Sichtweise des sowjetischen Generalsekretärs ist ein Zeichen von deutlicher Distanz im Apparat des Auswärtigen Amts gegenüber dem sowjetischen Führer, die sich auch in den späteren Verhandlungen zeigen sollte. Sie stand im sichtlichen Gegensatz zum Verhalten des Bundeskanzleramtes, wo Horst Teltschik den Ton angab und um gute Beziehungen zum Generalsekretär zu nahezu jedem Preis bemüht blieb. Auf Beispiele wird noch einzugehen sein.

Spätestens nach dem Gespräch zwischen Kastrup und Kwizinskij musste im Auswärtigen Amt klar sein, dass eine der wichtigsten Aufgaben darin bestand, zu verhindern, dass der Kreml den „Knüppel“ der Vier-Mächte-Rechte betätigen konnte. Immerhin hatte der sowjetische Botschafter mit seiner Anspielung, auch in der Bundesrepublik könne die Entwicklung „aus dem Ruder laufen“, die Belastbarkeit der bundesdeutschen Demokratie angezweifelt und den Anspruch der Vier Mächte auf die „Lösung“ von möglichen Problemen in der Bundesrepublik betont. Im Klartext hieß das: direkte Intervention. Die einzige Möglichkeit, sowjetische Ambitionen auf den „Knüppel“ zunichte zu machen, war eine Verständigung mit den westlichen Alliierten.

Über den Verlauf der Beratung in Berlin informierte der französische Botschafter Staatssekretär Sudhoff. Das geschah noch am Abend des

<sup>91</sup> Ebd.



11. Dezember. Sudhoff fertigte einen Vermerk des Gesprächs, den der Bundesaußenminister bereits einen Tag später auf den Tisch bekam.<sup>92</sup> Diese Verfahrensweise zeigt die Bedeutung, die das Auswärtige Amt dem Treffen beimaß. Offenbar wollten die westlichen Alliierten, dass auf deutscher Seite keinerlei Unklarheiten entstanden und so den engen Zusammenhalt im westlichen Bündnis demonstrieren. Schon die Ausführungen des französischen Botschafters über den Ablauf des Treffens beweisen das.

Reichlich bizarr wirkt am Anfang des Vermerks die Erklärung, weshalb der amerikanische Botschafter die Leitung der Beratung innehatte: „Vorsitz sei entsprechend dem Rotationsprinzip unter den Vier Mächten bei Botschafter Walters gewesen.“<sup>93</sup> Immerhin lag die letzte Zusammenkunft 18 Jahre zurück. Walters Vorsitz aber „habe den drei Mächten gleich zu Beginn Gelegenheit gegeben, das Gespräch auf Berliner Ebene zu stellen“<sup>94</sup>. Die vorher in der Vierer-Gruppe abgestimmten „Talking points“ trug der amerikanische Botschafter „vollständig und ohne Änderungen“ vor.<sup>95</sup> Darin wurde deutlich akzentuiert, in der Besprechung nur Berlin-Probleme zu erörtern und insbesondere über die Berlin-Initiative zu sprechen.

Diese Ausführungen beeindruckten den sowjetischen Botschafter nicht im Mindesten. Ganz im Sinne seiner gegenüber ADN abgegebenen Erklärung und wie auch Kwizinskij gegenüber Kastrup angekündigt hatte, bildeten „Fragen des gegenseitigen Interesses“ den Mittelpunkt der Ausführungen von Kotschemassow. Hauptsächlich sprach er darüber, in welche Lage die Maueröffnung die Welt gebracht habe. „Die Vier Mächte haben eine besondere Verantwortung, die Stabilität in Europa aufrechtzuerhalten“, belehrte er seine Zuhörer: „Diese Verantwortung ist die Lehre der Geschichte des letzten Krieges. Dieser Krieg hat unserem Volk viel Opfer und Leiden gebracht. Der Nationalsozialismus hat gegen uns verloren. So haben wir die Verantwortung, einen Krieg in Zukunft unmöglich zu machen, das heißt, für die friedliche Zukunft in der internationalen Gemeinschaft zu sorgen. Was den europäischen Kontinent anbetrifft, so ist die Vorbedingung einer friedlichen Entwicklung, die Schwierigkeiten zu überwinden, die territorialen Realitäten zu respektieren und Vorsicht zu zeigen, um den

<sup>92</sup> Vgl. Vermerk Sudhoff, 11.12.1989, in: PAB, AA, ZA 178.926 E.

<sup>93</sup> Vgl. ebd.

<sup>94</sup> Vgl. ebd.

<sup>95</sup> Talking points, in: PAB, AA, ZA 178.926 E.

Prozess und die Ergebnisse der Helsinki-Konferenz zu respektieren. Wir wollen unterstreichen, dass die Sowjetunion die Rechte und Verantwortlichkeiten aus dem Vier-Mächte-Abkommen zu tragen bereit ist. Wir sind zusammen mit den USA, Großbritannien und Frankreich bereit zu diskutieren, wie wir zur Normalisierung und Verbesserung der Lage in dem betroffenen Gebiet durch die Erarbeitung von Vier-Mächte-Vereinbarungen beitragen können.“ Selbstverständlich bliebe Berlin davon nicht ausgespart: „West-Berlin soll völlig teilhaben an dem Prozess in Europa. Die Bevölkerung West-Berlins soll wie andere Völker an den Früchten der Entspannung teilhaben.“<sup>96</sup> Es fehlte nur noch, dass Kotschemassow einen neuen Terminus für das „Volk“ in West-Berlin geprägt hätte.

Die Alliierten lauschten den über eine dreiviertel Stunde dauernden Ausführungen Kotschemassows mehr oder weniger beeindruckt. In der Vierer-Gruppe hatten sie den Vertretern des Auswärtigen Amts angekündigt, „nur zuzuhören“, wenn der sowjetische Vertreter über andere als West-Berlin betreffende Themen sprach. In seiner Erwiderung machte der französische Botschafter Kotschemassow darauf aufmerksam, dass es bei der Beratung um die Berlin-Initiative gehe. Der britische Botschafter Mallaby äußerte sich ähnlich, wies aber darauf hin, dass das Ergebnis der Gespräche des Europäischen Rates in Straßburg zeigten, „dass man die sowjetischen Vorstellungen teile“. Und auch Walters betonte, dass die USA, „wie alle, an Stabilität interessiert seien“. Die westlichen Alliierten bestanden zwar formal darauf, dass lediglich die Berlin-Initiative zur Diskussion stehe, aber auch sie hatten ein sichtliches Interesse an einer stabilen Lage und der Sicherung ihrer Belange.

Immerhin zeigte die Sowjetunion sich bereit, die Berlin-Initiative zu erörtern, aber nur als einen Teilbereich innerhalb von Gesprächen über die Vier-Mächte-Rechte in ganz Deutschland. Die eigentliche, sehr leicht durchschaubare Absicht bestand darin, eine Demonstration der Vier Mächte herbeizuführen, die ganz Deutschland betraf. Das Treffen sollte der Ausgangspunkt für entsprechende Aktivitäten sein. Allerdings stellte sich Kotschemassow ausgesprochen plump an. Er gehörte nicht gerade zu den geschicktesten sowjetischen Spitzendiplomaten. Wenige Monate später zog Moskau ihn aus Ost-Berlin zurück.

<sup>96</sup> Vermerk Sudhoff, 11.12.1989, PAB, AA, ZA 178.926 E. Dort auch die folgenden Zitate.

Die Diskussion über eine Presseerklärung als Ergebnis des Treffens bewies, dass sich die westlichen Alliierten nicht bedingungslos vor den Karren sowjetischer Interessen spannen ließen. In seinem Referat hatte Kotschemassow auf die Vier-Mächte-Verantwortung hingewiesen und ihre Gültigkeit über Berlin hinaus hervorgehoben: „Wir werden einen Vorschlag für regelmäßige Treffen zwischen den Botschaftern der Vier Mächte machen, bei denen man den Gedankenaustausch entwickeln kann, um zu gegenseitig akzeptablen Entscheidungen und zu gemeinsamen, günstigen Vereinbarungen zu kommen. Wir machen den Vorschlag, Arbeitsgruppen auf Ebene der Vier einzusetzen, um die Positionen im Rahmen der Vier-Mächte-Verantwortung zu erarbeiten und so ein nächstes Treffen der Botschafter vorzubereiten. Ziel sollte sein, dass den Botschaftern konkrete Vorschläge gemacht werden.“ Noch deutlicher wurde das in seiner bereits vorformulierten Presseerklärung: „Botschafter Kotschemassow hatte einen Text vorbereitet, der u.a. etwa folgende Passage enthielt: ‚Im Rahmen dieses Treffens haben die Teilnehmer das gemeinsame Verständnis gezeigt, auszudrücken, wie wichtig es ist, die Stabilität Zentraleuropas zu sichern. Die Botschafter der Vier Mächte haben ihre Überzeugung ausgedrückt, dass sie dazu beitragen können, im Rahmen der Verantwortung der Vier Mächte zur Stabilität beizutragen.‘“

In der Diskussion hatte der sowjetische Botschafter diese Aussage noch konkretisiert, indem er mehrfach äußerte, die Vier-Mächte-Verantwortung bewege sich nicht nur im Rahmen des Vier-Mächte-Abkommens: „K. hat klar erkennen lassen, dass er die VM-Verantwortung für ganz Deutschland reklamiere.“ Dem entgegenete der französische Botschafter, für ihn sei nur akzeptabel, über die Verantwortung der Vier in Berlin zu sprechen. „Als abschließende Wertung meinte Boidevaix, K. habe wohl ein Signal für die Öffentlichkeit durchsetzen sollen. Den Vorschlag, Arbeitsgruppen einzurichten, die mögliche weitere Botschafter-Gespräche vorbereiten sollten, wertete er als Eingehen der SU auf die Berlin-Initiative der Drei-Mächte, auch wenn die Elemente der Initiative im Einzelnen von K. nicht angesprochen worden seien. Er müsse zugeben, dass die SU hier ein geschicktes politisches Manöver inszeniert habe.“<sup>97</sup>

Es gelang Kotschemassow, die vier Alliierten nach dem Treffen zu einem Gruppenbild vor dem Kontrollratsgebäude zusammenzubringen, das um die Welt ging. Der amerikanische Botschafter bezeichnete es später als

<sup>97</sup> Ebd.

„schlimmstes Bild des Jahres“<sup>98</sup>. Er meinte damit die erfolgreiche Absicht, die drei westlichen Alliierten bis zu einem gewissen Grad für die sowjetischen Interessen zu nutzen. Das offenbarte sich im Kommentar der offiziellen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS. Albert Balebanow schrieb: „Die Großmächte sind wie viele andere Länder der Meinung, dass die vom Bundeskanzler unterbreitete Idee von der Wiedervereinigung der beiden Deutschland gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung steht. Besondere Besorgnis im Zusammenhang mit der Initiative Kohls bringen heute die Führer Frankreichs und Großbritanniens zum Ausdruck. Die allgemeine Besorgnis darüber, dass es im Falle der Realisierung dieser Idee zu einer ernsten Destabilisierung der Lage in Europa kommen kann, ist klar begründet ... In diesem Lichte stellen die Konsultationen der Botschafter ein wichtiges Forum zur Abstimmung der Position zur deutschen Problematik dar. Es erweist sich als äußerst wertvoll, dass bei dem Treffen das gemeinsame Wissen um die Bedeutung der Gewährleistung der Stabilität auf dem Kontinent zutage getreten ist.“<sup>99</sup> In diesem Kommentar wird die Strategie der sowjetischen Führung nachdrücklich deutlich. Mit entscheidend für das zumindest etwas reservierte Verhalten der westlichen Alliierten den deutschen Vorstellungen gegenüber waren Vorbehalte zur politischen Entwicklung in Deutschland nach der mit ihnen nicht vorher abgestimmten Verkündung des 10-Punkte-Plans durch Helmut Kohl.

Ob die sowjetische Führung klug handelte, den Verlauf des Gespräches im Kontrollratsgebäude so einseitig kommentieren zu lassen, wie das in der TASS-Meldung geschah, sei dahingestellt. Sie förderte damit den Zusammenhalt der westlichen Bündnispartner. Die Bundesregierung, insbesondere das Auswärtige Amt erkannte, dass sie gegenüber den Bündnispartnern transparenter agieren musste. Das Verhalten der drei westlichen Alliierten in der Besprechung im Kontrollratsgebäude der SU trug aber zu einem begrenzten Erfolg bei.

Die Gespräche mit den westlichen Botschaftern Anfang Dezember in Moskau hatten die Sowjetführung hoffnungsvoll gestimmt. Vielleicht waren sie der Ausgangspunkt für den Entschluss des Kreml, das Vierer-Gespräch einzuberufen. Geschickt hatte Moskau rein formal die Berlin-

<sup>98</sup> Richard Kiessler/Frank Elbe, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken, Baden-Baden 1993, S. 74.

<sup>99</sup> BAP/Ostinformationen, 13.12.1989; vgl.: Kiessler/Elbe, Ein runder Tisch, S. 74.

Initiative als Grund für die Zusammenkunft in Berlin benutzt. In den westlichen Hauptstädten war man sich jedoch bewusst gewesen, dass die sowjetische Seite es nicht dabei belassen würde, nur mit Berlin zusammenhängende Fragen in dieser Situation zu diskutieren. Die Besorgnisse der Alliierten über die allgemeine Lage wurden in der vom britischen Botschafter Mallaby entworfenen Kompromissformel für die gemeinsame Presseerklärung deutlich.

Bereits am 12. Dezember, einen Tag nach dem Treffen, meldete die deutsche Botschaft aus London: „Zuständiger Unterabteilungsleiter im FCO, David Ratford, erläuterte LPol [politischer Leiter der Botschaft, A.M.] britische Haltung und Bewertung des Vier-Mächte-Treffens der Botschafter in Berlin. Die Begegnung sei auf Bitten der Sowjetunion zustande gekommen, die sich Sorgen um die Geschwindigkeit des politischen Wandels in der DDR mache und befürchte, dass die Dinge außer Kontrolle geraten könnten. Da auch GB diese Sorgen bis zu einem gewissen Grade teile, habe GB nach sorgfältiger Abwägung aller Umstände der Begegnung zugestimmt. Es gehe darum, dass die für Berlin und Deutschland als Ganzes verantwortlichen Staaten den Wandlungs- und Reformprozess in der DDR sorgfältig begleiten und alles in ihren Kräften Stehende tun, um Destabilisierung zu verhindern. ... Britische Seite sei von den Ausführungen des sowjetischen Botschafters beeindruckt gewesen. Er habe konstruktive Ausführungen zur Verbesserung der Lage in Berlin gemacht.“<sup>100</sup> Die britische Interpretation der Zusammenkunft im Kontrollratsgebäude musste in Bonn beunruhigen.<sup>101</sup> Im Botschaftsbericht aus London vom 12. Dezember hieß es: „FCO [Foreign and Commonwealth Offices, A.M.] überdenke im Augenblick auch die gesamte Palette der Vier-Mächte-Verantwortung für Berlin und Deutschland als Ganzes vor dem Hintergrund des raschen Wandels. Schon jetzt sei erkennbar, dass in vielen Fragen die Tagespolitik über die Rechte der Alliierten hinweggegangen sei.“ An den Rand schrieb offensichtlich der Staatssekretär: „richtig“. Weniger erfreut dürfte er über den nächsten Satz gewesen sein: „Auf der anderen Seite kämen Fragen mit erheblichen politischen Implikationen auf alle Beteiligten zu.“

<sup>100</sup> FS Richthofen (Verf. Klaiber), 12.12.1989, in: PAB, AA, ZA 140.719 E.

<sup>101</sup> FS Richthofen (Verf. Klaiber), 12.12.1989, in: PAB, AA, ZA 140.719 E. Dort auch die folgenden Zitate.

Für spürbare Aufregung im FCO sorgten die Meldungen ihres Botschafters aus Ostdeutschland: „In der Berichterstattung der britischen Botschaft in Ost-Berlin mehrten sich die Warnlichter betreffend dem weiteren friedlichen Gang der Ereignisse. Die gestrigen Demonstrationen in Leipzig bewiesen, dass inzwischen nicht mehr nur die Intellektuellen, sondern die Arbeiter demonstrieren. Sie suchten offenbar ihr Heil in einer baldigen Vereinigung, weil sie davon in erster Linie eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhofften. Beunruhigend sei auch die angebliche Briefwurfaktion der Republikaner in der DDR, die das Klima weiter anheizen könnte.“<sup>102</sup> Sichtlich bereitete es nicht nur den englischen Vertretern Schwierigkeiten, sich authentisch über die tatsächliche Lage in der DDR zu informieren. Sie waren es gewöhnt, sich immer im Rahmen der Vorgaben der DDR-Regierung zu bewegen, wenn sie etwas vom „wirklichen Leben“ in der DDR erfahren wollten.

Die Intellektuellen spielten wahrlich nie eine entscheidende Rolle in den revolutionären Aktivitäten in Ostdeutschland.<sup>103</sup> Geradezu grotesk erscheint, dass die Arbeiter erst im Dezember 1989 auf die Straße gegangen seien. Auch von einem bedeutenden Einfluss der Republikaner auf die Geschehnisse konnte nie die Rede sein. Die einseitige Berichterstattung der immer noch fest in SED-Hand befindlichen Presse und auch die einseitige sowjetische Berichterstattung haben das Bild von der Lage in der DDR bei den Westalliierten wesentlich geprägt.

Sogar der DDR-Botschafter in London sah die Situation wesentlich gelassener als die Mitarbeiter des FCO: „DDR-Botschafter Mitdank, mit dem ich heute sprach, sah die innere Lage der DDR bei weitem nicht so kritisch. In der Sache plädierte Modrow dafür, im Rahmen einer innerdeutschen Lösung vor allem Berlin (West und Ost) als ‚Drehscheibe‘ Europas auszubauen. Er empfahl, die Gespräche der Vier Mächte möglichst gelassen aufzunehmen und zu hoffen, dass diese weitere Erleichterungen für die Berliner brächten.“<sup>104</sup>

In Ost-Berlin war klar, dass der sowjetische Vorstoß im Kontrollratsgebäude auch dazu diente, das kommunistische Regime in der DDR zu stärken. Freilich konnte kaum noch die „Hauptstadtfunktion“ Berlins in den Vordergrund geschoben werden und auch Proteste gegen die bundesdeut-

<sup>102</sup> Ebd.

<sup>103</sup> Vgl. auch zu dem Folgenden: Kowalczyk, Endspiel.

<sup>104</sup> Bericht Richthofen (Verf. Klaiber), 12.12.1989, in: PAB, AA, ZA 140.719 E.

sche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Stadt hätten eher kontraproduktiv gewirkt.

### **Die Folgen des Vierer-Gesprächs am 11. Dezember 1989**

Mit Kommentaren ging der Bericht vom 12. Dezember 1989 aus London sofort an den Bundesaußenminister. Genscher nahm am nächsten Tag an einem NATO-Außenministertreffen in Brüssel teil. Am Abend zuvor trafen sich die Vertreter der westlichen Alliierten und Genscher zu einem „Vierer-Essen“. Der französische Außenminister kam sofort zur Sache: „AM Dumas schlug vor, die jüngste Entwicklung in der DDR und die deutsche Frage zu diskutieren.“<sup>105</sup> Genscher nutzte die willkommene Gelegenheit, das Vierer-Treffen der westlichen Botschafter mit ihrem sowjetischen Kollegen aus Ost-Berlin anzusprechen. Er erläuterte die bundesdeutsche Haltung dazu. Da es sich um eine prinzipielle Stellungnahme handelte, die auch die zukünftigen Entscheidungen der westlichen Alliierten bestimmte, wird dieser Teil der Diskussion in extenso zitiert:

„BM stellte die Frage, was hinter der sowjetischen Berlin-Initiative stecke. Uns sei berichtet worden, dass der russische Botschafter immer wieder auf die Frage der Stabilität in der DDR zu sprechen gekommen sei. Er wolle bei dieser Gelegenheit feststellen, dass er am Dienstag bei der Veranstaltung der Berliner Pressekonferenz für Außenminister Baker eine Art Premiere mit dem sowjetischen Botschafter gehabt habe. Wenn er, BM, bei früheren Gelegenheiten Außenminister der drei Mächte zu Veranstaltungen des Berliner Presseklubs begleitet habe, sei jedes Mal von sowjetischer Seite ein Protest eingelegt worden. Diesmal sei die Situation anders gewesen. Es habe nicht nur keinen Protest gegeben, sondern Botschafter Kotschemassow habe ihm am Tisch gegenüber gesessen.

AM Hurd stellte fest, dass die Bedingungen der vier Botschafter nicht den Eindruck herbeiführen dürften, als ob dort andere Themen als Berlin behandelt würden. Auf der anderen Seite halte er es für richtig, der Sowjetunion ein Forum zu geben, wenn sie sich über die Lage in der DDR Sorgen mache.

BM wies darauf hin, dass man eine Ausweitung des Themenkreises nicht zulassen dürfe. Heute würde der sowjetische Botschafter über die Lage in

<sup>105</sup> Vermerk (Elbe), 14.12.1989, in: PAB, AA, ZA 178.926 E.

der DDR sprechen. Was würden die Alliierten machen, wenn er morgen über die Lage in der Bundesrepublik Deutschland sprechen wolle? Es komme darauf an, sich strikt auf die berlinpolitischen Themen und auf die Verantwortung der Vier Mächte für Berlin zu konzentrieren. Es sei zwar nicht unzulässig, etwas anderes zu tun, aber wir würden eine solche Entwicklung auf keinen Fall akzeptieren.

AM Dumas wies darauf hin, dass die Einladung als Ergebnis der politischen Situation zu verstehen sei. Er habe Verständnis für die von AM Hurd geäußerte Position. Man dürfe den Sowjets den Kontakt nicht verweigern. Es gehe darum, die Sowjets zu beruhigen. Andererseits dürften die Alliierten ihre deutschen Freunde nicht beunruhigen. Es komme darauf an, irgendwie eine Grenzlinie zu ziehen.

AM Hurd wies darauf hin, dass die Alliierten schließlich, was die Lage in der DDR angehe, ihre Botschafter in Ost-Berlin hätten. Das Ärgerliche an der Begegnung sei die im Anschluss veröffentlichte TASS-Meldung gewesen.

BM warf ein, das diese TASS-Meldung eine falsche Interpretation des Treffens gegeben habe.

AM Dumas wies darauf hin, dass es hier zu keinen Zweideutigkeiten kommen dürfe.

AM Baker sagte, dass jeder seine Möglichkeit habe, mit der Sowjetunion zu sprechen. Wichtig sei, dass wir uns auf Berlin-politische Probleme konzentrierten.<sup>106</sup>

Die Diskussion der vier westlichen Außenminister in Brüssel beendete die Unsicherheiten über die mögliche Praktizierung der Vier-Mächte-Rechte an Deutschland vorbei, wie es die Sowjetunion wünschte. Genscher machte unmissverständlich deutlich, dass die Bundesregierung ein gemeinsames Vorgehen der vier Alliierten in der Deutschlandfrage ohne die Einbeziehung Deutschlands nicht hinnehmen würde. Nur Gespräche über Berlin zwischen den Vier Mächten musste sie schon aus rechtlichen Gründen akzeptieren. Bei der Entscheidungsfindung spielte der Regierende Bürgermeister von West-Berlin keine Rolle.

<sup>106</sup> Ebd.



## Eiszeit

Gorbatschow war nach der Proklamierung des 10-Punkte-Plans noch nicht bereit, Kohl zu treffen. Moskau hoffte immer auf ein gemeinsames Vorgehen der Alliierten dagegen unter Ausschluss der Bundesrepublik. Anknüpfungspunkte boten sich durchaus. Auf der Tagung des Europäischen Rates am 8./9. Dezember unterrichtete Mitterrand Kohl über seinen DDR-Besuch am 20./21. Dezember.<sup>107</sup> In Bonn war man sichtlich ungehalten darüber, denn der Besuch Mitterrands bedeutete eine Aufwertung des SED-Regimes. Frankreich hatte erhebliche Vorbehalte gegen die Entwicklung in Deutschland nach der 10-Punkte-Erklärung von Kohl.<sup>108</sup>

Sehr zufrieden zeigte man sich im DDR-Außenministerium über die Ankündigung des Besuches von Mitterrand: „Angesichts des sehr instabilen Interessenausgleiches Frankreich-BRD legt Mitterrand großen Wert darauf, noch während seiner EG-Präsidentschaft die französische Auffassung zur Zusammenarbeit der EG mit der DDR deutlich zu machen. Im französischen MfAA [Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, A.M.] wird die Möglichkeit eines Assoziierungsstatus für die DDR erwogen, wodurch die Eigenstaatlichkeit der DDR bekräftigt würde.“<sup>109</sup> Dass mit Mitterrand erstmals ein westlicher Vertreter der Unterzeichner des Vier-Mächte-Abkommens von 1971 Ost-Berlin besuchte, wurde besonders hervorgehoben.<sup>110</sup>

Unter anderem sprach Mitterrand auch mit dem frisch gewählten PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi, der ihm die Lage der DDR als völlig desolat darstellte.<sup>111</sup> Gysi wollte Mitterrand auf eine mögliche Grenzschießung vorbereiten. Unmittelbar nach seiner Wahl konferierte der frisch gekürte PDS-Vorsitzende mit dem Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Raffael Fjodorow, der als „Gast“ auf dem SED-Sonderpartei-tag in Ost-Berlin weilte. Im Gegensatz zu vielen im sowjetischen diploma-

<sup>107</sup> Arbeitsfrühstück Kohl – Mitterrand 9.12.1989; in: DzD Dok. Nr. 117, S. 628ff.

<sup>108</sup> Mitter, Wir versuchen, die Grenzöffnung zu halten, Horch und Guck, Nr. 2/2010, S. 59.

<sup>109</sup> Französische Interessenlage vor dem Staatsbesuch Präsident Mitterrands in der DDR, in: PAB, MfAA, ZR 29/09.

<sup>110</sup> Ebd.

<sup>111</sup> „Wir haben die Organisation, wir haben kompetente Leute.“ Gregor Gysi im Gespräch mit Francois Mitterrand, in: Horch und Guck, Nr. 2/2010, S. 62ff.

tischen Dienst tätigen Landsleuten sprach er zumindest ausgezeichnet deutsch und war auch lange Zeit in der DDR tätig. Es ging unter anderem darum, ob die Sowjetunion bereit sei, die kommunistische Führung in der DDR gegebenenfalls durch ein Eingreifen zu retten. Fjodorow reagierte ausweichend, obwohl er für solche Aktivitäten im ZK der KPdSU offensichtlich zuständig war. Erstaunlicherweise riet er Gysi, die Westmächte zu konsultieren.<sup>112</sup>

Das Gespräch zwischen Fjodorow und Gysi fand einen Tag vor dem Vier-Mächte-Treffen in West-Berlin statt. Es unterstreicht, welche Hoffnungen die sowjetische Führung damit verband, zeigt aber auch die Hilflosigkeit des sowjetischen Apparates. In welcher Funktion sollte sich Gysi an die Alliierten wenden? Für Fjodorow schien Parteichef der SED gleichbedeutend mit oberstem Herrscher im Land, ein sichtbares Zeichen dafür, wie Glasnost und Perestroika demokratische Verhältnisse ausschlossen.

### **Genscher im Kreis der „Verbündeten“**

Das gemeinsame Abendessen in Brüssel gab dem Bundesaußenminister die Möglichkeit, aktiv zu werden. Er konnte den Standpunkt der Bundesregierung zur Frage der Vier-Mächte-Verantwortung präziser darlegen. Einerseits akzeptierten die drei westlichen Alliierten, nicht mit Moskau gemeinsam über die Entwicklung in Deutschland ohne eine Verständigung mit der Bundesrepublik zu reden, aber sie beharrten nach wie vor auf ihren Vier-Mächte- und -Vorbehaltsrechten.

Auch wenn ein gemeinsames Vorgehen mit der Sowjetunion an Deutschland vorbei nunmehr ausgeschlossen schien: „Die britische Regierung spielt daher augenblicklich auf Zeit und hofft, eine Verlangsamung der Prozesse durch die Einbindung der Entwicklung in beiden deutschen Staaten in Bündnis- und KSZE-Strukturen, aber auch in alliierte Rechte und Verantwortlichkeiten, erreichen zu können. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wird relativiert durch Hinweise auf das notwendige Einverständnis der Nachbarn D's.“, heißt es in einem Bericht aus London,

<sup>112</sup> Detlef Nakath/Gero Neugebauer/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.): „Im Kreml brennt noch Licht“, Berlin 2003, Dok. 8, S. 83ff.

der mit dem Betreff: „Großbritannien und die deutsche Frage“ am 22. Dezember 1989 nach Bonn ging.<sup>113</sup>

Nur wenige Tage zuvor, am 19. Dezember, traf die Vierer-Gruppe in Bonn zusammen. Das französische Außenministerium instruierte seinen Vertreter, Erkundigungen darüber einzuziehen, wann weitere Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin geplant seien: „Zur Frage des Sprechers F [Frankreich, A.M.], wann ein weiteres gemeinsames Treffen der alliierten Botschafter mit Kotschemassow geplant sei, erklärte Sprecher US, dass es hierzu keinen konkreten Vorschlag gebe, er regte einen Meinungs austausch der drei Botschafter bei ihrem Treffen am 20.12.1989 (in Vorbereitung des Gesprächs mit BM Seitzers) an. Es bestünde kein Grund zur Eile.“<sup>114</sup> Interessant war die Reaktion des britischen Vertreters: „Aus Sicht des Sprechers UK [United Kingdom, A.M.] ist vorrangig, zunächst die eigene alliierte Position abzustimmen.“<sup>115</sup>

Mit Sicherheit haben die Erörterungen der Außenminister am Rand der Sitzung des NATO-Rates auch die britische Haltung zu weiteren Treffen mit Kotschemassow beeinflusst. Jedenfalls ist die nachdrückliche Betonung der Abstimmung der westlichen Alliierten mit der Bundesregierung vor einem möglichen erneuten Zusammentreffen bezeichnend. Die Solidarisierung der Westmächte gegen den Standpunkt der Sowjetunion schritt voran. Die Stellungnahme des Bundesaußenministers in Brüssel trug wohl maßgeblich dazu bei, dass die britische Regierung erkannte, dass sie in Vier-Mächte-Fragen stärker als bis dahin die Interessen der Bundesregierung berücksichtigen musste.

Aber die Alliierten waren auch daran interessiert, dass die Wünsche der Sowjetunion gewahrt blieben – schon um die Stellung Gorbatschows zu stützen, der innenpolitisch zunehmend unter Druck geriet. Folgte man den Berichten aus Moskau, wurde im Westen hinsichtlich der Sowjetunion nur eine Entwicklung nach rechts gefürchtet, während der demokratischen Opposition gegen Gorbatschow kaum Beachtung geschenkt wurde.

<sup>113</sup> Bericht Richthofen (Verf. Stocks), 22.12.1989, in: PAB, AA, ZA 140.724 E.

<sup>114</sup> Vermerk vom 20.12.1989, in: PAB, AA, ZA 140.719 E.

<sup>115</sup> Ebd.

## Amerika

Sicher glaubte man sich in Bonn der Unterstützung der Vereinigten Staaten, um ein gemeinsames Auftreten der Vier Mächte ohne die Beteiligung Deutschlands zu verhindern. So vermittelten es die Gespräche des deutschen Bundeskanzlers mit Bush. Aber auch den Bedenken der beiden anderen westlichen Alliierten wollte Amerika Rechnung tragen.

In einer Analyse der Rede des amerikanischen Außenministers Baker vor dem Berliner Presseklub am 12. Dezember 1989, wo Genscher zu seiner Verblüffung dem sowjetischen Botschafter Kotschemassow gegenüber saß, äußerte die deutsche Botschaft „aus Washingtoner Sicht“: „Die Maßgabe des US-Präsidenten, dass die deutsche Vereinigung unter ‚Berücksichtigung der völkerrechtlichen Rolle und Verantwortung der Vier Mächte‘ erfolgen sollte, müssen wir ernst nehmen. Zwar deuten einzelne US-offizielle Stellen gelegentlich an, von US-Seite werde auf die fortbestehende Vier-Mächte-Verantwortung weniger Wert gelegt als anderswo. Wir sollten jedoch realistisch sehen: Die Vier-Mächte-Verantwortung ist aus US-Sicht weiterhin einer der stärksten Hebel, mit denen die USA unliebsamen Entwicklungen ggf. gegensteuern könnte. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass US-Partner damit irgendwie die Vier-Mächte-Verantwortung als eine Art ‚Notbremse‘ für unkontrollierte Entwicklungen benützen wollte. Die Vier-Mächte-Rechte sind den Amerikanern gleichwohl teuer.“<sup>116</sup> Noch klarer präzisierte das Auswärtige Amt in Bonn die amerikanische Position in einem Erlass an die wichtigsten deutschen Botschaften: „Zu ‚Deutschland und Berlin in einem Neuen Europa‘ wiederholte Baker [gemeint ist die Rede in West-Berlin am 12. Dezember, A.M.] die von ihm im Vorfeld des NATO-Rates formulierten und von Bush dort aufgenommenen vier Punkte. Er trägt damit einem in den USA und unter den Verbündeten weit verbreiteten Bedürfnis nach näherer Präzisierung der amerikanischen Vorstellungen zu den Vorgängen Rechnung; durch kalkulierte Unschärfe kommen diese unseren Interessen als auch den vier Statusmächten entgegen.“<sup>117</sup> „Kalkulierte Unschärfe“ würde bald nicht mehr ausreichen.

<sup>116</sup> Betr. Rufus (Verf. Kaul), 13.12.1989, in: PAB, AA, ZA 179.553 E.

<sup>117</sup> Drahterlass (Verf. Kölsch), 14.12.1989, in: PAB, AA, ZA 179.532 E.

## **Berlin und die westlichen Alliierten um die Jahreswende 1989/90**

Sichtlich ungehalten reagierten die Vertreter der Alliierten im Bundeskanzleramt am 21. Dezember 1989. In dem vorangegangenen Treffen hatten sie ihre Bedenken über die möglichen Folgen der Maueröffnung für den Vier-Mächte-Status nachdrücklich angesprochen.<sup>118</sup> Sie rechneten mit Sicherheit damit, dass Seiders endlich dazu Stellung bezog oder zumindest eine Erklärung ankündigte.

Der Kanzleramtschef unterrichtete an diesem Tag über den Besuch des Bundeskanzlers in Dresden beim ostdeutschen Ministerpräsidenten Hans Modrow. Außer Seiders und den drei westlichen Vertretern nahmen der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Sudhoff, der Ministerialdirigent im Kanzleramt, Claus-Jürgen Duisberg, und Horst Teltschik teil. Teltschiks Anwesenheit unterstrich die Bedeutung des Treffens. Das Protokoll wurde, wie fast immer bei diesen Zusammenkünften, von Duisberg geschrieben. Es unterschied sich zumindest in einem Punkt von den vorhergehenden. Insgesamt verhältnismäßig kurz gehalten, enthielt es keine Wiedergabe der Diskussion. Die Fragen der alliierten Vertreter fasste Duisberg so zusammen: „Die Fragen der Vertreter der Drei Mächte bezogen sich auf - die Frage der Konditionierung unserer Unterstützung, - die Beteiligung von Oppositionsgruppen an dem deutsch-deutschen Dialog, - die Stellung der DDR im Bündnis, - die künftige Regierbarkeit der DDR nach den Wahlen sowie auf die politische Potenz von MP Modrow.“<sup>119</sup>

Teltschik schien sehr angetan vom Verlauf des Gesprächs. In seinen Aufzeichnungen vermerkte er: „Heute beginnt der Tag schon um halb acht. Seiders hat die Botschafter der drei Westmächte zum Frühstück eingeladen. Wir unterrichten gemeinsam über die Ergebnisse von Dresden. Sie sind über die rasche und ausführliche Unterrichtung sehr zufrieden.“<sup>120</sup>

An diesem Tag herrschte in der Regierungszentrale in Bonn euphorische Stimmung. Der Grund war der überwältigende Erfolg Helmut Kohls in Dresden, sein Bad in der Menge. Zehntausende säumten seinen Weg und lauschten den Ausführungen des deutschen Kanzlers auf der Kundgebung.

<sup>118</sup> Siehe oben.

<sup>119</sup> Gespräch des Bundesministers mit den Vertretern der Drei Mächte, 21.12.1989, in: DzD, Dok. Nr. 132, S. 679.

<sup>120</sup> Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 94.

Er war überwältigt von den Rufen der Zuhörer „Deutschland einig Vaterland“, „Helmut Helmut“ und dem Gesang des Deutschlandliedes. „Da drehte ich mich zu Kanzleramtsminister Rudolf Seiters um und sagte: ‚Die Sache ist gelaufen.‘“, berichtet er in seinen Memoiren.<sup>121</sup>

Gelaufen oder, weniger euphorisch ausgedrückt, entschieden war an diesem Tag der Kurs in Richtung deutsche Einheit für den Kanzler, zumindest was den zeitlichen Rahmen anbetraf, durchaus nicht. Zu ihrer Durchsetzung benötigte er die nachhaltige Unterstützung der drei westlichen Alliierten. Sie waren nicht so begeistert von seiner Dresden-Reise, zumindest nicht ihre Vertreter in Bonn. Die Euphorie der Ostdeutschen erschreckte sie wohl eher. Das Verhalten der westlichen Vertreter in der Besprechung bei Seiters scheint nur Teltschik den Eindruck von Zufriedenheit vermittelt zu haben.

Einen Tag später begab sich der US-Sprecher in der Vierer-Gruppe ins Auswärtige Amt: „Der US-Gesandte habe am 21.12.89 eine Demarche bei MDg Duisberg, ChBK, durchgeführt. Die Demarche sei von GB und F unterstützt worden. Auf Weisung Washingtons seien folgende Punkte angesprochen worden:

1. Luftverkehr:

Kritik an der Aussage BK/Modrow zum Luftverkehr, insbesondere zu Tegel; Rüge wegen fehlender Konsultationen.

2. Regionalausschüsse:

Drängen auf frühzeitige Konsultationen. Frage wie die Bundesregierung das Verhältnis zum VMA sehe.“<sup>122</sup>

Die Demarche hatte der amerikanische Gesandte George F. Ward eingebracht, der in der Beratung bei Seiters den amerikanischen Botschafter Walters vertrat. Kaum zutreffend scheint die Auffassung Teltschiks, dass die westlichen Alliierten „sehr zufrieden“ gewesen seien über das Gespräch im Bundeskanzleramt. Die Übergabe der Demarche verlief durchaus nicht in diesem Sinne: „Die Aussprache sei ‚quite tough‘ [sehr hart, A.M.] gewesen“, heißt es am Ende des Vermerks im Auswärtigen Amt. Es waren mit West-Berlin zusammenhängende Probleme, die die Hochstimmung zumindest gedämpft haben. Über die Beantwortung der Demarche fand sich kein Hinweis in den Akten des Auswärtigen Amtes.

<sup>121</sup> Helmut Kohl, *Erinnerungen 1982-1990*, Stuttgart 2005, S. 1020.

<sup>122</sup> Referat 210, Vermerk vom 22.12.1989 (gez. Storz-Chakarji), in: PAB, AA, ZA 140.719 E.

Ebenso enthält auch die Aktenedition aus dem Bundeskanzleramt kein Material dazu. Auf jeden Fall fanden sich die westlichen Alliierten zu wenig berücksichtigt in der Berlin-Politik. Auch die Art des Umgangs der Bundesregierung mit dem Vier-Mächte-Abkommen schien ihnen keineswegs dem Bündnis entsprechend.

Es ist zu vermuten, dass mehreres zusammenkam, das Missverständnisse zur Folge hatte. Das belastete Verhältnis zwischen Momper und Kohl war ein wichtiger Grund, weshalb die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und dem Berliner Senat nicht funktionierte. Erschwerend kam noch hinzu, dass sich die Lage nahezu täglich veränderte. Noch beim Dresden-Besuch und auch in den Wochen danach beschäftigte man sich in Bonn mit einer Vertragsgemeinschaft zwischen beiden deutschen Staaten, erkannte aber zunehmend, dass in Ostdeutschland dafür keine Voraussetzungen vorhanden waren.

### **Überlegungen eines Bürgermeisters**

Möglicherweise rechnete Walter Momper als Regierender Bürgermeister West-Berlins schon nach der Bonner Zusammenkunft am 1. Dezember 1989 damit, dass es nicht zu einer wirklichen Zusammenarbeit zwischen dem Senat und der Bundesregierung kommen würde und ging daher eigene Wege. Eigene Wege in dem Sinne, dass schon Vertretern des Bevollmächtigten der Bundesregierung im Regionalausschuss Sitz und Stimme eingeräumt wurden, aber eher, um das Geschehen zu beobachten. Momper befand sich in einer schwierigen Situation. Etwas musste im Interesse beider Teile Berlins geschehen. Das lag auf der Hand, schon wenn man die Erörterungen vom 1. Dezember 1989 zwischen Kohl und dem Regierenden Bürgermeister liest.

Vielleicht kam Momper die Passivität des Bundeskanzleramtes in Berlin-Fragen nicht ungelegen. Sie eröffnete ihm größere Handlungsfreiheit. Andererseits brauchte Momper die finanzielle Unterstützung aus Bonn. Dass die Bundesregierung dem Sozialdemokraten in den Monaten November und Dezember West-Berlin faktisch überließ und keinerlei eigene Initiativen entwickelte, erscheint doch erstaunlich. Möglicherweise achtete die Bonner Regierung wegen der Spannungen zwischen Kohl und Momper nur darauf, dass keine Beschlüsse gefasst wurden, die über die

mögliche Vereinigung hinaus Gültigkeit hatten oder gar die Vereinigung hemmen konnten.

Die Zurückhaltung in Bonn, was die Zusammenarbeit zwischen Ost- und West-Berlin anbetraf, war sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass keine demokratisch legitimierte Vertreter aus der DDR dem „Provisorischen Regionalausschuss“ angehörten, sondern die Wahlfälschung vom Mai 1989 letztlich die Grundlage für die Nominierung der Genossen aus dem Osten war. Momper hatte damit wenige Schwierigkeiten. Er gab dem Ost-Berliner Oberbürgermeister, Erhard Krack, symbolisch am Brandenburger Tor die Hand. Schon im Februar 1990 musste Krack zurücktreten, weil er maßgeblich die Wahlfälschungen in Ost-Berlin verantwortete. Er wurde 1993 rechtskräftig dafür verurteilt.<sup>123</sup>

Am 19. Januar 1990 hielt der Regierende Bürgermeister Momper auf einer Tagung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung eine Rede mit dem Titel: „Berlins europäische Perspektive“. Im Bericht für das Auswärtige Amt wurden Mompers Vorstellungen ausführlich referiert: „Der RBM stellte anlässlich der Tagung sieben Thesen zur europäischen Perspektive Berlins vor, deren wichtigste Aussagen wie folgt zusammengefasst werden:

- Die deutsche Frage ist eingebettet in die Frage künftiger Friedenssicherung.
- Ein System der Sicherheit beruht auf freier Zustimmung der Völker, schließt das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ein, kann nur kollektiv sein und einbezieht die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs.
- Dieses System, die ‚europäische Föderation‘, muss auf den Feldern politischer Föderation, ökonomischer Föderation und Sicherheitspartnerschaft gleichzeitig und schnell entwickelt werden: Erweiterung der EG um osteuropäische Länder (u.a. DDR), Ausdehnung des EG-Binnenmarktes auf die neuen Mitgliedsstaaten, umfassende Abrüstungsschritte bis zur Auflösung der Blöcke.
- Im Rahmen der europäischen Föderation können die beiden deutschen Staaten über die Vertragsgemeinschaft und die Konföderation zu einer Einheit kommen; eine Konföderation sollte innerhalb von fünf Jahren entwickelt sein.

<sup>123</sup> Klaus Bästlein, Eine Wahlfälschung zu viel. Die DDR-Kommunalwahl vom 7. Mai 1989, in: Schöne, Revolution, S. 44.



- Berlin stellt mit der Organisation des Regionalausschusses für die Erprobung und Initiierung der Vertragsgemeinschaft und Konföderation eine Schlüsselregion dar.
- Eine aus demokratischen Wahlen in der DDR hervorgegangene und legitimierte Regierung, wird die Legitimität der Funktion Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR erhöhen. Der Westen muss dies in der Praxis – nicht de jure – respektieren; umgekehrt muss die DDR Berlin als Land der Bundesrepublik Deutschland anerkennen. Die Abgeordneten Berlins im Bundestag und im Europaparlament müssen direkt gewählt werden können und volles Stimmrecht im Bundestag und -rat erhalten.
- Der Status von Berlin wird durch die Entwicklung in Europa ‚kurzfristig‘ nicht berührt. Die originären Rechte der Siegermächte treten ‚in ihrer praktischen Anwendung im Inneren‘ durch die Kooperation zweier demokratischer deutscher Staaten zurück. Die Funktion der Westmächte als Schutzmächte bleibt bestehen, allerdings wirken Abrüstungsschritte auf die hier stationierten Truppen. Die vier Statusmächte gewinnen politische Bedeutung im europäischen Transformationsprozess hin zu einer europäischen Konföderation; nach deren Abschluss, im Rahmen des KSZE-Prozesses, werden die Siegermächte ihre Rechte in Berlin und Deutschland aufgeben können. Die Großmächte bleiben Garantiemächte der europäischen Friedensordnung.<sup>124</sup>

Momper argumentierte aus der Perspektive, als würde bis zur Vereinigung noch ein beträchtlicher Zeitraum mit zwei deutschen Staaten liegen. Zu diesem Zeitpunkt war das Thema „Vertragsgemeinschaft und die Konföderation zu einer Einheit“ auf den Straßen und Plätzen Ostdeutschlands längst erledigt.

### **Bonn und Berlin**

In Bonn spielten solche Vorstellungen inoffiziell wohl auch keine Rolle mehr. Die Zielsetzungen liefen längst auf die schnelle, direkte Schaffung der Einheit hinaus. Bezüglich der Alliierten ging die Bundesregierung davon aus, dass deren Mission erst mit der Schaffung der deutschen Einheit beendet war, auch West-Berlin eingeschlossen. An eine Auflösung

<sup>124</sup> Referat 215 (untersch. von Groll, Verf. Gaedicke), 25.1.1990, in: PAB, AA, ZA 140.736 E.

der NATO war nicht im Entferntesten zu denken. Der Warschauer Pakt war längst im Zusammenbruch begriffen. Die nahezu abwegigen Vorstellungen Mompers resultierten wohl daraus, dass er in dem Diskussions- und Entscheidungsprozess in Bonn weitgehend außen vor blieb.

Auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Titel lautete „Die Sowjetunion in Europa“, traten die Bonner Botschafter der Westalliierten auf. Besondere Aufmerksamkeit fand das Referat des amerikanischen Botschafters, Vernon Walters. Er betonte die Einbindung der deutschen Entwicklung in den europäischen Einigungsprozess. Die weitere Existenz zweier deutscher Staaten, wie bei Momper, stand für ihn jedoch nicht zur Debatte. „Vertragsgemeinschaft“ und „Konföderation“ kamen in Walters Ausführungen nicht vor. Er betonte, dass die Westmächte und die Bundesrepublik die Einheit Deutschlands stets als Ziel ihrer Politik verfolgt hatten. Bei der Erörterung der Rolle Berlins und der Alliierten setzte er wesentlich andere Akzente als der Regierende Bürgermeister: „Sie werden bemerkt haben, dass ich noch nicht auf Berlin eingegangen bin, aber Berlin nahm und nimmt in der deutschen Frage als auch in den Ost-West-Beziehungen eine Schlüsselstellung ein. Berlin erhielt im Vergleich zu den deutschen Besatzungszonen am Ende des Zweiten Weltkriegs einen Sonderstatus. Die westliche Position ist über vier Jahrzehnte hinweg unverändert geblieben. Berlin steht bis zu dem Tag unter der Verwaltung der vier Siegermächte, an dem es Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands wird.“<sup>125</sup>

Ganz so einfach kam es dann doch nicht. Erst gingen die westlichen Alliierten und dann beschloss der Deutsche Bundestag, dass Berlin die Hauptstadt des vereinigten Deutschland werden solle. Auch das war ein Ergebnis der wiedergewonnenen Souveränität. Anders als Momper sprach der amerikanische Botschafter Ende Januar 1990 von der Verantwortung der Vier Mächte für Berlin und bezog die Sowjetunion bewusst mit ein. Die Entwicklung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR stand für ihn nicht zur Debatte. Scharf kritisierte er die sowjetische Berlin-Politik: „Sowohl die Sowjetunion als auch die DDR versuchten immer wieder, die Berliner Westsektoren zu isolieren und die Stadt wirtschaftlich zu ruinieren. ... Im Jahre 1987 schlugen die Westmächte praktische Maßnahmen zur Verwirklichung weiterer Verbesserungen für Berlin und die Berliner vor. Erst letzten Monat stimmte die Sowjetunion der Aufnahme solcher Gespräche

<sup>125</sup> Amerika-Dienst 3, 24.1.1990, in: PAB, AA, ZA 140.729 E.

zu. Wir in den Vereinigten Staaten stehen zu unseren Verpflichtungen gegenüber Berlin.“<sup>126</sup> Mit dem letzten Satz unterstrich Walters unmissverständlich, dass die Alliierten bis zur Vereinigung an ihren Rechten in Berlin festhielten. Walters teilte nicht Mompers Vorstellungen, dass die originären Rechte der Siegermächte „in ihrer praktischen Anwendung im Inneren“ durch die „Kooperation zweier demokratischer deutscher Staaten“ zurücktreten.<sup>127</sup>

### **Die Bundesregierung und West-Berlin**

Das gestörte Verhältnis zwischen Bundeskanzleramt und Berliner Senat erschwerte auch die Beziehungen des Auswärtigen Amtes zu den westlichen Alliierten in Berlin.

Offenbar erst Ende Januar 1990 entwickelte das Bundeskanzleramt Aktivitäten für die Vorbereitung eines Folgetreffens zwischen Mitgliedern der Bundesregierung und dem Berliner Senat, das eigentlich bereits einen Monat früher stattfinden sollte. Erstaunlich erscheint, dass im Auswärtigen Amt bis dahin ein Vermerk des Bundeskanzleramtes über das Gespräch „beim Bundeskanzler am 1.12.1989“ überhaupt noch nicht vorlag, aber „auf Anfrage am 29.1.90 übermittelt“ wurde.<sup>128</sup> Seiters fragte im Auswärtigen Amt nach dem Stand der Vorbereitungen an. Nunmehr hatten mit den Alliierten zusammenhängende Fragen einen weit höheren Stellenwert, als das aus dem Protokoll der Besprechung vom 1. Dezember 1989 hervorging. Allerdings lag die Verantwortung für die vom Bundeskanzleramt angesprochenen Punkte weitgehend beim Auswärtigen Amt. Große Bedeutung hatte die Wahl der Berliner Abgeordneten für den Bundestag und Bundesrat gewonnen. Übereinstimmend mit dem Vier-Mächte-

<sup>126</sup> Ebd.

<sup>127</sup> Thesen „Berlins europäische Perspektive“, vorgelegt von Walter Momper anlässlich der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 19. Januar in Berlin, in: PAB, AA, ZA 140.736 E.

<sup>128</sup> Lambach an Sudhoff, 29.1.1990, in: PAB, AA, ZA 140.736 E. Dort auch alle folgenden Belege und Zitate. Dem Bundesaußenminister wurde vom Bundeskanzleramt ein Protokoll der Besprechung bereits Anfang Dezember 1989 zugesandt (vgl. DzD, S. 578). Auf dieser Grundlage befassten sich die Mitarbeiter im AA mit der Angelegenheit, sonst hätte Lambach nicht den Entwurf eines Antwortschreibens in relativ kurzer Zeit anfertigen können.

Abkommen erfolgte bis dahin keine Direktwahl. Nicht nur Momper sprach diese Frage in der Beratung mit dem Bundeskanzler an, sondern auch die Vertreter der Westalliierten bei Seiders. In dem Gespräch mit Momper am 1. Dezember 1989 verwies Helmut Kohl darauf, dass erst das neue DDR-Wahlgesetz abgewartet werden sollte, um mit den Alliierten darüber zu verhandeln.

Den westlichen Alliierten hatte Seiders in der Besprechung am 7. Dezember zugesagt, sich darum zu kümmern. Ende Januar 1990 teilte das Auswärtige Amt dem Chef des Bundeskanzleramtes den Stand der Aktivitäten in dieser Frage mit: „Das Auswärtige Amt hat Konsultationen mit den drei Mächten auf der Basis eines zwischen den Ressorts abgestimmten Papiers, das dort vorliegt, am 23.1.1990 auf Direktorenebene eingeleitet. Die grundsätzliche positive Reaktion der Alliierten zeigt, dass sie den politischen Stellenwert dieser Frage sehen.“ Noch wichtiger war es, dass die westlichen Alliierten von vornherein ausschlossen, eine gegensätzliche Stellungnahme der Sowjetunion zu berücksichtigen: „Die Drei Mächte werden die Sowjetunion zwar mit der Angelegenheit befassen, jedoch ihre Entscheidung nicht von deren Votum abhängig machen.“ Die Sowjetunion beharrte auch weiterhin darauf, dass West-Berlin nicht Bestandteil der Bundesrepublik sei und deshalb auch Abgeordnete für den Bundestag nicht direkt gewählt werden konnten.

Das Auswärtige Amt bemühte sich darum, dass Unstimmigkeiten mit den westlichen Alliierten, Berlin betreffend, ausgeräumt wurden – mit Erfolg, wie die Frage der Abgeordneten West-Berlins für den Bundestag bewies. Jedenfalls verliefen die gemeinsamen Gespräche nicht mehr „quite tough“. Ein gewisser Klärungsprozess über die Berlin-Fragen hatte in den Bonner Ministerien um die Jahreswende 1989/90 stattgefunden. Das gestattete es der Bundesregierung, ihre Wünsche klar zu formulieren und diesbezügliche Probleme unmittelbar zu behandeln: „Den Alliierten wurde die Dringlichkeit einer Entscheidung im Hinblick auf das notwendige Gesetzgebungsverfahren verdeutlicht“, hieß es, die Wahlberechtigung der West-Berliner betreffend.

„Quite tough“ verhielt sich hingegen Moskau: „Inzwischen hat Botschafter Kwizinskij BM Genscher am 26. Januar mitgeteilt, dass die SU bei den Drei Mächten gegen die angestrebte Direktwahl und das Stimmrecht der Berliner Abgeordneten demarchieren werde, was inzwischen auch geschehen ist. BM Genscher hat Botschafter Kwizinskij das Ziel der Bundesregierung erläutert, Direktwahl und Stimmrecht für die Berliner Abge-

ordneten im Zusammenhang mit den nächsten Bundestagswahlen zu erlangen.“ Mit ihrer Zustimmung hätte die Sowjetunion anerkannt, dass West-Berlin zur Bundesrepublik Deutschland gehöre.

Ebenso wie in der Frage des Wahlrechts für West-Berlin hatte das Auswärtige Amt auch für eine Neuordnung des Luftverkehrs vorgearbeitet und eine Konzeption entwickelt: „Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes sollte den Drei Mächten unverzüglich eine Vorlage für die zwischen den verschiedenen Beteiligten zu führenden Verhandlungen vorgestellt werden. Angesichts der Dynamik des innerdeutschen Luftverkehrs hat die Deutsche Lufthansa für den Sommerflugplan eine wesentliche Ausweitung des Luftverkehrs einschließlich der Errichtung neuer direkter Luftstraßen in die DDR verlangt. Wir müssen mit erheblichem Widerstand der Alliierten rechnen, wenn diese Vorhaben nicht sichtbar in einen Gesamtkontext mit den Luftverkehrsverhandlungen gestellt werden. Auch aus unserer Sicht muss die Lebensfähigkeit des Korridorverkehrs von und nach Berlin erhalten bleiben.

Das Auswärtige Amt hat in Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt auf Arbeitsebene eine Problemskizze erstellt, die die Formulierung eines vom BMV zu fertigenden Verhandlungskonzepts erleichtern sollte. Dieses sollte, nach Abstimmung im Ressortkreis und mit Berlin, möglichst umgehend mit den Alliierten, die ihrerseits an eigenen, durchaus flexiblen, Positionen arbeiten, erörtert werden.“<sup>129</sup>

Bei allen ihr Ressort betreffenden Problemen, die in der Besprechung am 1. Dezember 1989 in Vorbereitung einer erneuten Zusammenkunft bearbeitet werden sollten, war das Auswärtige Amt aktiv gewesen, soweit es die vereinbarten Zuarbeiten erhielt. In der vielleicht wichtigsten Frage, nämlich der Bildung eines Regionalausschusses Berlin, über die das Auswärtige Amt mit den westlichen Alliierten sprechen sollte, blieb die erforderliche Zuarbeit aus: „Bisher wurde ein zwischen Bundeskanzleramt und Senatskanzlei zu erarbeitendes Konzept dem Auswärtigen Amt nicht übermittelt. Konsultationen mit den Drei Mächten konnten daher nicht stattfinden.“<sup>130</sup>

Es mag dahingestellt sein, ob der Chef des Bundeskanzleramts, als er sich an Sudhoff wandte, sich dessen noch bewusst war, dass sein Ressort für

<sup>129</sup> Ebd.

<sup>130</sup> Sudhoff an Seiters (ohne Datum, nach dem 29.1.1990), in: PAB, AA, ZA 140.736 E.

die Erstellung des Konzeptes verantwortlich war, damit die Vertreter des Auswärtigen Amtes überhaupt aktiv werden konnten. Sicher war, dass das Bundeskanzleramt den Berlin-Problemen bis dahin nur mäßige Beachtung geschenkt hatte.

Straßmeirs Auswertung der Zusammenkunft Mompers mit den Vertretern der einzelnen Ministerien, insbesondere die von ihm als Bevollmächtigter des Bundeskanzleramtes für Berlin getroffene Behauptung, Berlin habe eine „Pilotfunktion“ im Einigungsprozess, erwies sich als unrealistisch. Die „Entspannung“ im Verhältnis zu den westlichen Alliierten spätestens im Januar 1990 hatte nicht zur Folge oder war nicht gleichzeitig eine Folge der Entspannung zwischen der Bundesregierung und dem Senat. Mompers Auftritt auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung war ein sichtbarer Beleg dafür. Erst als endgültig klar war, dass der Kurs ohne Umwege in Richtung Einigung ging, beschäftigte sich die Bundesregierung intensiver mit der Berlin-Frage und damit in Zusammenhang mit den westlichen Alliierten.

### **Auf dem Weg zur deutschen Einheit**

Die sich überstürzenden Ereignisse in der DDR in den letzten drei Monaten des Jahres 1989 erforderten, dass für die weitere Entwicklung ausführliche Analysen im Auswärtigen Amt zur Haltung der beiden „Supermächte“ Sowjetunion und USA erstellt wurden. Darin ging es auch um die Berlin-Frage. Am 12. Januar 1990 fertigte die deutsche Botschaft in Washington ein aus drei Teilen bestehendes Papier mit dem Betreff: „Deutsche Frage – Interessenlage der USA“.<sup>131</sup> Als Bezug wurde das Schreiben vom 12. Dezember 1989 angegeben. Im Januar ging es um die deutsche Einheit und vor allem um die Stellungnahmen der wichtigsten amerikanischen Politiker dazu. Noch im Dezember wurde nur die Möglichkeit der Einheit behandelt. Dass im Bericht vom 12. Januar die Haltung der USA zur Schaffung der deutschen Einheit erörtert wurde, bewies, wie rasant sich die Lage selbst in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit geändert hatte. Trotz der Bedeutung der USA hob der Autor die begrenzten Möglichkeiten der führenden Weltmacht, den Einigungsprozess zu beeinflussen, her-

<sup>131</sup> Die Berichte verfasste Kaul in drei Fortsetzungen, alle diesbezüglichen Unterlagen in: PAB, AA, ZA 156.313 E.

vor und unterstrich damit die entscheidende Bedeutung der revolutionären Aktionen der DDR-Bevölkerung: „Bei allem wissen die Amerikaner, dass in nächster Zeit die Deutschen selbst, in erster Linie die Menschen in der DDR, die weitere Entwicklung bestimmen werden und dass die Einflussmöglichkeiten der übrigen interessierten Parteien einschließlich der USA vergleichsweise gering sind.“<sup>132</sup> Aus diesen Ausführungen spricht, wer über das Tempo der Einheit entschied. Sie zeigen aber auch das gewachsene Selbstbewusstsein der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik. In einer Art Fazit des Papiers wird jedoch die Bedeutung der Vereinigten Staaten beim Einigungsprozess hervorgehoben und betont, dass die Phase der Politik der „kalkulierten Unklarheit“ überwunden sei: „Unter dem Strich bleibt jedoch: Von allen Verbündeten sind die Amerikaner diejenigen, die unser Streben nach nationaler Einheit und unsere Politik gegenüber Osteuropa und der SU nicht nur verstehen, sondern politisch und auch emotional mitzutragen bereit sind.“

Mit dem gewachsenen Selbstbewusstsein und der absoluten Mehrheit der DDR-Bevölkerung gewiss, waren die Ansprüche an den amerikanischen Bündnispartner wesentlich höher als noch einen Monat zuvor: „Für uns muss es in dieser kritischen Phase weiterhin darum gehen, durch engste Abstimmung mit den U.S.-Partnern deren bisherige vorsichtige Unterstützung für unser nationales Anliegen weiterhin zu stärken, damit die USA den Prozess der Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten möglichst sichtbar unterstützend begleiten und mittragen (also kein bloßes Zuwarten – schon gar nicht eine Bremsfunktion durch ständiges Anmahnen der Stabilitätsanfordernisse).“<sup>133</sup> Aber nicht nur das gewachsene deutsche Selbstbewusstsein veranlasste den Autor zu seinen Forderungen an die amerikanische Politik. Die Einschätzungen basierten auch auf einer genauen Analyse der Situation in den USA.

Obgleich in den Berichten über das Verhalten Amerikas zur deutschen Vereinigung immer wieder hervorgehoben wurde, dass die Vereinigten Staaten diejenigen der westlichen Alliierten seien, die die Bundesregierung am nachdrücklichsten unterstützten, gab es die Besorgnis, dass sich die Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion verständigen könnten und das in einer Weise, die nicht den Interessen der Bundesrepublik entsprach. Andererseits herrschte auch ein gewisses Misstrauen bei den Amerika-

<sup>132</sup> FS Nr. 128 vom 12.1.1990 sowie FS Nr. 129 vom 12.1.1990, in: ebd.

<sup>133</sup> Ebd.

nen, die Deutschen könnten sich mit Moskau an den Vereinigten Staaten vorbei hinsichtlich der Einheit arrangieren.<sup>134</sup> Die deutsche Botschaft in Washington beschäftigte sich im Januar 1990 intensiv damit, wem die Vereinigten Staaten ihre Gunst mehr zuwenden könnten, Deutschland oder dem kommunistischen Russland. Dabei lag Bonn in der amerikanischen Gunst klar vor Moskau: „Die deutsche Frage stellt die USA auch vor die grundsätzliche Wahl, ob sie dem Einheitsstreben des Partners BR Deutschland und der Deutschen insgesamt oder dem Status quo-Interesse der anderen Supermacht und deren innerer Stabilität den Vorrang geben wollen. Zwar betrachten die USA die SU noch als Ordnungsfaktor in Europa und beziehen auch die verbliebene stabilisierende Wirkung des WP [Warschauer Pakt, A.M.] in ihre Politik ein. Unsere U.S.-Partner erkennen jedoch, dass nicht zuletzt aus Gründen erfolgreicher amerikanischer Politik in Europa die Rolle Deutschlands im Wachsen, der Einfluss der SU im Sinken begriffen ist. Für die USA liegt es nahe, nicht auf das falsche Pferd zu setzen.“<sup>135</sup>

Es galt, nachdrücklich die Interessen Amerikas zu berücksichtigen. „Vor dem Hintergrund eines allgemeinen U.S.-Gefühls der Möglichkeit abnehmenden amerikanischen Einflusses in Europa brauchen umgekehrt auch unsere amerikanischen Partner – zumal in der deutschen Frage – neben enger vertrauensvoller Abstimmung auch ständige Versicherungen von uns, dass wir nicht nur die Interessen der USA zur deutschen Frage verstehen, respektieren und mit ihnen übereinstimmen, sondern dass wir auch das Interesse der USA an künftiger Präsenz in Europa teilen und mitzutragen bereit sind.“<sup>136</sup>

Die Frage, ob Amerika durch die Einigung Deutschlands an Einfluss verlieren würde, nahm den größten Raum in dem Papier ein. „Die USA der beginnenden 90er Jahre sind grundsätzlich voller Selbstvertrauen in die eigene Stärke und Zukunft. Sie sind in Bezug auf die deutsche Frage frei von Konkurrenzdenken und Rivalitätsdenken. Die USA sind jedoch nicht völlig frei von Sorgen, der eigene Einfluss in Europa könnte als Folge eines geeinten Deutschlands zumindest unmittelbar (Frage der Fortdauer der Rechtsstellung der Vier Mächte in Berlin, erwartete Änderungen der Funktion der NATO) reduziert werden.“

<sup>134</sup> Vgl. Zelikow/Rice, Sternstunden.

<sup>135</sup> FS Paschke (Verf. Kaul), Nr. 128, 12.1.1990, in: PAB, AA, ZA 156.313 E.

<sup>136</sup> Ebd.



Die Bedeutung der Vier Mächte in Berlin, aber auch in Deutschland nach der Vereinigung beschäftigte die Amerikaner erheblich. Die deutsche Botschaft in Washington hatte keine feste Meinung, ob die USA-Regierung tatsächlich Wert darauf legte, weiterhin als eine der vier Siegermächte in Deutschland präsent zu sein. Der Autor des Papiers vom 12. Januar unterstrich aber, dass schon Präsident Bush in Brüssel und Außenminister Baker in Berlin die Vier-Mächte-Verantwortung betont hatten, ihre Gültigkeit aber mit der Vereinigung beendet sei: „Die ausdrückliche Einbeziehung der Vier-Mächte-Verantwortung in die Vier Punkte [gemeint sind die vier Punkte in der Rede von Präsident Bush in Berlin, A.M.] ist nicht nur Ausdruck des U.S.-Interesses, auf die anderen drei Rücksicht zu nehmen [gemeint sind die anderen Alliierten, A.M.].

Sie ist auch nicht nur Konzession an die übrigen Statusmächte. Die Vier-Mächte-Verantwortung ist für die USA immer noch ein wichtiger rechtlicher Pfeiler der Präsenz in Deutschland (Berlin). Dabei wird konkret auch das eigene U.S.-Bestreben deutlich, die Vier-Mächte-Verantwortung als wichtigstes rechtliches Vehikel zur Mitgestaltung des Lösungsprozesses in Reserve zu behalten.

Die Amerikaner dürften sich aber darüber im Klaren sein, dass davon – wenn überhaupt – nur im Extremfall Gebrauch gemacht werden darf und dass mit dem Abschluss des deutschen Lösungsprozesses im Prinzip davon nichts mehr übrigbleiben kann.“<sup>137</sup>

Die Diktion war unmissverständlich, für die Bundesrepublik ging es um die vollständige Souveränität. England und Frankreich waren hingegen weitaus interessierter als die USA, die Vier-Mächte-Rechte für ihre Interessen weiterhin nutzen zu können. Der englische Botschafter hatte die Kompromissformulierung für die Erklärung der Vierer-Gespräche im Kontrollratsgebäude Anfang Dezember 1989 eingebracht. Darin wurde zwar ausgedrückt, dass die Gespräche auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens von 1971 über Berlin und der Reagan-Initiative geführt wurden, aber auch die Sorge um die Stabilität in Europa durch die Geschehnisse in Ostdeutschland betont.

Darauf legte auch der sowjetische Generalsekretär großen Wert. Stabilität war eines der Zauberworte, mit denen die sowjetische Führung ihre Interessen durchzusetzen suchte. Immer ging es um die Erhaltung der Stabilität, ob es die Lage in der DDR, in Polen oder anderswo betraf, immer

<sup>137</sup> Ebd.

schien die Stabilität in Gefahr. Doch Erhaltung der Stabilität konnte nicht mehr der Maßstab sein, auf dessen Kosten womöglich die Einheit und auch die demokratischen Veränderungen in Ost-Mittel-Europa scheiterten.

### **Gorbatschow und Kohl**

Helmut Kohl wartete im Januar 1990 auf ein Signal des sowjetischen Generalsekretärs, weil er in Moskau den Schlüssel zur Einheit sah. Gorbatschow propagierte noch zu dieser Zeit ein „entschlossenes Zuwiderhandeln“<sup>138</sup>, natürlich im Interesse der „Stabilität“, was die Erhaltung des Status quo bedeutete. Nur die Einbindung in die europäische Annäherung könne zur deutschen Einheit führen – eine Vorstellung, die nichts mehr mit der Realität zu tun hatte. Längst stand gerade die Überwindung des Status quo in den Ländern des ehemaligen Warschauer Pakts zur Debatte, um auf neuer demokratischer Basis die Grundlage für eine Annäherung der europäischen Staaten zu schaffen.

Am gleichen Tag, an dem in der deutschen Botschaft in Washington der obige Bericht über Amerikas Haltung zur deutschen Einheit angefertigt wurde, saß an einem Schreibtisch im Auswärtigen Amt in Bonn der Legationsrat Grunenberg und schrieb an einer Vorlage zur Unterrichtung des Staatssekretärs und des Bundesministers mit dem Titel „Haltung der Sowjetunion zur deutschen Frage“. Die veränderte Haltung der Sowjetunion dazu seit dem Besuch des Generalsekretärs in Bonn im Juni 1989 fasste er wie folgt zusammen: „Die jüngste Entwicklung der sowjetischen Haltung zeigt, dass

- die ‚deutsche Frage‘ die zentrale Frage sowjetischer Europapolitik bleibt;
- ihre Lösung jetzt nicht mehr auf unbestimmte ‚historische‘ Zukunft verschoben werden darf, sondern als Ergebnis der Umwälzung seit Sommer 1989 Teil eines bereits begonnenen politischen Prozesses in Europa ist, die SU zur Wahrung ihrer Stabilitätsinteressen mitgestalten wird;

<sup>138</sup> Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 114.

- die KSZE so ausgebaut werden muss, dass sie als Rahmen für die Mitgestaltung sonst kaum kontrollierbarer Prozesse in ganz Mittel- und Osteuropa für die SU genutzt werden.<sup>139</sup>

Um diese Entwicklung mitzugestalten, wolle die SU vor allem die KSZE nutzen, der wesentlich mehr Länder als nur die Siegermächte angehörten. Trotz der Erfahrungen aus dem Vierer-Gespräch Anfang Dezember 1989 hoffte sie auch auf dieses Gremium, allerdings nicht in seiner Verantwortung auf Berlin begrenzt, sondern für ganz Deutschland: „Das Tempo der Veränderungen in Europa seit Sommer 1989 erfordert deshalb aus sowjetischer Sicht zügigen Ausbau der KSZE, deshalb auch der Vorschlag für ein Gipfeltreffen schon 1990. Daneben wird die SU auch die Vier-Mächte-Rechte und die Rolle der Bündnisse als politische Instrumente einsetzen.“<sup>140</sup>

Immer noch bezog Moskau auch die DDR-Kommunisten in ihre Strategie ein. Mitte Januar 1990 reiste der amtierende DDR-Außenminister Oskar Fischer nach Moskau, um die DDR-Außenpolitik mit der Moskauer Führung abzustimmen. Übereinstimmend mit den sowjetischen Bemühungen um die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten betonte Fischer in einer abschließenden Pressekonferenz die Intensivierung der Beziehungen Ost- und West-Berlins. Er betonte die Aufrechterhaltung der Zweistaatlichkeit in diesem Zusammenhang, was von den bundesdeutschen Diplomaten in Moskau verständlicherweise genau registriert wurde. Zu Fischers Presseerklärung hieß es: „Es fehlt nicht ein Absatz über das Interesse der SU und der DDR, ihre ‚Verbindungen‘ zu ‚West-Berlin‘ zu verbreitern und es unter ‚striker Beachtung‘ des ‚Vierseitigen Abkommens vom 03.09.71‘ aktiver in den gesamteuropäischen Prozess einzubeziehen.“<sup>141</sup> In Bonn herrschte natürlich Klarheit darüber, dass die DDR keinerlei eigenständige Außenpolitik betreiben konnte. Ebenso wurden die Bemühungen der sowjetischen Führung registriert, sich den veränderten politischen Gegebenheiten in der DDR anzupassen. Dazu gehörte auch die Kontaktaufnahme zur DDR-Opposition. Ende Januar 1990 wurden sogar

<sup>139</sup> Referat 213, Vorlage (Verf. LR I Gruneberg, Unterschr. VLR I Neubert) an Sudhoff und Genscher, 12.1.1990, in: PAB, AA, ZA 156.313 E.

<sup>140</sup> Ebd.

<sup>141</sup> FS Heyken (Verf. von Arnim) an Referat 213, 22.1.1990, in: PAB, AA, ZA 140.713 E.

Vertreter der DDR-SPD in die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin eingeladen.<sup>142</sup>

Die Strategie der sowjetischen Führung beschrieb Grunenberg so: „Die SU dürfte aber auch die Wahlen in der DDR im Auge haben: einerseits will sie die SED-Politik der Zweistaatlichkeit nicht desavouieren, andererseits will sie die Zukunft ihrer Interessen nicht an das Schicksal der SED und ihrer Thesen binden. Das Zusammenspiel SED/Moskau zum Thema ‚Gefahr von rechts‘ zeigt, dass die SU keinen politischen Einfluss verlieren will und jede Chance nutzen wird, die ihre bedrohten Einwirkungsmöglichkeiten wiederherstellt.“<sup>143</sup>

Auch darüber, wie die Sowjetunion vorgehen könnte, um ihre Ziele zu verwirklichen, machte sich Grunenberg Gedanken. Die Rolle Berlins hatte sich dabei nach den Vierer-Gesprächen Anfang Dezember 1989 geändert: „Die deutschlandpolitische Diskussion mit der SU hat nach den Ereignissen in der DDR eine neue Qualität, aber auch einen neuen Schwierigkeitsgrad erreicht: Auch für Moskau ist der Anfang der Lösung der deutschen Frage jetzt ‚auf der Tagesordnung‘, der Verlauf des Prozesses aber zeitlich und inhaltlich offen. Es geht um die Kernfrage, nicht um traditionelle Einzelfragen (Berlin-Einbeziehung u.ä.m.). Wir müssen damit rechnen, dass die SU

- sich – solange es eben geht – für die Zweistaatlichkeit einsetzen wird;
- bemüht sein wird, eine Entwicklung über Annäherung auf Einheit hin in Substanz und Tempo ihren Interessen gemäß zu beeinflussen, d.h. zunächst vor allem zu bremsen;
- zu diesem Zweck sowohl ihre Rechte aus den Vier-Mächte-Vereinbarungen (auch diese sind in der ‚Kernfrage‘ aktueller als in den ‚Randfragen‘) nutzen als auch
- Gemeinsamkeiten mit den anderen drei Statusmächten (und anderen interessierten Staaten) wo immer möglich betonen wird.

... Fazit: Wir können nicht mit einer grundsätzlich neuen Deutschland- und Berlin-Politik rechnen, zumal das ‚bewahrende‘ sowjetische Interesse weit über die ‚deutsche Frage‘ hinausreicht.“

Mit vielen Fakten untermauerte Grunenberg seine Argumentation. Er äußerte sich nicht dazu, ob die sowjetische Strategie Erfolg versprach. Das

<sup>142</sup> Mündliche Auskunft von Martin Gutzeit (Mitbegründer der SDP in der DDR).

<sup>143</sup> Referat 213, Vorlage (Verf. LR I Grunenberg, Unterschr. VLR I Neubert) an Sudhoff und Genscher, 12.1.1990, in: PAB, AA, ZA 156.313 E.

gehörte wohl auch nicht zu seinen Aufgaben. Am Schluss prophezeite er: „Insgesamt wird die SU mit einer beweglichen Politik versuchen, ihre Interessen zu schützen. Das heißt auch, dass sie Vorteile der alten Ordnung zu retten versuchen wird. Die Bundesrepublik ganz besonders, aber hinsichtlich Mittel- und Osteuropas der ganze Westen, müssen mit einer energischen und einfallreichen sowjetischen Politik rechnen und sich darauf vorbereiten.“<sup>144</sup> Er überschätzte die Möglichkeiten der Sowjetunion.

Wie viele Analysen aus dieser Zeit, dürfte auch die Vorlage von Legationsrat Gruneberg bereits bei ihrer Niederschrift oder wenig später in manchen Punkten von der Wirklichkeit überholt worden sein. Nicht die „bewegliche“ und „einfallreiche sowjetische Politik“, sondern der Sturm auf die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Ost-Berlin schuf eine neue Situation. Die vielleicht letzte Bastion der russischen und DDR-Kommunisten in Deutschland wurde geschliffen. Die Herrschenden in Moskau und Ost-Berlin schäumten. Ihre Hasstiraden in den einschlägigen Presseorganen überschlugen sich.

### **„Knüppel aus dem Schrank“. Der erneute Versuch der Sowjetunion Anfang 1990, die Westmächte gegen die deutsche Einigung zu mobilisieren**

Bereits in der Diskussion mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij wegen des Vierer-Gesprächs im Kontrollratsgebäude Anfang Dezember 1989 hatte Kastrup sichtlich erregt darauf hingewiesen, die Sowjetunion solle den „Knüppel der Vier-Mächte-Rechte im Schrank lassen“ und eine freie Entscheidung der Deutschen in der Frage der Vereinigung nicht blockieren.

Für die Sowjetunion gab es um die Jahreswende 1989/90 allerdings keine andere Möglichkeit mehr als „entschlossenes Zuwiderhandeln“<sup>145</sup> gegen die deutsche Vereinigung.

Erneut versuchte sie, mithilfe der westlichen Alliierten den Weg zur deutschen Einheit zu behindern, bevor man notgedrungen wieder auf Kohl zuzuging. Denn vier Jahre Perestroika-Politik brachten die SU in eine akute

<sup>144</sup> Ebd.

<sup>145</sup> Rödder, Deutschland einig Vaterland, S. 154.

Wirtschaftskrise, die nur durch eine umfassende Hilfe der Bundesrepublik begrenzt werden konnte.

Doch zunächst wurde noch einmal versucht, die Kontakte zu den westlichen Alliierten zu intensivieren. Trotz des formalen Scheiterns der Kontrollrats-Gespräche im Dezember 1989 hoffte Moskau auf Erfolg des neuen Vorstoßes. Die Meldungen über die immer angespanntere Situation in der DDR bestärkten die sowjetische Führung. Denn auch die westlichen Alliierten waren beunruhigt.

Seit Mitte Januar 1990 benutzte die bundesdeutsche Führung demgegenüber die Situation in der DDR als Grund, um ihre Verbündeten für eine rasche Vereinigung zu gewinnen. Argumentierten die Sowjets mit dem wachsenden Rechtsextremismus und möglichen Übergriffen gegen die sowjetischen Truppen, so verwies die Bundesregierung auf die anhaltende Flüchtlingswelle, die die ostdeutsche Regierung nicht in der Lage war zu stoppen und die sich auch sonst völlig unfähig erwies, eine Konsolidierung herbeizuführen. Der Ausweg könne nur eine rasche Vereinigung sein.

Sicherlich war in Moskau zu dieser Zeit auch schon klar, dass sich die Vereinigung nicht mehr verhindern ließ. Jetzt ging es darum, diesen Prozess möglichst den eigenen Interessen anzupassen und dafür die Unterstützung der Westmächte zu gewinnen. Faktisch durch alle Verhandlungen der sowjetischen Führung mit den Westmächten zog sich wie „ein roter Faden“ das Verlangen nach wirtschaftlicher Unterstützung. Als George Bush den deutschen Kanzler darauf hinwies, sprach er sicherlich ironisch von dessen „großen Taschen“.<sup>146</sup> Mit der wirtschaftlichen Unterstützung sollte die Macht der Kommunisten gesichert und wohl vor allem die demokratische Opposition in Russland und in den „Sowjetrepubliken“ zurückgedrängt werden.

Während der Begegnung in Dresden im Dezember 1989 hatte Kohl zwar mit Modrow eine Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten vereinbart. Mitte Januar war diese Idee jedoch schon obsolet für die Bundesregierung. Für Moskau aber bildete diese Vereinbarung den Vorwand, bei den Westmächten aktiv zu werden. Nicht mehr der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin wandte sich an die westlichen Gesandten in West-Berlin und bat um eine Zusammenkunft. Diesmal kam die Offerte direkt

<sup>146</sup> Zelikow/Rice, Sternstunden.

aus dem Kreml und ging über die sowjetischen Botschafter vor Ort an die drei westlichen Außenminister.

Aus Washington berichtete der deutsche Botschafter am 10. Januar 1990: „Ass. Secr. Seitz unterrichtete mich soeben (19.00 OZ) über eine Vorgesprache des sowjetischen Botschafters Dubinin bei Secr. Baker heute am späten Nachmittag. Der Termin sei bereits vor geraumer Zeit vereinbart worden. Dabei habe Dubinin plötzlich ein ‚Non-Paper‘ von AM Schewardnadse aus der Tasche gezogen und übergeben, in dem dieser eine baldige Vier-Mächte-Begegnung auf hoher Ebene, vorzugsweise AM-Ebene vorschlägt, um die deutsche Frage zu besprechen. Eine solche Begegnung sei geboten, weil der Abschluss eines ‚Vertrages über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft‘ zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland bevorstehe ( ‚will soon be concluded‘ ). Secr. Baker habe das Papier entgegengenommen und lediglich die Frage gestellt, ob die SU in London und Paris einen ähnlichen Vorstoß mache. Dubinin habe das bejaht.“<sup>147</sup> Ein solcher Vertrag wurde nie abgeschlossen. Die Zeit war darüber hinweg gegangen. Die DDR-Bevölkerung diktierte das Tempo.

Noch am Tag des Berichtes aus Washington informierte der amerikanische Außenminister seinen deutschen Kollegen über die sowjetische Aktion. Genscher reagierte sofort. Er dankte Baker für die Unterrichtung. Seine Kollegen in London und Paris informierte er darüber. Der Wortlaut der Schreiben war mit dem Text an Baker identisch: „Sie teilen sicher meine Einschätzung, dass es sich hier um einen Vorschlag von grundsätzlicher Bedeutung und großer Tragweite handelt. Für uns Deutsche geht es um die zentrale Frage des Selbstbestimmungsrechts. Über die deutsche Frage hinaus geht es um das Ost-West-Verhältnis insgesamt. In dieser Lage halte ich es für erforderlich, dass eine Antwort auf die sowjetische Initiative nur nach engster Konsultation und Abstimmung mit der Bundesregierung gegeben wird.“<sup>148</sup>

Im Auswärtigen Amt wurde am gleichen Tage ein internes Papier angefertigt, warum und wie die Einberufung einer Vier-Mächte-Konferenz durch die Sowjetunion unbedingt verhindert werden sollte. An erster Stelle stand selbstverständlich, dass durch eine solche Konferenz weiterhin der Ein-

<sup>147</sup> FS Paschke, 10.1.1990, in: PAB, AA, ZA 140.720 E.

<sup>148</sup> Den deutschen Botschaften wurden die Briefe mitgeteilt, vgl. Drahterlass vom 11.1.1990, in: PAB, AA, ZA 140.720 E.

druck erweckt würde, „als würden diese [Vier Mächte, A.M.] über das Selbstbestimmungsrecht verfügen und zu befinden haben“<sup>149</sup>. Wichtig erschien, den Westmächten deutlich zu machen, dass es der Sowjetunion um mehr ging als um die Vier-Mächte-Verantwortung: „Dieser Eindruck liegt umso weniger im Interesse der drei Westmächte, als der sowjetische Versuch, Instrumente der Einflussnahme zu finden/aktivieren, sich über die Deutschlandpolitik hinaus auf alle Veränderungen in Mittel- und Osteuropa erstreckt. Es kann nicht im westlichen Interesse liegen, die Vier-Mächte-Rechte gerade jetzt zur Bestätigung von ‚Jalta‘ missbrauchen zu lassen. Dieser Gesichtspunkt ist umso aktueller, als im EP [Europaparlament, A.M.] am 10.01.90 Sorge von F und GB sehr deutlich wurde, dass SU in allen Reformstaaten im WP auf Stärkung der KPen hinarbeitet. Der jüngste Versuch der SED, ihre Machtposition zu verbessern, sei nur ein Beispiel.“<sup>150</sup>

Im Auswärtigen Amt wurde der Anlass für die sowjetische Initiative – Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft – analysiert. Nach Ansicht des Bearbeiters gab es keinen Grund, die Vier Mächte damit zu befassen. Die gegenwärtige Lage sei nicht zu vergleichen mit der Einberufung der letzten Vier-Mächte-Konferenzen, in denen es um auf staatliche Einheit zielende Regelungen gegangen sei. Gleichwohl sei zu überlegen, was als Reaktion auf den sowjetischen Vorschlag sinnvoll sein könnte: „Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa erfordern einen verstärkten Dialog. Dieser Bedarf kann für bestimmte Themenbereiche bereits durch laufende Verhandlungen gedeckt werden.“<sup>151</sup>

Es war dem deutschen Außenminister wichtig, sofort die Initiative zu ergreifen. Aufgrund der Nachrichten über die Stimmung in der DDR konnte er ziemlich sicher sein, dass sich die westlichen Alliierten kaum seinen Argumenten verschließen würden. „Deutschland einig Vaterland“, war auf den Straßen und Plätzen zwischen Kap Arkona und Fichtelberg zu hören. Vielleicht kam der sowjetische Vorschlag dem bundesdeutschen Außenminister bis zu einem gewissen Grade sogar entgegen, um den westlichen Alliierten nachdrücklich zu demonstrieren, dass ohne die Deutschen nicht mehr über Deutschland entschieden werden könne. Damit konnte westlichen Erwägungen in dieser Richtung, über die immer

<sup>149</sup> Aufz. Neubert, 11.1.1990, in: PAB, AA, ZA 140.720 E.

<sup>150</sup> Ebd.

<sup>151</sup> Ebd.



wieder die deutschen Botschaften berichteten, wirksam entgegengetreten werden. Selbst in den USA, deren Regierung von den westlichen Alliierten die deutsche Einigung am nachdrücklichsten unterstützte, wurde heftig diskutiert, meldete die deutsche Vertretung aus Washington: „Im Zuge der sich weiter intensivierenden Debatte über sich abzeichnende neue Ordnung in Europa und deutschen Einigungsprozess wird es in nächster Zeit wahrscheinlich zu einer großen Zahl weiterer öffentlicher Stellungnahmen und Vorschläge für die deutsche Frage kommen. Die Komplexität der Entwicklung in Europa und Deutschland wird dabei vielen amerikanischen Sprechern Herausforderungen stellen, denen sie nicht mehr gewachsen sein mögen.“<sup>152</sup> Anlass war eine Anhörung im US-Senat zur Deutschlandpolitik. George F. Kannan, ein sehr einflussreicher, schon pensionierter Politiker, der „nach einigen alarmistischen Äußerungen über die Lage in der DDR (,sehr gefährliche Lage, die irgendwie gestoppt werden muss‘) den erstaunlichen Vorschlag (machte), man solle, die Vier Mächte zu einer Art ‚Not-Regierung‘ über Berlin zusammenbringen“.<sup>153</sup> Obwohl die Ausführungen Kannans als kaum von Bedeutung bezeichnet wurden, dokumentierten sie die Atmosphäre in den politischen Kreisen Amerikas.

In Großbritannien und Frankreich wurden solche oder ähnliche Vorstellungen vielleicht noch intensiver im Januar 1990 debattiert. Das Auswärtige Amt war also gut beraten, den sowjetischen Vorschlag nochmals grundsätzlich mit den westlichen Alliierten zu erörtern. Deshalb wünschte Genscher wohl auch, die Gespräche nicht in der Vierer-Gruppe darüber zu führen. Er schlug vor, „dass die politischen Direktoren über das weitere Vorgehen beraten“<sup>154</sup>.

Wie der deutsche Botschafter in London erfuhr, hatte sein sowjetischer Kollege ebenfalls am 10. Januar Außenminister Hurd aufgesucht und das Non-Paper übergeben: „AM habe Botschaft entgegengenommen und dabei unterstrichen, dass der Westen die Lage im Osten nicht einseitig zum Nachteil der SU ausnutzen wolle.“<sup>155</sup> Aus diesem Grund habe die britische Regierung auch dem „ersten sowjetischen Vorschlag entsprochen, auf der Botschafter-Ebene über Berlin zu sprechen. Der neue sowjetische Vorschlag bedeute jedoch eine Ausweitung dieser Gesprächsbasis. AM habe

<sup>152</sup> FS Rufus (Verf. Kaul), 19.1.1990, in: PAB, ZA 140.729 E.

<sup>153</sup> Ebd.

<sup>154</sup> Vgl. Drahterlass Kastrup, 15.1.1990, in: PAB, AA, ZA 178.927 E.

<sup>155</sup> FS Richthofen, 11.1.1990, in: PAB, ZA 140.720 E.

Notwendigkeit unterstrichen, sich im Rahmen der anderen Beziehungen GB's ( mit den beiden anderen Mächten und uns – Freundschaftsverhältnis – ) abzustimmen.“ Der Mitarbeiter im FCO bekräftigte den „britischen Wunsch sehr enger Abstimmung mit uns. Dies werde durch die Weisung an Botschafter Mallaby, BM [gemeint ist Genscher, A.M.] unverzüglich zu unterrichten, unterstrichen.“ Dem deutschen Vertreter wurden auch gleich einige Termine genannt, an denen eine „enge Abstimmung“ stattfinden könnte.<sup>156</sup>

Mallaby suchte den deutschen Außenminister einen Tag nach Genschers Briefen nach London, Paris und Washington in Bonn auf. Er bestätigte die Auskünfte, die der deutsche Botschafter im FCO erhalten hatte.<sup>157</sup> Er wies Genscher darauf hin, dass die Sowjetunion ein Vierer-Treffen nicht auf der Außenministerebene verlange, wie das amerikanische Außenministerium behauptete. Er habe die beiden Non-Papers verglichen. Außenminister Hurd sei „sehr“ nüchtern gewesen bei der Entgegennahme: „Die britische Regierung sei sich bewusst, dass der sowjetischen Seite daran gelegen sei, mit den Drei Mächten über die deutsche Frage zu reden. Dies sei ein neuer Vorschlag. AM Hurd habe sich deshalb im Wesentlichen darauf beschränkt, eine sorgfältige Prüfung zuzusagen, dabei jedoch bereits auf das bestehende Geflecht der Beziehungen in Europa und die Partnerschaft mit der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen.“<sup>158</sup> Diese Auskünfte scheinen den deutschen Außenminister eher noch mehr alarmiert zu haben. Einerseits erklärte Mallaby, dass die sowjetische Seite über die deutsche Frage reden wolle, dies aber nicht, wie bereits in Brüssel abgesprochen, strikt abgelehnt worden sei, sondern eine „sorgfältige Prüfung“ zugesagt wurde. Genscher sah sich daraufhin genötigt, noch einmal ausführlich die Besprechung in Brüssel zu referieren: „Wir hätten nichts dagegen einzuwenden, wenn sich solche Treffen auf Berlin betreffende Fragen, wie etwa die Reagan-Initiative und hierbei insbesondere der Luftverkehr“ beschränkten. Dann folgte eine unverhohlene Warnung: „AM Hurd habe in seiner Reaktion in dankenswerter Weise auf das bestehende Beziehungsgeflecht hingewiesen. Seit Entstehen der Vier-Mächte-Rechte habe sich vieles geändert. Bei der Begegnung in Brüssel hatten seine drei westlichen Kollegen verstanden, dass es für uns wichtig sei, Vier-Mächte-Treffen auf

<sup>156</sup> Ebd.

<sup>157</sup> Vgl. Drahterlass Kastrup, 15.1.1990, in: PAB, ZA 178.927 E.

<sup>158</sup> Vgl. Drahterlass Kastrup, 15.1.1990, in: PAB, AA, ZA 140.720 E.

Berlin zu beschränken. Er, BM, wolle mit großem Nachdruck darauf hinweisen, dass bei uns im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der DDR keine nationalistische Stimmung aufgekommen sei. Wenn jedoch der Eindruck entstehe, dass über unsere Köpfe hinweg über das deutsche Schicksal verhandelt werde, könne es rasch zu einem Stimmungsumschwung kommen. Er wisse nicht, ob die Sowjets sich über derartige Konsequenzen im Klaren seien. Er bitte die Drei Mächte, die Sorgen des deutschen Partners zu berücksichtigen. BM wies auf seinen Brief an seine drei Kollegen hin und schlug vor, dass die politischen Direktoren über das weitere Vorgehen beraten.<sup>159</sup> Man einigte sich auf ein Treffen am 23. Januar 1990.<sup>160</sup>

Über das Gespräch von Genscher und Mallaby unterrichtete der politische Direktor im Auswärtigen Amt, Dieter Kastrup, per Drahterlass die Botschaften in Washington, London, Paris und Moskau.<sup>161</sup>

Während eines „Routine-Meinungsaustausches“ im für Deutschland zuständigen Referat im State Department nutzten die deutschen Vertreter am 19. Januar die Gelegenheit, um sich zu erkundigen, „ob und wie sich amerikanische Haltung zu der sowjetischen Anregung in der Zwischenzeit fortentwickelt habe“. Der „Berlin-Referent“ verwies zunächst auf die laufenden Abstimmungen mit Bonn. Dann rekapitulierte er nochmals die bisherigen Versuche der SU. Er betonte, dass „man bekanntlich seit längerem immer wieder versucht, die Reagan-Initiative zu Berlin voranzutreiben“. In diesem Sinne sei die Aufforderung zum Vierer-Gespräch in Berlin begrüßt worden, da nur über Berlin-Probleme gesprochen werden sollte. „Nunmehr, nach der Dubinin-Vorsprache bei AM Baker, zeichne sich ab, dass sowjetische Seite anscheinend die Agenda der Vierer-Gespräche in Richtung einer allgemeinen Diskussion des Deutschlandthemas ausweiten wolle.“<sup>162</sup>

Offensichtlich schien der Vertreter im State Department über die Haltung des deutschen Auswärtigen Amtes genau informiert. Das macht der Bericht der deutschen Botschaft aus Washington deutlich: „Wie aus U.S.-Reaktion auf sowjetische Anregung deutlich geworden sei, hätten USA daraufhin enge westliche Abstimmung für nötig gehalten. Dieser Prozess laufe noch. USA strebten in Übereinstimmung mit der von den Vier am

<sup>159</sup> Ebd.

<sup>160</sup> Zelikow/Rice, Sternstunden, S. 225.

<sup>161</sup> Vgl. Drahterlass Kastrup, 15.1.1990, in: PAB, AA, ZA 140.720 E.

<sup>162</sup> FS Rufus (Verf. Kaul), 19.1.1990, in: ebd.

Vorabend der NATO-Tagung in Brüssel besprochenen Linie einen ‚vereinbarten Ansatz‘ (an agreed approach) an. U.S.-Position sei, die Gespräche der Vier gegenwärtig auf Berlin zu beschränken. ... Bei einem eventuellen solchen Gespräch würden die USA versuchen (we will be very intent), die Berlin-Initiative voranzubringen.“

Diese Ausführungen entsprachen dem Standpunkt des Auswärtigen Amtes in Bonn. In der Besprechung mit den beiden anderen westlichen Alliierten konnte die deutsche Seite auf die amerikanische Unterstützung rechnen. „Mitarbeiter verwies erneut auf die mit einem eventuellen Eindruck in D verbundenen Risiken, dass über die Deutschen hinweg über das deutsche Schicksal verhandelt werde. U.S.-Gesprächspartner zeigten sich problembewusst.“ In Washington bestand großes Interesse, Großbritannien und Frankreich auf eine gemeinsame Position festzulegen. Zum Abschluss des Gesprächs drückte der stellvertretende Referatsleiter für Deutschland „auf persönlicher Basis“ die „sehr vorsichtige Erwartung aus, dass es bei bevorstehendem Treffen der politischen Direktoren in Washington zu einer abgestimmten Haltung zu der sowjetischen Initiative kommen werde“<sup>163</sup>. Mit diesen Informationen reiste Kastrup nach Washington. Er vertrat konsequent den deutschen Standpunkt: ohne Deutschland keine Gespräche über Deutschland. Seine westlichen Kollegen stimmten ihm zwar zu, betonten aber die Bedeutung der alliierten Vorbehaltsrechte. „Offensichtliche Hauptbedenken der Westmächte war ein Scheitern Gorbatschows, falls nicht genügend Rücksicht auf die sowjetischen Ängste und Befürchtungen genommen werde“, schreibt Werner Weidenfeld.<sup>164</sup> Kastrup verwies in diesem Zusammenhang auf die KSZE, dort könne die Sowjetunion ihre Sorgen artikulieren.<sup>165</sup> Schließlich wurde der amerikanische Vorschlag angenommen, der SU Gespräche auf „untergeordneter Ebene über kulturelle und kommerzielle Kontakte in Berlin“ anzubieten.<sup>166</sup> Damit waren die Bemühungen der SU gescheitert.

Noch Ende Januar 1990 machte Moskau einen erneuten Versuch, indem gegen die Direktwahl der Berliner Abgeordneten zum Bundestag protestiert wurde. Die Hilflosigkeit der sowjetischen Führung wurde in der Begründung allzu deutlich. Sie verwies auf „die jüngst intensivierten Aktivitäten der rechtsextremistischen Kräfte in der BRD, der DDR und einigen

<sup>163</sup> Ebd.

<sup>164</sup> Weidenfeld, Außenpolitik, S. 216.

<sup>165</sup> Vgl. Aufz. Neubert, 11.1.1990, in: PAB, AA, ZA 140.720 E.

<sup>166</sup> Zelikow/Rice, Sternstunden, S. 224.

anderen westeuropäischen Ländern“<sup>167</sup>. Eine Behauptung, die nie hinreichend bewiesen werden konnte, aber immer ein Mittel bedeutete, die Westmächte aufschrecken zu lassen. In Washington wurde dieser erneute Versuch einfach ignoriert.

### **Moskaus gezwungenes Einlenken**

Ende Januar scheiterte der letzte Versuch der sowjetischen Führung, mithilfe der Westmächte doch noch an Deutschland vorbei über Deutschland zu verhandeln. Gorbatschow hatte sich vergeblich bemüht, den Bundeskanzler zu ignorieren. Kohl und vor allem sein Berater Teltschik suchten, dem sowjetischen Generalsekretär nach der 10-Punkte-Erklärung immer wieder entgegenzukommen und mit ihm in Kontakt zu treten – bis Februar 1990 vergeblich. Kohl war sogar bereit, die sowjetische Initiative zum Vierer-Gespräch im Kontrollratsgebäude im Interesse guter Beziehungen zu Gorbatschow hinzunehmen, im Gegensatz zum Auswärtigen Amt, das die sowjetischen Absichten von Anfang an erkannte und entsprechende Maßnahmen einleitete. Die konsequente Haltung des Auswärtigen Amtes hatte die erneuten Bemühungen der Sowjetkommunisten, die Vier-Mächte-Verantwortung zu benutzen, um die Einheit zu bremsen, endgültig scheitern lassen.

Hinzu kam die wachsende wirtschaftliche Krise in Sowjetrußland. Die Moskauer Führung hatte sie bis Ende 1989 bestritten oder ganz zu verheimlichen versucht. Um die Jahreswende 1989/90 spitzte sich die Lage jedoch derart zu, dass der Kreml gezwungen war, um Unterstützung in Bonn nachzusuchen. In den anderen westlichen Ländern war man längst überzeugt, dass Sowjetrußland wirtschaftlich viel zu sehr in Bedrängnis war, um neue Kredite zurückzahlen zu können. Nur die Bundesrepublik bot noch Hilfe an. Moskau scheiterte zudem daran, das kommunistische Regime in Ostdeutschland zu konsolidieren. Eine „militärische Lösung“ stand zwar im Raum, aber die Sowjetunion dürfte schon logistisch kaum mehr in der Lage dazu gewesen sein. Zudem bestand der Warschauer Vertrag nur noch auf dem Papier. Deshalb konnte Gorbatschow immer wieder betonen, dass eine solche Lösung ausgeschlossen blieb.

<sup>167</sup> Ebd., S. 225.

Die Situation in der DDR und das Scheitern der sowjetischen Bemühungen, mithilfe der Westmächte die deutsche Frage zu beeinflussen, dürften der Hauptgrund gewesen sein, weshalb sich Gorbatschow angesichts der eigenen katastrophalen wirtschaftlichen Lage zu einem Treffen mit der bundesdeutschen Führung Anfang Februar bereit erklärte. Der sowjetischen Regierung blieb nichts anderes übrig, um die deutsche Entwicklung wenigstens noch einigermaßen beeinflussen zu können. Es ging Moskau zweifellos auch darum, sich nicht um die eigenen Vorteile zu bringen, die aus einer Vereinigung gezogen werden konnten. Deutschland würde schon bezahlen. Und Moskau würde sich die Zustimmung zur Vereinigung gut bezahlen lassen.

Auch die Westmächte betrachteten den Moskau-Besuch der bundesdeutschen Führung wohlwollend. Sie hatten immer wieder in internen Gesprächen ein Entgegenkommen Moskau gegenüber befürwortet und bangten um eine Isolierung der Sowjetunion. Gorbatschow sollte auf keinen Fall stürzen. Was kam danach? Inoffiziell wies die Perestroika-Crew immer wieder darauf hin, dass nach Gorbatschows Sturz das Militär die Macht übernehmen würde – eine völlig falsche Prognose, auf den Westen zugeschnitten, wie sich herausstellen sollte. Doch sie zeigte Anfang 1990 Wirkung. Zweifellos ließ sich mit Gorbatschow an der Spitze und seiner Abhängigkeit von westlicher wirtschaftlicher Unterstützung die deutsche Einheit außenpolitisch berechenbarer durchsetzen als mit einer neuen sowjetischen Regierung. Dass Gorbatschows Herrschaft längst auf Kosten einer demokratischen Entwicklung in Russland gestützt wurde, spielte für den Westen eine untergeordnete Rolle – auf alle Fälle für Helmut Kohl, der jetzt nur die deutsche Einheit im Blick hatte.

Der Kanzler reagierte ziemlich gelassen, als Gorbatschow ihm am 10. Februar 1990 im Kreml die Zustimmung zur deutschen Einheit bekannt gab. Kohls Mitarbeiter Teltschik, der im Gegensatz zu seinem Chef euphorisiert über die Begegnung mit Gorbatschow war, musste ihn animieren, die Nachricht der Presse emotionsgeladen zu verkünden.<sup>168</sup> Die versammelten Journalisten reagierten nicht überrascht. Sie waren wohl besser mit der Situation der Sowjetunion vertraut als Teltschik. Der Besuch war eine Niederlage für Gorbatschow. Der Ärger darüber brach aus ihm heraus, als er mit Hans Modrow telefonierte. Er musste ihm seine Niederlage eingestehen. Freilich geschah dies nur indirekt, indem er Mod-

<sup>168</sup> Teltschik, 329 Tage, S. 142.

row mitteilte: „Kohl sei hochmütig; er habe versucht, sich als Retter der Deutschen und Vater der deutschen Einheit zu präsentieren.“<sup>169</sup>

In jedem Fall wird die Überraschung über Gorbatschows Erklärung im Auswärtigen Amt in Bonn nicht so groß gewesen sein. Die Mitarbeiter leisteten im Vorfeld die Hauptarbeit, dass die diplomatischen Bemühungen des Kremls scheiterten, mit den drei alliierten Mächten eine Übereinkunft gegen Deutschland zu finden. Und andere Möglichkeiten blieben den sowjetischen Kommunisten nicht mehr, den Weg der deutschen Einheit zu verhindern. Im Auswärtigen Amt beschäftigte man sich sogar schon mit Szenarien, was geschehe, wenn Gorbatschow nicht an der Macht bliebe. Zumindest in der deutschen Botschaft in Washington wurde dies bereits Mitte Januar ziemlich gelassen gesehen.

Das zeitgleich mit der Zusammenkunft Gorbatschows und Kohls am 10. Februar stattfindende Gespräch Genschers mit Schewardnadse verlief vonseiten des sowjetischen Außenministers eher verhalten. Zunächst unterrichtete Schewardnadse Genscher über den Besuch des amerikanischen Außenministers in Moskau. Genscher dankte dem sowjetischen Außenminister und begrüßte besonders, „dass eine Verständigung über die Abhaltung eines KSZE-Gipfels hergestellt worden sei“<sup>170</sup>. Dann referierte der Bundesaußenminister ausführlich die angespannte Lage in der DDR. Unter anderem berichtete Genscher, „dass Ost-Berlin den Senat von Berlin gebeten habe, kommunale Versorgungsleistungen zu übernehmen“. Es handelte sich dabei um die Müllabfuhr. Der Gesprächsverlauf vermittelt den Eindruck, dass Genscher und auch Schewardnadse von der Schaffung der deutschen Einheit ausgingen, ohne dass einer von beiden das aussprach. Genscher bemerkte: „Nach den Wahlen in der DDR am 18.3. komme es darauf an, schnell zu sagen, was wir vereinigen wollten.“ Er spielte damit darauf an, dass die Oder-Neiße-Grenze auch völkerrechtlich anerkannt würde. Vereinigt werde das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und Berlins. „Nicht mehr und nicht weniger“, wie er immer wieder betonte. Schewardnadse antwortete nicht direkt, aber stellte im Laufe des Gesprächs fest: „Er erinnere sich an eine Feststellung, die er vor vier Jahren gegenüber einem ‚Germanisten‘, nämlich Kwizinskij, gemacht habe, dass die deut-

<sup>169</sup> Weidenfeld, Außenpolitik, S. 248.

<sup>170</sup> Drahterlass Kastrup, Ganter vom 11.2.1990, in: PAB, AA, ZA 178.928 E. Dort auch die folgenden Zitate.

sche Frage bald in den Mittelpunkt rücken werde. Sein Gesprächspartner habe dies damals bestritten. Sch. schilderte, dass die SU nach dem Kriege Verständnis für einen einheitlichen deutschen Staat gehabt habe, selbstverständlich unter bestimmten Bedingungen.“ Der sowjetische Außenminister kritisierte, nach seinem Eindruck würden in der Bundesrepublik Emotionen geschürt: „So heize beispielsweise die Frage der Direktwahl der Berliner Abgeordneten die Situation an. Wenn in der Bundesrepublik Deutschland kein Wahlkampf stattfände, könne der Prozess in einem anderen Flussbett verlaufen und sich eine etappenweise Annäherung der beiden deutschen Staaten vollziehen.“ Er verwies auf die Vereinbarungen einer Vertragsgemeinschaft zwischen beiden deutschen Staaten bei Kohls Besuch in Dresden.

Der Entschluss zu einer Vertragsgemeinschaft war der Anlass, weshalb die Sowjetunion eine Zusammenkunft der Vier im Januar zu erreichen versucht hatte. Jetzt, nur wenige Wochen später, klang das ganz anders: „Die SU unterstütze die Vorstellungen Modrows, der ja den Gedanken der Vereinigung nicht ablehne. Wichtig sei ein planmäßiges Vorgehen.“ Dem entgegenete Genscher, dass Modrow nicht mehr an seinen Vorstellungen festhalte: „BM erklärte, das Tempo der Entwicklung werde in der DDR gemacht. Modrow selbst sehe die Lage anders als noch vor 6 Wochen.“<sup>171</sup> Wie viele seiner Kollegen, scheint der sowjetische Außenminister der Situation nicht mehr gewachsen gewesen zu sein, wie auch seine weiteren Äußerungen belegen. Modrow schätzte seine Lage zweifellos ganz anders ein, als er von Gorbatschows Zustimmung zur deutschen Einheit erfuhr. Aus Moskau konnte er keine Unterstützung mehr erwarten. Und auch Schewardnadse wird das gewusst haben, als er mit dem Bundesaußenminister sprach. Offenbar wollte ihn Genscher trösten, indem er ausführlich auf die Bedeutung der KSZE einging und besonders die Zustimmung des amerikanischen Außenministers für eine Gipfelkonferenz im Herbst hervorhob. Der sowjetische Außenminister warnte davor, Gorbatschow nicht mehr zu unterstützen und warb um wirtschaftliche Hilfe: „Wenn sich die Lage in der Sowjetunion destabilisiere, werde ein Diktator kommen.“ Er wiederholte damit die gängigen sowjetischen Argumente. Das Scheitern der Bemühungen, mit den westlichen Alliierten in Bezug auf die deutsche Entwicklung ins Gespräch zu kommen, versuchte er durch die Betonung, die Sowjetunion stehe mit ihnen in Kontakt, zu kaschieren.

<sup>171</sup> Ebd.



Die Zeiten hatten sich merklich geändert. Ganz anders als Kwizinskij, der noch im November 1989 im Gespräch mit Kastrup den Deutschen jedes Recht an Vier-Mächte-Verhandlungen absprach, erkundigte sich Schewardnadse sichtlich kleinlaut, wie sich Genscher Konsultationen mit den Vier Mächten vorstelle. Der Bundesaußenminister brauchte keinen „Knüppel“ mehr zu fürchten, dafür hatte sein Ressort in den vergangenen Monaten gesorgt. Entsprechend selbstbewusst antwortete er: „BM erwiderte, wir könnten keiner Konferenz zustimmen, bei der die Vier über uns zu Gericht säßen. Jedes Volk hat seine Würde. Wir möchten mit den Vier sprechen. Es gebe keine zwei Qualitäten des Selbstbestimmungsrechts. Über das Treffen der vier Botschafter in Berlin und die Tatsache, wie diese Zusammenkunft in den Medien behandelt worden sei, seien wir nicht erfreut gewesen.“<sup>172</sup>

Genscher wusste wohl, als er mit einem sichtlich gedrückten und hilflos wirkenden sowjetischen Außenminister in Moskau sprach, dass schon bald die „Konsultationen“ zwischen den beiden deutschen Staaten und den Vier Mächten beginnen würden. Es waren nur noch Stunden, bis sich die Außenminister der NATO und des Warschauer Paktes in der kanadischen Hauptstadt Ottawa trafen und die 2+4-Verhandlungen beschlossen. Auch Schewardnadse musste sich fügen und stimmte dem Beschluss wohl oder übel zu.

Die 2, das waren die DDR und die Bundesrepublik Deutschland. Die 4, das waren die Großmächte Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten. Eigentlich hatte es nur noch Diskussionen darüber gegeben, ob es 2+4 oder 4+2 heißen sollte. Ohne die deutschen Staaten eine solche Konferenz abzuhalten, diese Vorstellung bestand um diese Zeit bestenfalls noch in der Fantasie ihrer Aufgabe nur bedingt gewachsener, hinterwäldlerischer Sowjetdiplomaten. Mit einem solchen Horizont gab es aber noch eine ganze Menge Beteiligte, wie sich in den Verhandlungen der 2+4-Konferenz herausstellen sollte.

<sup>172</sup> Drahterlass Kastrup, Ganter, 11.2.1990, in: PAB, AA, ZA 178.928 E.

## Die Ausgangsposition bei den 2+4-Verhandlungen

„Sowjetische Positionen und deren Hintergründe für die ‚Sechser‘-Verhandlungen“, war ein Bericht der deutschen Botschaft am 1. März 1990 überschrieben.<sup>173</sup> Ausführlich wurde darin auf die veränderte außenpolitische Lage der Sowjetunion eingegangen, insbesondere auch auf das neue Verhältnis zu den Alliierten: „Ein weiterer Gesichtspunkt zum Umfeld der sowjetischen Deutschlandpolitik ergibt sich aus der Tatsache, dass die SU sich anschickt, zum ersten Mal seit den Verhandlungen über das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, den ‚Vier‘ westlichen Mächten – allein – (die DDR wird bald keine Unterstützung für die SU mehr sein) in Verhandlungen über die Nachkriegsordnung in Europa gegenüberzutreten.“ Die drei westlichen Alliierten hatten sich auf die Seite der Bundesrepublik gestellt, als Moskau auf der Grundlage der Vier-Mächte-Rechte versuchte, Deutschland zu isolieren. Damit war genau der umgekehrte Fall eingetreten. Moskau stand allein: „Dies Gefühl des Alleinstehens und das Wissen um die ‚strategische Schwäche‘ (R.W. Apple) der SU erhöhen die Sensibilität auf sowjetischer Seite.“ Die gewachsene Stärke Deutschlands und auf der anderen Seite die, wie es die deutsche Botschaft in Washington schon im Januar 1990 beschrieb, „im Sinken“ begriffene Bedeutung Sowjetrusslands galt es in den 2+4-Verhandlungen in Übereinstimmung zu bringen: „Verhandlungstaktisch werden wir vor der Schwierigkeit stehen, einerseits zusammen mit den drei Westmächten den erforderlichen und erfolgversprechenden Verhandlungsdruck auf die SU auszuüben, andererseits jedoch die auf ‚strategische Schwäche‘ zurückzuführende Empfindlichkeit der SU in Rechnung stellen zu müssen.“<sup>174</sup>

Die deutsche Botschaft hatte einen wesentlichen Punkt vergessen, der die Empfindlichkeiten der sowjetischen Seite noch verstärkte, sie aber andererseits dazu zwang, ihre Obstruktionshaltung in den 2+4-Verhandlungen nicht zu übertreiben. Das war die in den nächsten Monaten noch wachsende Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Unterstützung durch die Bundesrepublik. Gorbatschow stand am Rande des Staatsbankrotts. „Der Kanzler sei in Europa zur Zeit der Mann, der alle Fäden in der Hand habe“<sup>175</sup>, schmeichelte der französische Präsident Helmut Kohl am

<sup>173</sup> FS Blech (Verf. Schäfers), 1.3.1990, in: PAB, AA, ZA 198.443 E.

<sup>174</sup> Ebd.

<sup>175</sup> Teltschik, 329 Tage, S. 151.

14. Februar 1990, also zwei Tage nach der Konferenz in Ottawa, wo erwartungsgemäß 2+4 und nicht 4+2 beschlossen wurde.

Allerdings lag die Vorbereitung der Gespräche beim Auswärtigen Amt. Dort wurde längst an diesen Verhandlungen gearbeitet. Aber bis dahin schien im Bundeskanzleramt, insbesondere von Horst Teltschik, eine Art Nebenaußenpolitik organisiert worden zu sein mit stark östlichem Einschlag in Richtung Moskau. Auch im Auswärtigen Amt wusste man um Gorbatschows Agieren, aber die größere Bedeutung der Westmächte für die deutsche Einheit wurde klar erkannt. Klaus Kastrup, D 2 im Auswärtigen Amt, war Horst Teltschik, Leiter der Abteilung 2 im Bundeskanzleramt, weit überlegen, was die außenpolitische Übersicht anbetraf. Ihm war es wohl zu verdanken, dass die Kommunikation zwischen den drei westlichen Mächten und der Bundesrepublik funktionierte. Er prägte auf bundesdeutscher Seite die Gespräche im Rahmen der 2+4-Verhandlungen und ging dabei mit der Sowjetunion wesentlich professioneller um als Teltschik. Aus eigener Erfahrung kannte er das „kleinlich verbissene“ Festhalten der Moskauer Führung bei der Behandlung West-Berlins.

Die 2+4-Verhandlungen erfolgten zwischen den Außenministern, die von Treffen auf Beamtenebene begleitet wurden. Das Bundeskanzleramt hatte durchgesetzt, dass auch ein Vertreter dieses Ressorts an den Verhandlungen auf Beamtenebene beteiligt wurde. In der internen Begründung hieß es, nur so könne „eine lückenlose Unterrichtung des Bundeskanzlers und dessen rechtzeitige Einbeziehung in den Entscheidungsprozess“ sichergestellt werden.<sup>176</sup> Mit Ministerialdirigent Peter Hartmann benannte das Bundeskanzleramt einen Vertreter, der ursprünglich im Auswärtigen Amt tätig war und durchaus nicht unkritisch bestimmte außenpolitische Maßnahmen Kohls insbesondere gegenüber Polen kommentierte.<sup>177</sup> Bis zu einem gewissen Grad bedeutete seine Nominierung auch eine Art „Überwachung“ der Vertreter des Auswärtigen Amtes in den 2+4-Gesprächen. In außenpolitischen Fragen gab es schon einige Differenzen zwischen beiden Ressorts, nicht nur wegen Teltschiks Vorstellungen<sup>178</sup>, dem man nur be-

<sup>176</sup> Hans-Jürgen Küsters, Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90, Freiburg 2009, S. 224.

<sup>177</sup> Vgl. Vorlage des Ministerialdirigenten Hartmann an Bundeskanzler Kohl vom 13.3.1990, in: DzD, Dok. 216, S. 937. Zur Oder-Neiße-Grenze vgl. Mitter, Die Oder-Neiße-Grenze.

<sup>178</sup> Vgl. Weidenfeld, Außenpolitik, S. 252. Weidenfeld spricht vom „Misstrauen“

grenzte diplomatische Fähigkeiten zutraute. Eine massive Intervention des Bundeskanzleramts in die 2+4-Verhandlungen lässt sich jedoch aus den zugänglichen Akten des Auswärtigen Amtes nicht ersehen. Die „Federführung“ lag und blieb beim Auswärtigen Amt.

Hartmann vom Bundeskanzleramt fertigte Ende Januar eine sehr umfangreiche Aufzeichnung mit dem Titel „Deutschlandpolitik im gesamt europäischen Rahmen nach den DDR-Wahlen im März 1990“, in der er in einem eigenen Abschnitt die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte behandelte. Er wandte sich darin entschieden gegen eine Vier-Mächte-Konferenz. Hartmann plädierte dafür, „jetzt nicht in eine Diskussion einzutreten, ob die Rechte und Verantwortlichkeiten der Drei bzw. Vier Mächte durch die Entwicklung obsolet geworden sind“. Für Berlin aber sah er sie durchaus noch gültig.<sup>179</sup> Hartmann war die Mitwirkung der Vier Mächte bei der deutschen Vereinigung klar. Entsprechend formulierte er die diesbezügliche Zielstellung: „Die Frage ist einzig und allein, wie die Drei Mächte, aber auch die Sowjetunion in den Prozess der innerdeutschen Annäherung einbezogen werden können, ohne dass ihnen hierbei eine Rolle zuwächst, die wir uns nicht wünschen können, d.h., die Vier Mächte können weder der Initiator der Regelung der deutschen Frage noch abschließende Kontrollinstanz sein.“<sup>180</sup> Diese Ansicht teilten zweifellos die Vertreter im Auswärtigen Amt, aber im Unterschied zu Hartmann wollten sie keine Unterschiede zwischen den Vier-Mächte-Rechten in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Von beiden sollte, wie es die deutsche Botschaft in Washington schon Anfang Januar 1990 formulierte, „nichts übrig bleiben“, also die sofortige und vollständige Souveränität für Deutschland einschließlich Berlins mit der Vereinigung.

In einem Punkt bestand nach dem Beschluss in Ottawa zwischen beiden Ressorts vollständige Einigkeit: Erst nach den Wahlen am 18. März 1990 sollte die eigentliche Zusammenarbeit mit der dann demokratisch gewählten DDR-Regierung, insbesondere mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, beginnen. Bis dahin war die Bundesregierung daran interessiert, dass die Oberhoheit über West-Berlin bei den westlichen Alliierten blieb. Nur darin sah sie die Gewähr, dass die Kontakte zwischen

---

zwischen beiden Ressorts.

<sup>179</sup> DzD, Dok. 162, S. 752.

<sup>180</sup> Ebd.

dem Momper-Senat und Ost-Berlin folgenlos für die Einigungsbestrebungen blieben.

### **Walter Momper**

Doch auch der Regierende Bürgermeister von West-Berlin hatte die rasante politische Entwicklung genau verfolgt, daraus Schlussfolgerungen gezogen und zeigte sich erstaunlich flexibel. Ende Februar reiste er nach Washington und traf mit dem amerikanischen Präsidenten zusammen. Über seine Gespräche und Eindrücke in Amerika gab er dem Deutschlandfunk am 28. Februar 1990 ein ausführliches Interview, dem verständlicherweise in der Bundesregierung große Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Es ging dabei in erster Linie um Fragen, die in den 2+4-Verhandlungen eine entscheidende Rolle spielen sollten. Insbesondere die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze stand Ende Februar 1990 im allgemeinen Interesse. Erst nach der Vereinigung, so argumentierte Kohl, könne ein gültiger Grenzvertrag mit der Volksrepublik Polen geschlossen werden, weil es keinen Friedensvertrag zwischen beiden Staaten gebe. Doch dessen Abschluss, wie ihn die Sowjetunion und zu diesem Zeitpunkt auch andere europäische Staaten wünschten, sollte sich, so die deutsche Position, durch die 2+4-Verhandlungen erübrigen.

Im Auswärtigen Amt lagen zu diesem Zeitpunkt rechtlich begründete Entwürfe für eine Erklärung der Bundesregierung zur Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze vor. Genscher und besonders Kastrup gingen wohl zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass sie noch vor der Vereinigung paraphiert würden.

Momper kritisierte Kohls Haltung: „Also, ich verstehe nicht, warum der Kanzler sich hier [gemeint ist Kohls Gespräch mit Bush in Camp David, A.M.] in Washington nicht zu dieser klaren Garantie der polnischen Westgrenze hat durchringen können. Und ich bedauere das, denn die Irritationen, die darüber entstanden sind, die belasten letzten Endes nur den Prozess der deutschen Einigung, und das will wohl keiner; auch der Kanzler kann das nicht wollen.“<sup>181</sup>

<sup>181</sup> BPA, Nachrichtenabteilung, DLF (Deutschlandfunk)/28.2.90/6.24 Uhr/Informationen am Morgen, in: PAB, AA, ZA 198.449 E.

Momper wies darauf hin, dass nicht nur die SPD, die FDP und die Grünen für eine entsprechende Erklärung Kohls eintraten, sondern auch „eine klare Mehrheit in der CDU“ sich dafür aussprach. Momper wurde im Deutschlandfunk gefragt: „Wie soll die Rolle Berlins aussehen, wenn die Stadthälften aufeinander zuwachsen ...? Welche Sicherheitsgarantien können die drei Westalliierten oder die vier Alliierten übernehmen?“ Er antwortete: „Die Westalliierten werden weiterhin eine Rolle zur Sicherung Berlins spielen, solange sowjetische Truppen auf dem Boden der DDR stationiert sind. Und das ist ja absehbar, dass das für eine Zeit des Übergangs, also für eine absehbare Zeit, auch noch der Fall sein wird. Ich denke, dass so lange auch ein Gegengewicht durch die Westalliierten da sein muss.“<sup>182</sup>

Das klang schon deutlich anders als in seinem Referat wenige Wochen vorher auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und entsprach nicht unbedingt den Richtlinien seiner Partei, wie sich bald zeigen sollte. Der ging es um eine „Entmilitarisierung“ und damit auch um den Abzug der Besatzungstruppen aus Berlin als Ganzes. Aber Momper befürwortete nicht nur die weitere Anwesenheit der Alliierten als Besatzungstruppen, sondern als Angehörige der NATO, was sie ja waren: „Möglicherweise können auch im Zuge der Reduktion der Truppen insgesamt in Europa die alliierten Truppen in West-Berlin reduziert werden. Das Ganze wird dann nicht mehr auf besatzungsrechtlicher Grundlage, sondern auf einer freien Vereinbarung – aus dem Zwei-plus-Vier-Prozess, der ja in Ottawa vereinbart worden ist – passieren.“ Die Stellungnahme des „RBM“ wurde im Auswärtigen Amt insgesamt wohlwollend aufgenommen, was sich in den Anstreichungen ausdrückte.<sup>183</sup> Aber die letzte Passage, dass sie im Ergebnis der 2-+4-Verhandlungen in Berlin-West stationiert bleiben sollten, stand noch zur Debatte. Als souveräner Staat würde Deutschland mit ihnen Verträge abschließen, so jedenfalls wurde es später präzisiert und auch durchgeführt.

Am Tag des Interviews von Momper im Deutschlandfunk kam es zu einer erneuten Zusammenkunft mit dem Bundeskanzler. Aber wie schon beim Treffen am 1. Dezember 1989 standen Berlin-interne Probleme im Vordergrund. Auch diesmal kam das Thema westliche Alliierte nicht gesondert zur Sprache, nur in Sachzusammenhängen wurde es erwähnt – zum

<sup>182</sup> Ebd.

<sup>183</sup> Ebd.

Beispiel bei der Frage des Wahlrechts der West-Berliner Abgeordneten zum Deutschen Bundestag.

Nicht mit einer Silbe kam Momper auf seinen Amerika-Besuch zu sprechen. Und auch Kohl schien sich nicht dafür zu interessieren. So offenbarten sich die scheinbar unüberbrückbaren Animositäten zwischen beiden Politikern.<sup>184</sup> Berichte über das Deutschlandfunk-Interview hatten Kohl sicherlich die Stimmung verhagelt, mit Momper das Thema Alliierte zu erörtern.

Wieder hatte Kohl großes Gefolge bei der Besprechung. Außenminister Genscher ließ sich allerdings durch seinen Staatssekretär Sudhoff vertreten. Nur wenige Bundesminister hielten eine persönliche Anwesenheit für nicht erforderlich. Immerhin war Straßmeir, der Berlin-Bevollmächtigte, anwesend; aber wie schon am 1. Dezember 1989 blieb er still.

### **Der Auftakt**

Das Bundeskabinett beschloss am 7. Februar 1990 die Bildung eines Kabinettsausschusses „Deutsche Einheit“ unter Leitung des Bundeskanzlers. Es wurden sechs Arbeitsgruppen gebildet. Die Arbeitsgruppe „Außen- und sicherheitspolitische Zusammenhänge“ leitete Bundesaußenminister Genscher persönlich.<sup>185</sup>

Im Auswärtigen Amt entstand ein Sonderstab „Deutschlandpolitische Fragen“, dem die Gesamtkoordinierung der Arbeit des Auswärtigen Amtes in Fragen „deutsche Einheit“ unterstand. Geleitet wurde er von der Politischen Abteilung (D 2) mit Dr. Dieter Kastrup an der Spitze. Bis zum 4. April gehörten Berlin-Fragen nicht zu den „Themenbereichen“, die mit der „Klärung unserer Haltung für Gespräche und Verhandlungen“ im Auswärtigen Amt bearbeitet wurden. Sie fanden keine Erwähnung im Katalog der Themenbereiche. Möglicherweise zählten sie zum Arbeitsschwerpunkt „Ablösung der Vier-Mächte-Rechte“.<sup>186</sup> Und nur in diesem Zusammenhang beschäftigte sich das Auswärtige Amt damit.

Eine erste diesbezügliche Bestandsaufnahme auf Weisung von Kastrup erfolgte am 14. Mai. Sie stand mit hoher Wahrscheinlichkeit in Zusam-

<sup>184</sup> Vgl. Gespräch Kohl – Momper am 28.2.1990, in: DzD, Dok. 197, S. 887.

<sup>185</sup> Vgl. Ortiz vom 2.4.1990, in: PAB, AA, ZA 198.449 E

menhang mit der Bildung der „Arbeitsgruppe Berlin“ durch die politischen Direktoren in den Außenministerien der drei westlichen Alliierten gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt, deren Tätigkeit weiter unten behandelt wird. Ein eigener Schwerpunkt „Berlin“ bestand weder im Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“ noch als Arbeitsschwerpunkt im Auswärtigen Amt – und das, obwohl die Berlin-Frage von Beginn der 2+4-Verhandlungen als Diskussionsgegenstand behandelt wurde und auch einen Schwerpunkt in der abschließenden Erklärung bildete.

Der „Vermerk“ vom 14. Mai lautete: „Betr.: Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten; hier: zweistufige Ablösung: 1.) in Bezug auf Berlin bei der Vereinigung, 2.) in Bezug auf Deutschland als Ganzes nach einer Übergangszeit.“<sup>187</sup> Es waren vorsorgliche Erwägungen. Denn prinzipiell ging die Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass es zu keiner „zweistufigen Ablösung“ komme. Aus diesem Grund wurde Berlin auch nicht gesondert behandelt, sondern immer im Zusammenhang mit der Vereinigung insgesamt. Die Mitarbeiter im Auswärtigen Amt gingen ausführlich auf sämtliche mit den Vier-Mächte-Rechten zusammenhängende Fragen ein. Sie kamen zu dem Schluss, eine „zweistufige Ablösung“ müsse zeitlich genau festgelegt werden. „Es könnte bei den Vier-Mächte-Rechten und -Verantwortlichkeiten in Bezug auf Deutschland als Ganzes in einem vereinigten Deutschland daher lediglich um Vier-Mächte-Fragen gehen, die äußere Aspekte der Vereinigung betreffen und deren Gegenstand in den 2+4-Gesprächen noch nicht abschließend geregelt ist und deren Geltung für eine Übergangszeit dort vereinbart wurde.“<sup>188</sup> Ziel der Bundesrepublik Deutschland und auch der demokratisierten DDR musste jedoch sein, eine restlose Ablösung der Vier-Mächte-Rechte durchzusetzen und die Festlegung einer Übergangszeit prinzipiell zu verhindern.

Bezug nehmend auf die Sitzung der Projektgruppe „Deutsche Einheit“, die beim Bundeskanzleramt angesiedelt war und am 20. Februar 1990 getagt hatte, wurde im Auswärtigen Amt zwei Tage später eine Erklärung über das Erlöschen der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Berlin und Deutschland erarbeitet: „Die Regierungschefs der 2+4 geben im Zeitpunkt der Herstellung der deutschen Einheit eine

<sup>186</sup> Ebd.

<sup>187</sup> Referat 210, Vermerk vom 14.5.1990, in: PAB, AA, ZA 198.448 E.

<sup>188</sup> Ebd.



gleichlautende Erklärung zur Ablösung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte ab.“<sup>189</sup> Kastrup wurde beauftragt, sie den politischen Direktoren der Drei Mächte bei seinen Gesprächen am 28. Februar in London zu erläutern. Danach sollte sie mit dem sowjetischen Außenministerium und dem DDR-Außenministerium abgestimmt werden.

So einfach ließ sich diese Frage allerdings nicht lösen, sonst hätte es wenige Wochen später des bereits zitierten Vermerkes im Auswärtigen Amt nicht bedurft. In den 2+4-Verhandlungen beschäftigte man sich noch sehr ausführlich damit. Aber inhaltlich wurde damit bereits im Februar im Auswärtigen Amt einer der entscheidendsten Beschlüsse für die 2+4-Verhandlungen formuliert. Die Durchsetzung stand zu diesem Zeitpunkt allerdings noch am Anfang.

### **Sowjetisches Taktieren**

Bereits an den Versuchen der Sowjetunion, über die Vier-Mächte-Rechte Einfluss auf die deutsche Entwicklung zu gewinnen, erkannte das Auswärtige Amt, dass dem entschieden entgegengewirkt werden müsste. Des Weiteren zeigte sich, dass den sowjetischen Bemühungen in dieser Richtung nur dann begegnet werden konnte, wenn das Auswärtige Amt im Einvernehmen mit den drei westlichen Alliierten handelte. Die Bemühungen in Zusammenhang mit der Vierer-Konferenz im West-Berliner Kontrollratsgebäude und auch die Zurückweisung von Vier-Mächte-Gesprächen im Januar 1990 bewiesen das nachdrücklich. Sie waren eine Art Probelauf für die gesamten 2+4-Verhandlungen, nicht nur in dieser Frage. Es galt aber auch, der Sowjetunion das Gefühl zu geben, nicht isoliert zu sein. Auf diesem schmalen Grat wurde agiert. Und unter Leitung von Dr. Klaus Kastrup handelten die Deutschen virtuos.

Der amerikanische Präsident bestätigte schon am 9. Februar in einem Brief dem Bundeskanzler die vollständige Ablösung der Vier-Mächte-Rechte.<sup>190</sup>

Schwieriger war die Zustimmung der Sowjetunion zu erreichen. In Moskau schien man alle Möglichkeiten auszuloten, den Vereinigungsprozess in die Länge zu ziehen. Auch Berlin wurde dabei ins Kalkül gezogen. In

<sup>189</sup> Aufz. vom 22.2.1990, in: PAB, AA, ZA 198.439 E.

<sup>190</sup> Bush an Kohl, 9.2.1990, in: DzD, Dok. 170, S. 784.

einem Gespräch des deutschen Botschafters mit dem Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, Fjodorow, spürte Blech die sichtliche Nervosität: „Die sowjetische Instinktreaktion der Sicherung einer gewissen Basis in der DDR mit Hilfe von alten Verbindungen und dem Versuch einer Konsolidierung der PDS entspricht der sowjetischen Vermutung, dass ein bürgerlich geführtes Deutschland vermutlich doch geneigt wäre, die Beziehungen zur SU zu vernachlässigen.“<sup>191</sup> Fjodorow hatte gefragt, „ob es nicht sinnvoll wäre, in einer ersten Etappe zunächst einmal die beiden Teile Berlins zusammenzuführen und Berlin-West wieder in sein natürliches Umfeld zu integrieren.“<sup>192</sup> Das war das im Auswärtigen Amt erörterte „zweistufige Verfahren“. Der Vertreter der bundesdeutschen Botschaft rechnete in dieser Zeit mit dem Widerstand der sowjetischen Vertreter: „LPol antwortete, wenn eine solche Integration Teil der Integration der beiden Staaten sei, würden die West-Berliner sie wohl akzeptieren, sonst aber wohl kaum.“<sup>193</sup>

### **Berliner Gespräche**

Die Kontakte des Senats mit Ost-Berlin wurden in Bonn misstrauisch beobachtet. Auch die Alliierten sahen darin eine mögliche Gefährdung der Vier-Mächte-Rechte. Das zeigten Mompers noch Ende Januar gemachte Äußerungen, dass ihre Rechte mit der Demokratisierung im östlichen Teil der Stadt an Bedeutung verlieren mussten. Der Regierende Bürgermeister sprach sich aber schon Ende Februar dafür aus, dass die Truppen der Westalliierten so lange in West-Berlin stationiert blieben, bis alle sowjetischen Truppen Ostdeutschland verlassen hatten. Solche Überlegungen gab es zu diesem Zeitpunkt nicht im Bundeskanzleramt, aber auch nicht im Auswärtigen Amt. Erst der Regierende Bürgermeister inspirierte die Entscheidungsfindung zu diesem Thema.

Dazu kam noch ein weiterer Aspekt der Berlin-Problematik für die Bundesregierung. Genscher fragte in der Sitzung des Kabinettsausschusses „Deutsche Einheit“ am 13. März: „Wer macht ‚ganz Berlin‘?“ Offensichtlich hatte sich bis dahin niemand in Bonn so richtig darum gekümmert,

<sup>191</sup> FS Blech an 210 (Verf. von Arnim), 1.3.1990, in: PAB, AA, ZA 198.443 E.

<sup>192</sup> Ebd.

<sup>193</sup> Ebd.

wohl vor allem wegen der politischen Verhältnisse. Die Wahlen standen in der DDR erst noch bevor. Jedenfalls antwortete Ministerialdirigent Duisberg aus dem Bundeskanzleramt dem Bundesaußenminister: „Die Senatskanzlei habe erste Vorbereitungen getroffen. Unter anderem gebe es die Vorstellung der Bildung eines ersten parlamentarischen Gremiums. Auch über die Fragen einer Berliner Verfassung werde gesprochen.“<sup>194</sup> Das hieß, was „ganz Berlin“ anbetraf, stand man noch ganz am Anfang. Und vorher schien Momper dafür zu sorgen, dass es einigermaßen geordnet zugeht, zumindest was die logistischen Probleme zwischen beiden Stadthälften anbetraf. Immerhin tagte offensichtlich monatlich der von Momper und Modrow beschlossene Regionalausschuss. Der West-Berliner Senat stimmte sich dabei mit den drei westlichen Alliierten ab, wenn es angeraten erschien. Es scheint nicht ganz ohne Rangeleien mit der Sowjetunion abgegangen zu sein, besonders nach den ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990. Wohl deshalb findet sich in den Akten des Auswärtigen Amtes auch ein Vermerk der 7. Sitzung vom 26. April 1990. Unterschrieben hatte zwar von Groll, aber als Verfasser stand über dem Ganzen „Michael Gaedicke – Praktikant“. Es ist fast sicher anzunehmen, dass der Berlin-Beauftragte des Auswärtigen Amtes nicht zugegen war. Zu der vorherigen Sitzung am 29. März scheint nicht einmal der Praktikant Gaedicke beordert gewesen zu sein. Von der nächsten Sitzung berichtet er aber über ein interessantes Vorkommnis: „Bereits bei der letzten Sitzung des RAB am 29.03.1990 in Potsdam hatte es Verwirrung um die Öffnung des Grenzübergangs Checkpoint Charly gegeben: Dr. Müller [DDR-Regierung, A.M.] erklärte zunächst, er gehe davon aus, dass der Übergang auch für West-Berliner geöffnet sei, war aber nicht imstande, anders lautende Aussagen zu entkräften. In der Sitzung am 26.04. verwies er auf verkehrstechnische Gründe für Zugangsbeschränkungen des Grenzübergangs, der lediglich Diplomaten und Bürgern der DDR und Ost-Berlins offen steht. Offensichtlich gibt es nach wie vor Widerstände – wenn auch in der Pressekonferenz nicht erklärt – von Seiten der Sowjetunion als vierte Statusmacht in Berlin. Der CdS hielt sich in diesen Fragen zurück, wiederholte aber den bereits in der Sitzung am 29.03. dargestellten einmütigen Standpunkt des Senats und der drei West-

<sup>194</sup> Aufz., Betr.: Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“ (Verf. Lambach), in: PAB, AA, ZA 198.460 E.

mächte, dass von diesen keine Einwände gegen die Öffnung erhoben würden.“<sup>195</sup>

Mit den Regionalwahlen für Berlin am 6. Mai scheint auch der Regionalausschuss keine Bedeutung mehr gehabt zu haben. Wie sehr die *demokratisch* nicht legitimierten Vertreter davon ausgingen, auch weiterhin im Ausschuss tätig zu sein, widerspiegelt ihre Stellungnahme am 26. April: „Auf die Frage nach der Zukunft des ‚Provisorischen Regionalausschusses‘ angesichts der Tatsache, dass künftig legitimierte kommunale Parlamente und an deren Weisungen gebundene Verwaltungen die auf Seiten der DDR parlamentarischer Kontrolle entbehrenden Vertreter ersetzen könnten, wollten die Teilnehmer Ost-Berlins und der DDR nicht eingehen. Dr. Müller wird auch künftig der Beauftragte der Regierung der DDR sein.“<sup>196</sup> Der Vermerk über die Sitzung am 26. April war das letzte Lebenszeichen des „Provisorischen Regionalausschusses Berlin“ in den Akten des Auswärtigen Amtes. Im Vereinigungsprozess hat er kaum mehr eine Rolle gespielt. Das war wohl zumindest im Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“ im März schon klar.

### **Beginn des Klärungsprozesses**

An die konkreten Probleme der Vier-Mächte-Rechte tastete man sich in den Bonner Amtsstuben erst im März und April 1990 langsam heran. Anfang März wurde im Auswärtigen Amt ein Zwischenbericht über die außen- und sicherheitspolitischen Zusammenhänge bei der Herstellung der deutschen Einheit für den Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“ angefertigt, in dem auch die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte behandelt wurde. Es schien, dass das Problem sich nicht so einfach lösen ließ, wie man das im Februar im Auswärtigen Amt noch angenommen hatte. Vorsichtig wurde darin betont: „Für uns steht der Zeitpunkt der Ablösung (bei Einheit) stärker als die Form.“<sup>197</sup>

Im Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“ kam im Unterausschuss „Außen- und sicherheitspolitische Zusammenhänge“ am 13. März die

<sup>195</sup> Vermerk von Groll (Verf. Gaedicke), in: PAB, AA, ZA 140.726 E.

<sup>196</sup> Ebd.

<sup>197</sup> Aufz. betr. Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“, 5.3.1990, in: PAB, AA, ZA 198.450 E.

Ablösung der Vier-Mächte-Rechte zur Sprache. Die Sitzung leitete der Bundesaußenminister. Genscher äußerte: „Dies sei eine sehr komplizierte Materie. Wir wollten keinen Friedensvertrag. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie sich die Ablösung förmlich vollziehen könne. Die Ablösung müsse so wenig wie möglich friedensvertraglichen Charakter haben. Die schönste Form wäre zweifellos, wenn die Vier Mächte zur Kenntnis nähmen, was geschehe und damit die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten für erledigt erklärten.“<sup>198</sup>

In der Stellungnahme des Bundesaußenministers wurden verschiedene Probleme sichtbar. Bereits seit der Jahreswende 1989/90 wandte sich die Bundesregierung ganz entschieden gegen den Abschluss eines Friedensvertrages, aus ganz unterschiedlichen Gründen. In unserem Zusammenhang ging es vor allem darum, eine unberechenbare Ausweitung des Einigungsprozesses zu verhindern. Ein Friedensvertrag würde zusätzliche Fragen aufwerfen und mit Sicherheit die Beteiligung weiterer Staaten bedeuten. Schon aus dieser Überlegung versuchte die Sowjetunion, den Abschluss eines Friedensvertrages durchzusetzen. Aber auch andere Staaten, beispielsweise Polen, waren am Abschluss eines solchen interessiert, in diesem Fall, um die Frage der Oder-Neiße-Grenze endgültig geklärt zu wissen. Der Bundeskanzler weigerte sich, eine entsprechende Erklärung, die die Grundlage für eine völkerrechtliche Garantie der polnischen Westgrenze bedeutete, schon vor der Vereinigung abzugeben. Diskutiert wurde darüber in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit schon seit Sommer/Herbst 1989.<sup>199</sup> Im Auswärtigen Amt waren dazu im März 1990 entsprechende Vorschläge ausgearbeitet worden, wie eine solche Erklärung der Bundesrepublik vor der Vereinigung aussehen könnte. Genscher lenkte aber nach den Wahlen in der DDR am 18. März auf den Kurs des Bundeskanzlers ein,<sup>200</sup> dass die beiden deutschen Parlamente entsprechende Resolutionen verabschiedeten und erst nach der Vereinigung ein Grenzvertrag abgeschlossen werden sollte. Innenpolitische Rücksichten auf die „Vertriebenen“ opferte Kohl der durchgreifenden Verbesserung der Beziehung zwischen Deutschland und Polen – und das, obwohl die demokratische Regierung in Warschau viele der von Deutschland ge-

<sup>198</sup> Aufz. betr.: Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“ (Vf. Lambach), in: PAB, AA, ZA 198.460 E.

<sup>199</sup> Vgl. Mitter, Oder-Neiße-Grenze.

<sup>200</sup> Hans-Jürgen Küster, Ringen.

wünschten, aber international durchaus umstrittenen Postulate unterstützte. Dazu gehörte neben der Befürwortung der NATO-Mitgliedschaft des vereinten deutschen Staates auch die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte mit der Vereinigung, Berlin einbezogen.

Bei einem Polen-Besuch Ende April sprach der britische Außenminister, Douglas Hurd, mit seinen polnischen Gesprächspartnern auch über die deutsche Vereinigung und damit in Zusammenhang über die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte. Der polnische Außenminister äußerte, dass die Sowjetunion an einer „vorläufigen Übergangszeit“ interessiert sei: „Polen sei dagegen der Meinung, es dürfe keinen Sonderstatus für Deutschland geben, ausgenommen des Verbleibens sowjetischer Truppen auf dem jetzigen DDR-Territorium für eine Übergangszeit.“<sup>201</sup> Damit unterstützte Polen die sofortige Souveränität Deutschlands mit der Vereinigung. Der deutsche Botschafter in London, der auch über die Gespräche des englischen Außenministers in Warschau berichtete, erläuterte, dass nach seiner Einschätzung die Sowjetunion die politische Einigung Deutschlands als längeren Prozess ansehe, während Deutschland ihn Ende 1990 abgeschlossen sehen möchte. Die sowjetische Haltung, so sein Eindruck, verhärtete sich derzeit. „GB, wie auch die USA und F, hätten zum Zeitplan keine Festlegungen getroffen, die SU werde insbesondere einer baldigen Ablösung der Vier-Mächte-Verantwortung entgegenzutreten. Das könne jedoch nicht ohne Gefahr für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen durchgehalten werden.“<sup>202</sup>

Da Polen keinen direkten Einfluss auf die Entscheidungen der 2+4-Verhandlungen hatte, außer auf die Erörterungen zur polnischen Westgrenze, bedeutete das zweifellos nur eine indirekte Unterstützung. Aber gerade wegen der Haltung Moskaus war das schon von Bedeutung. Wie sehr die Sowjetunion an einer Unterstützung Polens gegen die deutsche Vereinigung interessiert war, offenbarte sich auch in den Bemühungen auf der Tagung des Warschauer Paktes in Prag am 17./18. März 1990. Schewardnadse hatte den polnischen Außenminister darauf hingewiesen, dass nur die Sowjetunion die Oder-Neiße-Grenze garantiere.<sup>203</sup> Der sowjetische Außenminister wollte einen Beschluss durchsetzen, dass ein vereintes Deutschland neutral bleiben sollte und auf keinen Fall ein NATO-Mit-

<sup>201</sup> FS Klaiber i. V., 3.5.1990, in: PAB, AA, ZA 198.440 E.

<sup>202</sup> Ebd.

<sup>203</sup> Vgl. FS Huber 17.3.1990, PA, AA, ZA 198.450; FS Rollin 23.3.1990, PA, AA, ZA 140.711 E.

glied sein dürfte. Er scheiterte damit, nicht zuletzt, weil Polen einen solchen Beschluss ablehnte.<sup>204</sup> Moskau unterstützte auch deshalb die polnische Forderung nach einer Garantieerklärung der Oder-Neiße-Grenze, um Polen für die sowjetischen Interessen gegenüber Deutschland ausnützen zu können. Wie sich auf dem Prager Gipfel des Warschauer Vertrages zeigte, ohne Erfolg. Sowjetrußland hoffte, auch die Ostgrenze Polens festschreiben zu können. 1939 hatte nicht nur Deutschland Polen überfallen, sondern auch die Sowjetunion ein beträchtliches Territorium okkupiert. Das wurde in Warschau 1990 nicht als Endzustand betrachtet. Insofern war die sowjetische Haltung zur Oder-Neiße-Grenze problematisch.<sup>205</sup>

Es gab jedoch einen weiteren Grund, weshalb Moskau sich öffentlich massiv für eine Erklärung der Bundesrepublik zur Oder-Neiße-Grenze schon vor der Vereinigung einsetzte. Denn auch die drei Westmächte versuchten auf unterschiedlichen Wegen, die Bundesregierung dazu zu bewegen. Eine Interessenübereinstimmung der Vier Mächte gegen Deutschland schien möglich und damit die gewünschte westliche Solidarität durchbrochen. Über ein Gespräch mit dem Gesandten der Sowjetbotschaft am 2. März 1990 berichtete der deutsche Botschafter aus Paris: „Zu dem neu festzulegenden Sicherheitssystem im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung gehöre auch die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze. Dies betreffe die SU auf vitale Weise. In der SU werde das Schwanken von BK Kohl und das Stellen von Bedingungen durch den BK nicht akzeptiert. Insoweit wisse sich die SU voll mit den drei anderen Siegermächten einig. Die SU vertraue auf den Druck, der auf die Bundesrepublik im Rahmen des westlichen Bündnisses ausgeübt werde. Das Auftreten des französischen AM Dumas sei bereits eine Demonstration in diesem Sinne gewesen. Wenn durch Kontroversen in dieser Frage weitere Verzögerungen der Wiedervereinigung entstünden, so könne es der SU nur recht sein.“<sup>206</sup>

In der starren Haltung des Bundeskanzlers zur Oder-Neiße-Grenze sah Moskau eine Möglichkeit, die Einigkeit der drei Westmächte und der Bundesrepublik auseinanderzuidividieren – auch in Bezug auf den Eini-

<sup>204</sup> Ebd.

<sup>205</sup> Vgl. Mitter, Oder-Neiße-Grenze, S. 112.

<sup>206</sup> FS Pfeffer (Verf. Nordensköld), 6.3.1990, in: PAB, AA, ZA 198.443 E.

gungsprozess. Ein Ansinnen, das sich auch auf die Souveränitätserklärung für Deutschland mit der Vereinigung auswirken konnte.

Aus dem Bericht aus London ging hervor, dass zumindest die britische Regierung von einer festen Unterstützung der USA bei der Ablösung der Vier-Mächte-Rechte für das vereinigte Deutschland ausging. Hurd argumentierte etwas differenziert für Großbritannien. Es seien zwei vertragliche Regelungen zur Ablösung des Vier-Mächte-Status notwendig, „nämlich erstens zur Grenzfrage und zweitens zur Ablösung des Vier-Mächte-Status für Berlin und Deutschland als Ganzes“<sup>207</sup>.

Wie sich Moskau konkret zur Ablösung der Vier-Mächte-Rechte verhielt, dürfte dem Bundesaußenminister Anfang März noch nicht bekannt gewesen sein. In der Sitzung des Kabinettsausschusses am 13. März erklärte er, „dass man im Ressortkreis überlege, wie die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte in Substanz und Form optimal und hilfsweise behandelt werden sollte“<sup>208</sup>. Was den Status von West-Berlin anbetraf, blieb das Auswärtige Amt bemüht, dass keine Änderungen eintraten, bis eine generelle Regelung in den 2+4-Verhandlungen getroffen wurde. Mit der Sowjetunion wurde entsprechend vorsichtig agiert. Genscher sprach am Rande einer Konferenz in Windhouk mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse über den Einigungsprozess. Dazu erarbeitete das Auswärtige Amt einen Gesprächsvorschlag, dessen Ziel so formuliert wurde: „Eingehen auf Verunsicherung über den Verlauf des Vereinigungsprozesses.“ Als Hintergrund wurden folgende Punkte benannt: „- Nachwirkendes sowjetisches Unbehagen über die falsche SU-Einschätzung der Gespräche BK, BM mit sowjetischer Führung am 10.02.1990. - DDR-Wahlen am 18.03.1990 als Votum für schnellen Weg zur Einheit. - Einfluss sowjetischer Innenpolitik auf Einheitsprozess. - Briefwechsel AM Schewardnadse/BM.“<sup>209</sup> Im Auswärtigen Amt wurde ein umfangreicher Katalog von Argumenten aufgelistet, die dem Bundesaußenminister im Gespräch mit Schewardnadse dazu dienten, die „Verunsicherung“ der SU einzudämmen. Nur wenn der sowjetische Außenminister darauf zu sprechen kam, sollte Genscher auf mögliche Probleme, die West-Berlin betrafen, eingehen. Wenn der sowjetische Außenminister auf die Direktwahlen für West-Berlin zum Deutschen Bundestag zu sprechen kam, dann sollte Genscher auf Folgendes

<sup>207</sup> FS Klaiber i. V., 3.5.1990, in: PAB, AA, ZA 198.440 E.

<sup>208</sup> Aufz. betr.: Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“ (Verf. Lambach), in: PAB, AA, ZA 198.460 E.

<sup>209</sup> Gesprächsvorschlag vom 19.3.1990, in: ebd.



hinweisen: „Drei Mächte nehmen Rücksicht auf Lageveränderungen durch erste, freie und geheime Wahlen. Die West-Berliner Bevölkerung möchte verständlicherweise nicht die einzige in Deutschland sein, die nicht wählen darf. Vier-Mächte-Abkommen bleibt gewahrt: Berlin wird weiterhin nicht vom Bund regiert (Übernahmeverfahren für Bundestags-gesetze).“<sup>210</sup>

### **Die „Arbeitsgruppe Berlin“ (AGB)**

Am 22. Mai 1990 wurde von den politischen Direktoren der drei Alliierten und der Bundesrepublik das Mandat der „Arbeitsgruppe Berlin“ gebilligt. Behandelt wurden von ihr nur Fragen, die mit West-Berlin zusammenhingen. Wohl aus diesem Grund gab es auch keine Mitglieder aus Ost-Berlin oder der DDR. Mit der Bildung der Gruppe hatten die westlichen Alliierten und die Bundesregierung sich geeinigt, dass am Ende der 2+4-Verhandlungen die Souveränität Deutschlands ohne Wenn und Aber stand und damit auch für Berlin als Teil der Bundesrepublik Deutschland. West-Berlin sollte trotz seiner besonderen Lage keine Sonderrolle spielen, die rechtlichen Grundlagen dafür wurden in den Sitzungen der Arbeitsgruppe ausführlich erörtert.<sup>211</sup> Um aber zu verhindern, dass die Sowjetunion den besonderen Status der Stadt für die Durchsetzung ihrer Interessen nutzte, wurde ihr eine gemeinsame Haltung der Westmächte und der Bundesrepublik entgegengesetzt. Die „Arbeitsgruppe Berlin“ war offensichtlich die einzige Arbeitsgruppe, die westlich-übernational zusammengesetzt war und sich mit einem Problem beschäftigte, das auf viele Arbeitsfelder im Vereinigungsprozess und damit der 2+4-Verhandlungen ausstrahlte. Zudem wirkte sich ihre internationale Besetzung auch auf die Überlegungen in den Regierungszentralen der drei Westmächte aus. Mit der Vorlage des Abschlussberichtes Ende Juli 1990 zur Unterrichtung der politischen Direktoren war ihre Tätigkeit beendet.

„Die Arbeitsgruppe Berlin trat nach einer Vorbesprechung am 31. Mai 1990 (Amerikanische Mission, Berlin) zu Arbeitssitzungen am 14. und 28. Juni (Quartier Napoléon, Berlin) sowie am 12. Juli 1990 (Rathaus

<sup>210</sup> Ebd.

<sup>211</sup> Bericht der Arbeitsgruppe Berlin an die politischen Direktoren (Entwurf), 27.7.1990, in: PAB, AA, ZA 198.464 E.

Schöneberg, Berlin) zusammen. An den Sitzungen nahmen Vertreter der Drei Mächte in Berlin, der Bundesregierung und des Berliner Senats teil. Der Vorsitz wechselte monatlich in Anlehnung an die Kommandantengespräche.<sup>212</sup> Das führte zweifellos auch zur Glättung der Unstimmigkeiten zwischen Bundesregierung und Berliner Senat. Auch hierfür hatten die Vertreter des Auswärtigen Amtes die wichtigsten Voraussetzungen geschaffen. Die Hauptaufgabe der AGB bestand zunächst in der Bestandsaufnahme des in Berlin noch geltenden alliierten Rechts. Auf dieser Grundlage entwickelte sie ein Programm, wie mit den alliierten Rechten umgegangen werden sollte. Mit der Schaffung dieser Arbeitsgruppe konnten die Reibungen zwischen Bundesregierung, Bundeskanzleramt und Berliner Senat zumindest insoweit beseitigt werden. Ebenso konnten Unstimmigkeiten mit den westlichen Alliierten geklärt werden. Die Zuarbeiten der AGB für die Abordnungen der drei westlichen Alliierten und des Auswärtigen Amtes haben wohl wesentlich das geschlossene Verhalten des Westens in der Berlin-Problematik geprägt. Nach Beendigung ihrer Arbeit bildeten die im Abschlussbericht formulierten Empfehlungen eine wichtige Grundlage für die Integration West-Berlins und Ost-Berlins in die Bundesrepublik. Gerade weil sich die Diskussionen um die Souveränitätserklärung für Deutschland faktisch bis zur endgültigen Erklärung der Vier-Mächte am 1. Oktober 1990 in Washington hinzogen, kam der „Arbeitsgruppe Berlin“ nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Auf Grundlage ihrer Empfehlungen wurden bilaterale Verträge über das Verbleiben von Truppen der drei westlichen Alliierten in Berlin bis zum Abzug der sowjetischen Truppen abgeschlossen.

### **West-Berlin, Egon Bahr und die 2+4-Verhandlungen**

Am 18. Juni 1990 machte sich eine Delegation des DDR-Außenministeriums auf den Weg nach Bonn, um mit SPD-Genossen zu sprechen, die sich „im Westen“ intensiv mit der Außenpolitik beschäftigten, jetzt aber kaum mehr zum Zuge kamen. Zu ihnen gehörte Egon Bahr, der die Ostpolitik der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren wesentlich geprägt hatte. Er symbolisierte sie geradezu. Zufrieden konnte er mit den Ergebnissen allerdings nicht sein. Die Ost-West-Entspannung und auch die

<sup>212</sup> Ebd.

deutsch-deutsche Entwicklung waren in den letzten beiden Jahren so ganz an ihm vorbeigegangen. Seine Fürsorge galt vor allem der Sowjetunion. Der Außenpolitik Genschers und Kohls stand er ablehnend gegenüber. Beide Politiker berücksichtigten seiner Meinung nach auch in den 2+4-Verhandlungen viel zu wenig die sowjetischen Interessen.

Bahr schmeichelte zweifellos, dass ihn die jungen SPD-Genossen aus der DDR um Rat ersuchten. Es ging um die Gespräche auf Beamten- und Ministerebene am 20. bzw. am 22. Juni in den 2+4-Verhandlungen. Liest man die Gesprächsnotiz aus dem Ost-Berliner Außenministerium, dann lebte Bahr richtig auf. Schon zu Beginn plädierte er dafür, „jetzt sofort die kritischen Punkte bei den 2+4-Gesprächen aufzutischen, weil nur dann die Genscher-Taktik, in jeweiligen bilateralen Gesprächen zum Erfolg zu kommen, durchkreuzt werden kann.“<sup>213</sup> Nach dem „Strategiediskussion“ überschriebenen ersten Tagesordnungspunkt wurde als nächstes die „Souveränitätsfrage“ diskutiert: „Problem: Souveränitätserhalt für Deutschland sofort nach Abschluss der 2+4-Gespräche oder am Ende der Übergangsphase.“<sup>214</sup>

Bahrs Vorschläge bedeuteten mehr oder weniger Handlungsanweisungen, wie die DDR-Vertreter die sowjetischen Vorstellungen vorantreiben sollten. Ein weiterer Unterpunkt, wohl von DDR-Seite: „Ist die DDR mit dieser Position nicht sowjetischer als die Sowjetunion?“<sup>215</sup> Die Antwort lautete: „Auf diesen Einwand gibt Bahr zu bedenken, dass die Regierung der DDR darauf hinweisen kann, dass alle Teilnahmestaaten sich hier einig sind, dass es keine Lösung gegen die Sowjetunion geben kann. Außerdem ist die Regierung der DDR selbstverständlich nicht gegen eine einvernehmliche schnelle Ablösung der 4-Mächte-Rechte.“ An dieser Stelle wurde der Punkt in der maschinenschriftlichen Gesprächsnotiz gestrichen und durch ein Komma ersetzt und handschriftlich hinzugefügt: „insbesondere hinsichtlich Berlin, wo es sehr begrüßt würde, siehe dazu konkret die ‚Berlin-Initiative‘ Seite 6 [gemeint war die Seite 6 in der Gesprächsnotiz, A.M.]“. Auf Seite 6 wurde von Bahr erläutert, wie sich die DDR konkret in den Gesprächen verhalten sollte: „Am Freitag [gemeint ist die Sitzung der Außenminister am 22. Juni in Ost-Berlin, A.M.] soll bereits eine Berlin-Initiative gestartet werden. Konkret: Die DDR soll den

<sup>213</sup> Gesprächsnotiz von einem Gespräch mit Egon Bahr am 18.6.1990 in Bonn, in: PAB, MfAA, ZR 3268/94 .

<sup>214</sup> Ebd.

<sup>215</sup> Aufz. vom 7.6.1990, in: PAB, AA, ZA 198.453 E.

Wunsch vortragen, dass die Ablösung der 4-Mächte-Rechte für Berlin wesentlich früher erfolgen soll als die Ablösung der gesamten 4-Mächte-Rechte. Als möglicher Termin könnte der 1. September vorgeschlagen werden.<sup>216</sup> Indem mit dieser „Berlin-Initiative“ eine Beschleunigung der 2+4-Verhandlungen vorgetäuscht wurde, sollte gerade das Gegenteil erreicht werden. Bahrs gesamte Vorstellungen zielten darauf ab, dass sich die 2+4-Verhandlungen endlos in die Länge zogen und letztlich die KSZE über die Vereinigung Deutschlands entschied, haargenau den Vorstellungen des Kremls entsprechend. Bahr überschätzte dabei aber die Position des Kremls, der längst nicht mehr in der Lage war, sich gegen die westlichen Alliierten durchzusetzen.

### **Berlin und die 2+4-Verhandlungen**

Bundesaußenminister Genscher stimmte mit seinem DDR-Kollegen Markus Meckel (SPD) überein, dass auf dem Außenministertreffen in Ost-Berlin am 22. Juni 1990 „in der Berlin-Frage ein Akzent gesetzt werde“<sup>217</sup>. Genscher weilte auf Einladung des DDR-Außenministers am 1. Juni in Ost-Berlin. Wie es in der „Information“ des DDR-Außenministeriums hieß, diene der Besuch der „Konstituierung der Kontaktkommission Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR/Auswärtiges Amt der BRD“.<sup>218</sup> Eigentlich ging es um die Abwicklung des Auswärtigen Dienstes Ostdeutschlands bis zur Vereinigung und die Zusammenarbeit der beiden Institutionen bis dahin. Deshalb kamen auch inhaltliche Fragen zur Sprache. Dazu gehörte als ein wichtiger Diskussionsgegenstand das Außenministertreffen in Berlin-Niederschönhausen am 22. Juni im Rahmen der 2+4-Verhandlungen.

Der Vorschlag von Staatssekretär Hans-Jürgen Misselwitz (SPD) im Beamtentreffen am 20. Juni in Bonn ging in diese Richtung. Misselwitz wünschte „etwas Praktisches für Berlin zu tun“, ohne jedoch zustimmende Resonanz zu finden.<sup>219</sup> In dieser Beratung wurden die Obstruktionsbemü-

<sup>216</sup> Ebd.

<sup>217</sup> Information über den Besuch des Bundesministers des Auswärtigen und Vizekanzlers der Bundesrepublik Deutschland Hans-Dietrich Genscher am 1.6.1990, in: PAB, MfAA, ZR 3268/94

<sup>218</sup> Ebd.

<sup>219</sup> Vermerk betr. Fünftes Treffen auf Beamten-Ebene im Rahmen der „2+4“

hungen der sowjetischen Seite deutlich. Einen Tag später informierte der britische Vertreter auf einer kurzfristig einberufenen NATO-Rats-Sitzung über die Gespräche. Er erinnerte an die vereinbarte Tagesordnung der 2+4-Gespräche und an die „westliche Gesamtstrategie, sich auf Beendigung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten zu konzentrieren und SU-Bestrebungen nach Konzentration auf politisch-militärische Fragen und deren Entscheidung im 2+4-Rahmen zu widersetzen“<sup>220</sup>. Insgesamt seien die Gespräche „frustrierend und schwierig“ gewesen. So habe „Bondarenko bei den Punkten Grenzfrage und Berlin Fortschritte aufgehalten sowie jede Erwähnung der Beendigung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten vor abschließender Klärung der politisch-militärischen Fragen verweigert. Aufgrund beharrlichen Widerstandes der vier westlichen Teilnehmer habe er jedoch letztlich mit dem Vorbehalt zugestimmt, dass er noch nicht abschließend sei.“ Das Außenministertreffen müsse erweisen, ob die SU-Führung zu Fortschritten bereit sei.<sup>221</sup>

Das Verhalten im Außenministertreffen am 22. Juni bewies die Eigenständigkeit des DDR-Außenministers Meckel sowohl gegenüber der West-SPD als auch gegenüber dem CDU-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière, der fast buchstabengetreu den Vorstellungen des CDU-Prinzipals in Bonn folgte.<sup>222</sup> Nimmt man den Bericht des DDR-Außenministeriums als Beleg, dann war in dem zweiten Treffen der Außenminister im 2+4-Rahmen von der von Bahr gewünschten „Berlin-Initiative“ keine Rede. Auch ein „Durchkreuzen“ der Genscher-Taktik lässt sich nicht feststellen. In Abrüstungsfragen teilte Meckel durchaus manche sowjetische Auffassungen. Er betätigte sich jedoch nicht als Herold, wie das Bahr offensichtlich gewünscht hatte, bei der Unterstützung sowjetischer Interessen: „Die Außenminister Hurd, Baker und Genscher lehnten entschieden das Konzept einer Übergangsperiode sowie eine Singularisierung Deutschlands bzw. einen Sonderstatus für das vereinigte Deutschland ab. Der britische Außenminister wandte sich außerdem dagegen, dass in dem von der Sowjetunion vorgelegten Dokumentenentwurf von einer Symmetrie zwischen NATO und Warschauer Vertrag ausgegangen werde.

---

10.6.1990, PA, AA, ZA 198.462 E.

<sup>220</sup> FS an 210 (Unterschr. Plötz; Verf. Burckhart), 21.6.1990, in: PAB, AA, ZA 198.453 E.

<sup>221</sup> Ebd.

<sup>222</sup> Zu den Stellungnahmen in der Frage der Oder-Neiße-Grenze vgl. Mitter, Die Oder-Neiße-Grenze, S. 115f.

Außenminister Genscher hob hervor, dass der Kern der abschließenden völkerrechtlichen Regelung in der Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten und in der Erlangung der vollen Souveränität des vereinigten Deutschlands liege.

Außenminister Baker betonte, dass im Zusammenhang mit der Aufhebung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten kein Widerspruch zwischen Souveränität und Verantwortlichkeiten entstehen dürfe. Der sowjetische Vorschlag enthalte eine Lücke zwischen der Vereinigung Deutschlands und dessen Zugang zur vollen Souveränität. Dies wäre kontraproduktiv.<sup>223</sup>

In der Frage der Souveränität Deutschlands und damit der Ablösung der Vier-Mächte-Rechte gab es zwei sich gegenüberstehende Richtungen. Auf der einen Seite stand die Sowjetunion und auf der anderen die westlichen Alliierten sowie die Bundesrepublik. Bei der DDR war das etwas schwieriger. Aus einer Diskussionsgrundlage vom 6. Mai nach dem ersten Außenministertreffen geht hervor, dass auch die DDR die „volle Souveränität“ Deutschlands einschließlich Berlins befürwortete.<sup>224</sup> Während eines USA-Besuches am 13. Juli bekräftigte Meckel im Gespräch mit US-Außenminister Baker: „Für die DDR sei es wichtig, dass im Abschlussdokument die Ablösung der Vier-Mächte-Regelungen und -Verantwortlichkeiten erfolgt, dass das vereinigte Deutschland die volle Souveränität erhält und keine Provisorien zugelassen werden.“<sup>225</sup> In der Außenministerkonferenz am 22. Juni war die DDR-Haltung offensichtlich noch nicht so deutlich. Sie befürwortete die Entmilitarisierung Berlins und damit auch den Abzug der Alliierten aus West-Berlin, unterstützte also den Vorschlag der Sowjetunion, der darauf abzielte, Berlin von der endgültigen Regelung der Vier-Mächte-Rechte zu trennen und damit für eine „Übergangsphase“ war.

Der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, trug entscheidend dazu bei, dass sich die Position des DDR-Außenministers Markus Meckel in dieser Frage wesentlich änderte. In einem Gespräch mit dem Bundesaußenminister am 6. August 1990 äußerte er: „Er habe sich gegen einen

<sup>223</sup> Bericht über das zweite Treffen im Rahmen 2+4 auf Ministerebene am 22. Juni 1990 in Berlin, in: PAB, MfAA, ZR 3269/94.

<sup>224</sup> Diskussionsgrundlage. Erstes Außenministertreffen im Rahmen 2+4 in Bonn, 5.5.1990, in: PAB, MfAA, ZR 3265/94.

<sup>225</sup> Bericht über den Arbeitsbesuch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten in den USA am 13.7.1990, in: PAB, MfAA, ZR 3268/94.

Verbleib alliierter Truppen in Berlin ausgesprochen, weil er geglaubt habe, dass der Abzug aller Alliierten aus Berlin eine hohe Wirkung entfalte.<sup>226</sup> Genscher erwiderte seinem ostdeutschen Kollegen, „dass die Anwesenheit ihrer Truppen in Berlin für die alliierten Truppen ein wichtiges psychologisches Moment habe“. Meckel entgegnete, „dass er dies inzwischen auch verstehe und bejahe. Insbesondere habe ihm Momper nachdrücklich versichert, wie wichtig die Anwesenheit der alliierten Truppen für die West-Berliner Bevölkerung sei.“<sup>227</sup> Zweifellos kannte der Bundesaußenminister zu diesem Zeitpunkt bereits die Auffassung Meckels durch die Information über dessen Gespräch mit Außenminister Baker.

Im Juni allerdings war das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten durchaus noch nicht mit dem Verbleiben der westlichen alliierten Truppen in Berlin einverstanden. Es wäre möglicherweise auch noch der Sowjetunion für eine Übergangsperiode und damit auch der zeitlichen Trennung zwischen der Aufhebung der Vier-Mächte-Rechte für West-Berlin und dem übrigen deutschen Territorium zugänglich gewesen.

Neben der Einwirkung Walter Mompers hatte zweifellos die geschlossene Haltung der NATO dazu beigetragen. In den Verlautbarungen der Ministertagung in Turnberry am 7. und 8. Juni 1990 hieß es: „Mit Stolz stellen wir fest, dass Berlin nach 40 Jahren der Trennung schließlich wieder zusammenwächst. Die Berliner Mauer ist gefallen. Dies kündigt das lang erwartete Ende der Nachkriegszeit und der Trennung Deutschlands und Europas an. Die Verwirklichung der deutschen Einheit war stets das Hauptziel unseres Bündnisses. Auf der Grundlage unserer ständigen engen Bündniskonsultationen unterstützen wir daher aktiv den Fortschritt, der im deutschen Einigungsprozess bereits erreicht wurde. Wir unterstützen ebenso die Bemühungen in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen um eine völkerrechtliche Regelung, die die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes ohne Einschränkungen der Souveränität Deutschlands beendet.“<sup>228</sup>

Unmittelbar vor den Beratungen in Turnberry kamen die politischen Direktoren der drei westlichen Alliierten und Deutschlands, die 1+3-Gruppe, zusammen. Offiziell diente das Treffen der Vorbereitung der 2+4-Gespräche auf Beamtenebene in Bonn und dem auf Ministerebene am 22. Juni

<sup>226</sup> Leiter Ministerbüro (Frank Elbe), Betr. Gespräch BM/AM Meckel am Montag 6. August 1990, Bad Reichenhall, 8.8.1990, in: PAB, MfAA, ZA 140.697 E.

<sup>227</sup> Ebd.

<sup>228</sup> Vgl. PAB, AA, ZA 198.463 E.

1990 in Berlin-Niederschönhausen. Es ging jedoch auch darum, die NATO-Ministergespräche vorzubereiten. Die US-Vertreter berichteten über die von Bush mit der sowjetischen Partei- und Staatsspitze geführten Gespräche. „Sie seien von sowjetischer Seite generell sehr konzeptionell, wenig spezifisch, angelegt gewesen. Die Ausführungen seien zum Teil unstrukturiert erfolgt.“<sup>229</sup> Ein Punkt sei allerdings wiederholt hervorgehoben „und als Dreh- und Angelpunkt bezeichnet worden: die Übergangsperiode ... Laut Schewardnadse könnte die Übergangsperiode eine Reihe von Jahren dauern. Damit ergäbe sich für die SU zwingend, dass zunächst die staatsrechtliche Vereinigung Deutschlands erfolgen müsse und dann erst die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten.“ Die mit der Trennung von inneren und äußeren Faktoren verbundene Absicht der Sowjetunion bei der deutschen Einheit lief darauf hinaus, eine rasche Vereinigung zu verhindern und sich dadurch noch Möglichkeiten zu erhalten, über die „staatsrechtliche Vereinigung hinaus noch Einfluss auf die Geschicke Deutschlands zu behalten“. Auch der politische Direktor im Auswärtigen Amt hatte ähnliche Erfahrungen wie sein amerikanischer Kollege gemacht. Kastrup informierte über seine Gespräche mit Kwizinskij und Bondarenko in Moskau. Zu einem der drei „Kernelemente“ gehöre die „Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten und eine mögliche Übergangsperiode“. Die Auffassung Kwizinskij stand im Gegensatz zu den Vorstellungen der Westmächte und der Bundesrepublik: „Die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten sähe K. am Ende einer vier- bis fünfjährigen Periode nach Herstellung der staatsrechtlichen Einheit Deutschlands. 21 Monate nach Herstellung der Einheit [gemeint ist die staatsrechtliche, A.M.] sollte eine AM-Konferenz der ‚1+4‘ zusammentreten, um den Verlauf der Übergangsperiode zu überprüfen.“ Schon aus der Art, wie Kastrup die sowjetischen Vorschläge vorstellte, ging die Ablehnung der deutschen Seite hervor: „Deutschland werde während der Übergangsperiode sozusagen auf Bewährung gesetzt. Eine vernünftige Erklärung für den Zeitraum von 21 Monaten habe Kwizinskij nicht gehabt.“ Ebenso inakzeptabel erschienen Kastrup die Vorschläge des sowjetischen Vertreters für Berlin: „Zu Berlin trete Kwizinskij, wie er sagte habe, für eine radikale Lösung ein.

<sup>229</sup> AS 2+4 (Arbeitsstab 2+4), Betr.: Direktoren-Konsultation am 5.6.1990 in London, hier: Gesprächsvermerk, 7.6.1990, in: PAB, AA, ZA 198.453 E. Dort alle folgenden Belege und Zitate.



Die Vier Mächte sollten ihre Truppen 6 Monate nach Herstellung der staatlichen Einheit aus Berlin abziehen. Das Vier-Mächte-Abkommen sollte ausgesetzt und nach 4 bis 5 Jahren aufgelöst werden.“ In ihren Stellungnahmen gingen die politischen Direktoren der Westmächte weniger auf die inhaltlichen Aspekte ein, die ihnen ebenso wie Kastrup wohl unannehmbar schienen, sondern beschäftigten sich mit den Motiven und Zielen Moskaus. Der britische Vertreter meinte: „Erkennbar sei, dass die Führung der SU herumstolpere, nach Halt suche.“ Die amerikanische Seite bejahte das, hob aber hervor, dass Moskau gleichzeitig „abklopfe“ und „taste“.<sup>230</sup>

Wohl um die Gegensätze in der Diskussion etwas abzumildern, einigten sich die Minister in Berlin-Niederschönhausen auf die Intensivierung der Arbeiten auf Beamtenebene. „Die Minister kamen aufgrund des völlig unzureichenden Standes der Arbeiten überein, die politischen Direktoren mit der Erarbeitung von gemeinsamen Listen bis zum 17. Juli zu beauftragen, in denen im Sinne einer Inventarisierung zum einen die Fragen aufgenommen werden, bei denen Übereinstimmung besteht, zum anderen jene, die aus ihrer Sicht einer Klärung (wo, in welchem Zeitraum) zugeführt werden müssten. Sie verpflichteten sich, ihre politischen Direktoren mit konstruktiven Richtlinien auszustatten, so dass deren Arbeit deutlich intensiviert wird.“

Zu diesem Zeitpunkt waren schon die Schwerpunkte des Abschlussdokuments in einem groben Raster bekannt. Seit Beginn der Gespräche in den 2+4-Verhandlungen wurde darüber diskutiert. Schließlich einigte man sich auf vier Punkte: 1. Präambel, 2. Grenzprobleme, 3. Berlin und 4. Ablösung der Vier-Mächte- und Besatzungsrechte für Deutschland und Berlin. Bis zur Unterschrift unter das 2+4-Dokument am 12. September 1990, in der letzten Sitzung auf Außenministerebene in Moskau, wurde daran gearbeitet. Im Verlauf *gab es heftige Diskussionen darüber*, ob politisch-militärische Probleme einen eigenen Schwerpunkt bilden sollten. Wie in vielen, scheinbar weniger wichtigen Fragen gelang es, die Klärung dieser Problematik an andere Institutionen zu verweisen – in diesem Falle an die Abrüstungsverhandlungen in Wien und an die KSZE. Wäre es nicht gelungen, ein solches Verfahren durchzusetzen, hätten die 2+4-Verhandlungen wesentlich länger gedauert und es wäre nicht zur Vereinigung und

<sup>230</sup> Ebd.

zur vollständigen Souveränität Deutschlands am 3. Oktober 1990 gekommen. Darin war auch Berlin eingebunden.

### **Im Kaukasus**

Ein Bild ging Mitte Juli 1990 um die Welt. Ein schwarz-weißes Foto: Genscher, Gorbatschow und Kohl auf groben Baumstumpfstühlen um einen rustikalen Holztisch sitzend – dahinter stehend ihre Mitarbeiter und Vertrauten. Alle lächeln. Die Idylle spielt im Kaukasus, nicht weit von dem Städtchen Archys entfernt. Scheinbar sind alle zufrieden. Für die Deutschen ist der Weg in die Einheit endlich frei. Die letzten Hindernisse scheinen beseitigt. Und auch auf sowjetischer Seite konnte man sich durchaus freuen.

Es wird viel Geld fließen, deutsches Geld, für die Zustimmung zur Einheit. Zumindest wird es reichen, die Gorbatschow-Herrschaft zu retten. Der Generalsekretär hatte zu diesem Zeitpunkt wohl die größte Machtfülle auf sich vereint. Eigentlich fehlten ihm nur die finanziellen Mittel, um der Demokratiebewegung begegnen zu können. „Gel(d)mut“, wie er den Bundeskanzler mit russischem Akzent nannte, hatte „große Taschen“ – die zumindest so groß waren, dass der Welt die einträchtige Runde in der Waldlichtung im Kaukasus präsentiert werden konnte. Zuvor, aber vielleicht auch nach dem Foto-Termin gab es viel Arbeit, besonders für die hinter den drei Politgrößen sich Postierenden. Dazu gehörte beispielsweise der bundesdeutsche Finanzminister, Theo Waigel, den sein sowjetischer Kollege während des gesamten Aufenthaltes der deutschen Delegation in der Sowjetunion regelrecht bestürmte, noch weitere über die schon bewilligten Gelder hinaus zur Verfügung zu stellen. Doch Waigel blieb hart, ihm schien ohnehin der Umfang der von Kohl zugesagten Mittel zu groß.

Aber nicht nur über Geld wurde gesprochen, obwohl für die Gespräche zu anderen Themen die finanziellen Abmachungen die Grundlage gewesen sein dürften. So hatte das Auswärtige Amt den Besuch umfangreich vorbereitet. Sicherlich wirkte deshalb die fröhliche Runde auf der Waldlichtung im Kaukasus nicht ganz so überraschend für die mit dem Besuch Kohls im Kaukasus Beschäftigten. Die mit der West-Berlin-Problematik und dabei auch mit den Vier-Mächte-Rechten befassten Mitarbeiter hatten auf Ersuchen des Bundeskanzleramtes für Kohl eine entsprechende „Ge-

sprächsgrundlage“ erarbeitet – unter anderem auch zum Problem West-Berlin: „Die Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin sind zusammen mit denjenigen in Bezug auf Deutschland als Ganzes entstanden und sollten – soweit sie noch bestehen – zusammen mit diesen abgelöst werden. Die in Berlin noch wirksamen Vorbehalte müssen daher mit dem Tag der Vereinigung wegfallen. Auch für das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 ist dann kein Raum mehr.“<sup>231</sup> Sie konnten davon ausgehen, dass das in Archys durchgesetzt worden war. In den kommenden Wochen gab es noch manche Versuche von sowjetischer Seite zur Schaffung einer Übergangsregelung, also Berlin von dem übrigen Deutschland gesondert zu behandeln – ohne Erfolg allerdings, weil die westlichen Alliierten sich schließlich dazu entschlossen, gegebenenfalls auch ohne die Sowjetunion Deutschland die volle Souveränität zu garantieren. Das schien der sowjetische Generalsekretär denn doch nicht zu wollen, international isoliert dazustehen. Nahezu in letzter Minute stimmte die Sowjetführung der gemeinsamen Erklärung der vier Alliierten zu.

### **Die Erklärung der Vier Mächte am 1. Oktober 1990 in New York**

Am 2. Oktober 1990 wandte sich der Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in gleichlautenden Schreiben an die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süßmuth, den Präsidenten des Bundesrates, zu diesem Zeitpunkt Walter Momper, und den Regierenden Bürgermeister von Berlin. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

„(D)ie Außenminister der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika haben in der gemeinsamen Erklärung vom 1. Oktober 1990 in New York die Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes mit Wirkung vom Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands bis zum Inkrafttreten des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland ausgesetzt.

<sup>231</sup> AS 2+4, gez. Luy, 10.7.1990, in: PAB, AA, ZA 193.463 E.

Als Ergebnis werden die Wirksamkeit der entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken und die Tätigkeit aller entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte vom Zeitpunkt der Vereinigung Deutschlands an ebenfalls ausgesetzt. Diese Erklärung, die in Anlehnung an Artikel 7 des Vertrages vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland formuliert wurde, ist umfassend. Damit werden unter anderem alle Beschränkungen, die sich hinsichtlich der Stellung Berlins zum Bund aus der Erklärung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin vom 5. Mai 1955 über die Stellung West-Berlins nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge (sog. Kleines Besatzungsstatut) und dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 bisher ergeben haben, unwirksam.

Eine beglaubigte Abschrift des Dokuments, das von deutscher Seite Kenntnis nehmend gezeichnet wurde, ist als Anlage beigefügt. Die Erklärung wird im Bundesgesetzblatt, Teil II, als amtliche Mitteilung des Bundesministers des Auswärtigen Amtes veröffentlicht.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez. Genscher“<sup>232</sup>

Der Weg zur Vereinigung Deutschlands war an sein Ende gelangt – und Berlin dabei vollständig einbezogen.

## **Fazit**

Ein inhaltlich schwieriger, zeitlich aber kurzer Weg hatte zu diesem Ergebnis geführt. Mit der Aufhebung der „Vier-Mächte- und -Vorbehaltsrechte“, wie es amtlich hieß, war der Weg frei für Berlin zur Hauptstadt. Der Anfang war für das Ende ganz entscheidend. Wie die gesamte Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten und auch der SU im Vereinigungsprozess, blieb die Berlin-Problematik der innenpolitischen Entwicklung in der DDR nachgeordnet. Die Proteste auf den Straßen und Plätzen in Ostdeutschland bestimmten die Aktivitäten in den Hauptstädten der Großmächte. Das Wirken der sich organisierenden und seit Herbst 1989 offen agieren könnenden Opposition, obwohl auch sie der Straße oft hin-

<sup>232</sup> Schreiben Genschers vom 2.10.1990, in: PAB, AA, ZA 156.313 E.

terherhinkte, beeinflusste wesentlich die diplomatischen Entscheidungen. Wenn es auch in diesem Beitrag vorrangig um außenpolitische Überlegungen ging, so bildet das politische Geschehen 1989/90 in Ostdeutschland die Grundlage dafür. Besonders im Auswärtigen Amt und in den bundesdeutschen Botschaften war man sich dessen stets bewusst. Am deutlichsten sprach das die bundesdeutsche Botschaft in Washington im Januar 1990 aus. Frühzeitig hatte das Auswärtige Amt erkannt, dass die Souveränität die Voraussetzung für die Entwicklung des vereinten Deutschland war – und damit auch für die Entwicklung der Stadt Berlin. Bis in die letzten Monate des Jahres 1989 schien die Stadt der allgemeinen politischen Entwicklung im Weg zu stehen. Die ging durchaus nicht in Richtung Einheit. Helmut Kohl war kein Berliner. Der Bundeskanzler betonte, wie wenig er wegen der Berlin-Probleme intervenieren wollte, als er bei Gorbatschow um eine Annäherung zwischen Sowjetrußland und der Bundesrepublik Mitte 1989 warb.

An sich waren die Bemühungen der CDU-Regierung 1988 bis Mitte 1989 durchaus nobel, nur um welchen Preis sie erfolgten, war fragwürdig. Berlin jedenfalls stand im Weg. Und als die viel beschworene „Stabilität“, die Aufrechterhaltung des Status quo in Mittel-Ost-Europa so gar nicht mehr den politischen Realitäten entsprach, wobei es vor allem um innenpolitische Stabilität ging, war im Bundeskanzleramt guter Rat teuer.

In Berlin regierte zu diesem Zeitpunkt die SPD gemeinsam mit der MfS-unterwanderten Alternativen-Liste, die alles andere anstrebte, als die politischen Verhältnisse zwischen Ost- und West-Berlin zu ändern. „Realitäten“ anerkennen, war das Motto.

Die westlichen Alliierten schienen irgendwie unerwünscht in West-Berlin. Jedenfalls galten sie am 9. November 1989, als die Mauer fiel, längst nicht mehr als die Beschützer der „Insel“ im roten, nunmehr toten Meer des Sozialismus. Mit diesem Tag stand ihr Verbleib zur Disposition. Die vehementen Verteidiger ihrer „Rechte und Pflichten“ wurden plötzlich diejenigen, die ihre Existenzberechtigung seit 40 Jahren bestritten. Wie selbstverständlich suchte die Sowjetführung nun Kontakt zu den Westalliierten und mahnte die „Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten“ an.

Und die Alliierten waren nicht abgeneigt, den Dialog wieder aufzunehmen. Sie fanden sich ein bisschen an den Rand gedrängt, als sich der Bundeskanzler 1988/89 so sehr um Gorbatschow bemühte. Als die Mauer in Berlin aufging und der Bundeskanzler nur begrenzt seine politischen

Absichten mit ihnen erörterte, nur allgemein das „Europäische“ betonte, was besonders bei der Verkündung des 10-Punkte-Plans sichtbar wurde, da schien ihnen schon das sowjetische Angebot zu einer Vier-Mächte-Besprechung im Kontrollratsgebäude in Berlin-West gelegen zu kommen – auch wenn sie sich bewusst waren, dass es dem Kreml eigentlich nicht bloß um Berlin ging, sondern um die Aufrechterhaltung der deutschen Zweistaatlichkeit. Besonders Frankreich und Großbritannien schienen daran interessiert, dass der „deutsche Koloss“ nicht so schnell wieder erstand – wenn tatsächlich, dann nur in die europäische Integration eingebettet, die später die deutsche Vereinigung vorantreiben sollte. Den Beteuerungen Bonns in dieser Richtung glaubten sie nach Kohls 10-Punkte-Alleingang nicht so recht und waren wohl auch deshalb einverstanden mit einem Treffen im Kontrollratsgebäude in West-Berlin. Vorher konsultierten sie allerdings das Auswärtige Amt und entwarfen gemeinsam mit dessen Vertretern die Eckpunkte für ihr Verhalten in der gemeinsamen Beratung mit den Sowjets.

Prinzipiell bestanden sie darauf, wie es auch die bundesdeutschen Vertreter wünschten, nur Probleme zu behandeln, die der amerikanische Präsident Ronald Reagan anlässlich seines Besuches zur 750-Jahr-Feier in Berlin 1987 angesprochen hatte und auf die die Sowjetunion trotz wiederholten und ständigen Erinnerns nicht reagierte.

Die Besprechung im Berliner Kontrollratsgebäude wirkte zweifellos ernüchternd auf die sowjetischen Vertreter. Sie mussten erkennen, dass die Ergebnisse von 40 Jahren demokratischen Aufbaus in einem Teil Deutschlands zu einem engen Bündnis der Bundesrepublik mit den westlichen Alliierten geführt hatten. Es entstand eine Partnerschaft, wie sie unvorstellbar zwischen der Sowjetunion und ihren Satelliten war. Trotzdem registrierten zumindest die Vertreter im Auswärtigen Amt, dass den Interessen der westlichen Alliierten in Berlin und damit verbunden auch den Vier-Mächte-Rechten und -Verantwortlichkeiten für Deutschland mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden musste als bis zur sowjetischen Berlin-Initiative Anfang Dezember 1989. Irgendwie schien Moskau näher zu sein als Berlin, besonders dem Bundeskanzleramt.

Allerdings formulierte der deutsche Außenminister den deutschen Standpunkt in dieser Frage weitsichtig. Genscher sprach sich strikt gegen ein Anknüpfen an die Vier-Mächte-Verordnungen in Berlin am 1. Dezember 1989 aus. Bereits im Januar 1990 bestand im Auswärtigen Amt Übereinstimmung darüber, dass mit der Vereinigung die Vier-Mächte-Rechte für

ganz Deutschland und Berlin abgelöst werden sollten. Selbstverständlich war, dass in den Prozess der Vereinigung auch die vier Mächte, in erster Linie die drei westlichen, eingebunden werden mussten. Aber auch die Mitbestimmung Moskaus musste sichergestellt werden.

Die Einigung innerhalb der westlichen Bündnispartner bildete die Grundlage, den sowjetischen Bemühungen entgegenzuwirken, den besonderen Status von Berlin zu instrumentalisieren. Mit dem Beschluss von 2+4-Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Schaffung der deutschen Einheit schien die Sowjetunion diesen Prozess zwar noch beeinflussen zu können, aber ihre Bemühungen, über Deutschland ohne Deutschland zu befinden, waren endgültig gescheitert. In Moskau musste man sich damit abfinden, dass die deutsche Einheit bald Realität werden würde. Für die sowjetisch-kommunistische Führung ging es nun darum, maximale finanzielle und wirtschaftliche Kompensationen aus dem Einigungsprozess zu ziehen, um ihre politische Herrschaft unter den veränderten nationalen und internationalen Bedingungen wenigstens in Russland zu erhalten. Politische Zugeständnisse gegen finanzielle Unterstützung, das dürfte, grob umschrieben, die Strategie Moskaus gewesen sein. Dabei spielten Entscheidungen um Berlin eine nicht unwesentliche Rolle.

In Berlin, eigentlich nur in West-Berlin, galt noch das Besatzungsregime. Das hieß, hier regierten nach dem Auszug der Sowjets 1948 die drei Westmächte. Da es ihr nützte, gab die Sowjetunion ihren Standpunkt bis zu einem gewissen Grad 1989 auf, dass „West-Berlin“ eigentlich „eine selbstständige politische Einheit“ sei, und beanspruchte, über dessen Schicksal wieder direkt mitzubestimmen. Als Begründung diente das auslegbare Vier-Mächte-Abkommen von 1971. Die besondere Stellung der Stadt schien sich zu eignen, die Berlin-Problematik von der der Bundesrepublik abzutrennen, was die Vier-Mächte-Rechte anbetraf. Das Auswärtige Amt, zuständig für die damit zusammenhängenden Fragen, bemühte sich seit der Jahreswende 1989/90 intensiv darum, eine gemeinsame Position mit den drei westlichen Bündnispartnern zu erreichen. Insbesondere der politische Direktor Dieter Kastrup intensivierte die Bemühungen in dieser Richtung. Er erreichte damit, dass zu den Aktivitäten des für die Außenpolitik im Bundeskanzleramt zuständigen Horst Teltschik, der sich besonders um gute Beziehungen zum sowjetischen Generalsekretär bemühte und in vielen Fragen im Interesse der deutschen Einheit in erster Linie die sowjetischen Wünsche berücksichtigen zu müssen glaubte, ein wirksames Gegengewicht bestand.

Der Regierende Bürgermeister, Walter Momper, agierte flexibel auf internationalem Parkett. Zunächst zweifellos Anhänger der Zweistaatlichkeit, entwickelte er im Februar 1990 klare Positionen zur deutschen Einheit. Er folgte damit den Vorstellungen Helmut Kohls. Er war es, der die Anwesenheit der alliierten Streitkräfte in Berlin bereits Ende Februar ins Gespräch brachte und damit die Bedeutung der Sowjetunion wesentlich anders beurteilte als seine Parteigenossen in Bonn, allen voran Egon Bahr. Bereits vor Beginn der beschlossenen 2+4-Verhandlungen versuchten die sowjetischen Vertreter, die Berlin-Problematik von der gesamtdeutschen Entwicklung zu trennen, indem sie vorschlugen, Berlin und das Umfeld zu vereinigen und erst später die DDR und die Bundesrepublik. Die westlichen Alliierten und die Bundesrepublik reagierten jedoch nicht auf diese inoffiziellen Offerten.

In den 2+4-Verhandlungen trat die Sowjetunion dafür ein, die Aufhebung der Vier-Mächte-Rechte für Berlin vor der für die Bundesrepublik geltenden durchzuführen. Damit sollten auch die Streitkräfte der vier Alliierten abziehen und Berlin eine „entmilitarisierte“ Stadt werden. Das lehnten die Westmächte und die Bundesrepublik schon deshalb ab, weil damit der Sowjetunion einseitige Vorteile eingeräumt worden wären, denn ihre Truppen blieben weiterhin in der DDR stationiert. West-Berlin wäre ihnen schutzlos ausgeliefert gewesen. Ein alter kommunistischer Traum wäre Wirklichkeit geworden. Ebenso wichtig war zweifellos, dass Moskau damit die Souveränitätserklärung für Deutschland auf unbestimmt hinausgeschoben hätte. Solchen Bemühungen begegneten die westlichen Alliierten und die Bundesrepublik, indem sie darauf beharrten, dass die Vier-Mächte- und –Vorbehaltsrechte mit dem Tag der Vereinigung abgelöst wurden, und schließlich zu keinen Kompromissen in dieser Frage bereit waren.

Schon der wirtschaftliche Bankrott zwang die kommunistische Führung in Moskau, diese Bedingungen zu akzeptieren. Gorbatschow hat später ausführlich im sowjetischen Fernsehen dargelegt, was er an finanziellen Mitteln für die Einheit Deutschlands für die Sowjetunion herausgeholt hat. Es nützte ihm nichts. Seine Macht und damit die der Kommunisten war in Russland am Ende. Das „Gespenst“ ging nicht mehr um in Europa – auch wenn seine Schatten noch 20 Jahre später nicht nur in Berlin irrlichtern.



Nach der Vereinigung blieb Gorbatschow trotz der deutschen Milliarden historisch nur noch wenig Zeit. Dann kam auch für Russland die Demokratie, wenn auch eine durchaus nicht unumstrittene.

122

### **Über den Autor**

Dr. phil. Armin Mitter, Jg. 1953; Veröffentlichungen zur deutschen und ost-mittel-europäischen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts.

## Publikationsverzeichnis

**In der Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten sind bisher erschienen:**

Bd. 1: *Siegfried Mampel*, Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen in West-Berlin. 4., neubearbeitete u. wesentlich erweiterte Aufl., 1999

Bd. 2: *Gunter Holzweißig*, Klassenfeinde und „Entspannungsfreunde“. West-Medien im Fadenkreuz von SED und MfS, 1995

Bd. 3: *Roland Brauckmann*, Amnesty International als Feindobjekt der DDR, 1996

Bd. 4: *Jutta Braun, Nils Klawitter, Falco Werkentin*, Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR. 4., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 5: *Hans-Eberhard Zahn*, Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungs-Haftanstalten des MfS. 5., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 6: *Ilko-Sascha Kowalczyk*, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 7: *Jan Foitzik*, Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland. Wirkung und Wirklichkeit; *Wolfgang Buschfort*, Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 8: *Siegfried Berger*, „Ich nehme das Urteil nicht an“. Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal. 4., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 9: *Jenny Niederstadt*, „Erbitten Anweisung!“. Die West-Berliner SEW und ihre Tageszeitung „Die Wahrheit“ auf SED-Kurs, 1999

Bd. 10: *Siegfried Mampel*, Entführungsfall Dr. Walter Linse. Menschenraub und Justizmord als Mittel des Staatsterrors. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 12: *Klaus Bästlein, Annette Roszkopf, Falco Werkentin*, Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR. 4., aktualisierte Aufl., 2009

Bd. 13: *Detlef Kühn*, Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit. 2001. 2., stark überarbeitete Aufl., 2008, nur als Download erhältlich.

Bd. 14: *Wolfgang Buschfort, Philipp-Christian Wachs, Falco Werkentin*, Vorträge zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 15: *Falco Werkentin (Hg.)*, Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 16: *Jens Schöne, Falco Werkentin*, 17. Juni 1953. Orte und Ereignisse in Ost-Berlin. 3., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 17: *Gerd Utech*, Prägende Jahre in Potsdam und Sibirien 1945-1955. Ein Zeitzeugenbericht. 2., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 18: *Michael Heghmanns, Wolff Heintschel von Heinegg*, Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau, 2003

Bd. 19: *Jens Schöne*, Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin. 2., durchgesehene Aufl., 2008

Bd. 20: *Andrea Huterer (Hg.)*, Sobirai weschtschi! Pack deine Sachen! Jugendjahre im Gulag. Erinnerungen von Bodo Platt. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 21: *Johannes Weberling, Giselher Spitzer (Hg.)*, Virtuelle Rekonstruktion „vorvernichteter“ Stasi-Unterlagen. Technologische Machbarkeit und Finanzierbarkeit – Folgerungen für Wissenschaft, Kriminaltechnik und Publizistik. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 22: *Jens Schöne*, Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987. 4., unveränderte Aufl., 2009

Bd. 23: *Jörg Rudolph, Frank Drauschke, Alexander Sachse*, Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus aus Berlin 1950-1953, 2007

Bd. 24: *Heinz Schwollius*, Aus der Todeszelle in die Hölle von Bautzen. 2., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 25: *Christoph Wunnicke*, Wandel, Stagnation, Aufbruch. Ost-Berlin im Jahr 1988, 2008

Bd. 26: *Martin Gutzeit (Hg.)*, Auf dem Weg zur Friedlichen Revolution? Ost-Berlin in den Jahren 1987/88. 2., aktualisierte Aufl., 2009

Bd. 27: *Klaus Bästlein*, Vom NS-Täter zum Opfer des Stalinismus: Dr. Walter Linse. Ein deutscher Jurist im 20. Jahrhundert, 2008

Bd. 28: *Falco Werkentin (Hg.)*, Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung: „Die sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN“ in Berlin 1945 bis 1961. Ausstellungskatalog, 2008

Bd. 29: *Jens Schöne (Hg.)*, Revolution. Die DDR im Jahr 1989, 2010

Bd. 30: *Roland Bude*, Workuta. Strafe für politische Opposition in der SBZ/DDR, 2010

Bd. 31: *Klaus Bästlein (Hg.)*, Die Einheit. Juristische Hintergründe und Probleme. Deutschland im Jahr 1990, 2011